OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Juni 2022

Stabilität durch Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666*
Schriftleitung	*Birgit Niessner*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2022

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 21. Juni 2022

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Weltwirtschaft: Krieg, Unsicherheit und Inflation dämpfen Wachstumsausblick 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunktur im ersten Quartal trotzt dem Krieg in der Ukraine 10

Ukraine-Krieg und Inflation dämpfen wirtschaftliche Erholung - Konjunktureinschätzung der OeNB für Österreich 2022 bis 2024 13

Entwicklungen in den Kreditinstituten 19

Steigende Zinsniveaus bei Wohnbaukrediten in Österreich und im Euroraum 20

Spezielle Kurzanalysen 22

Dependence of EU member states' domestic oil consumption on oil imports from Russia and the EU oil embargo 23

Geringe direkte Auswirkungen des EU-Embargos gegen russisches Erdöl auf Österreichs Wirtschaft 28

Unterschiede in den geldpolitischen Herausforderungen zwischen den USA und dem Euroraum 32

Refugees from Ukraine: Status, location and potential labor market impact 36

Annex 42

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2021 und 2022 43

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 27. April bis 13. Juni 2022 49

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 53

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Die rezenten Prognosen der EZB und der OECD für die Weltwirtschaft fallen mit einem Wachstum von jeweils 3% im Jahr 2022 deutlich geringer aus als zuletzt erwartet. Die Wachstumsaussichten mussten aufgrund des Kriegs in der Ukraine, gestörter Lieferketten, der „zero-Covid"-Politik der chinesischen Regierung und der deutlich gestiegenen globalen Inflation zurückgenommen werden. Trotz der Abwärtsrevision bleiben die Risiken für die weitere Konjunkturentwicklung nach unten gerichtet. Im Gegensatz dazu bestehen weiterhin Aufwärtsrisiken hinsichtlich der Energie- und Nahrungsmittelpreise und damit der Inflation.

Die weltweite Konjunkturdynamik war zu Jahresbeginn jedoch heterogen. Während die Wirtschaftsleistung in den USA im Vorquartalsvergleich rückläufig war, überraschte die Konjunktur zumindest zu Jahresbeginn in den zentral-, mittel- und osteuropäischen Ländern positiv, in China stieg das Wachstum (im Vorjahresvergleich) sogar leicht an.

Im Euroraum wuchs die Wirtschaftsleistung (+0,2%, im Vergleich zum Vorquartal) zu Jahresbeginn moderat. In der Juni-Prognose des Eurosystems wird für den Euroraum für 2022 ein reales BIP-Wachstum von nur noch 2,8% und für 2023 und 2024 von jeweils 2,1% erwartet. Das bedeutet eine Abwärtsrevision gegenüber März von fast einem Prozentpunkt 2022 sowie einem ¾ Prozentpunkt 2023. Die jährliche HVPI-Inflationsrate des Euroraums erreichte hingegen im Mai 8,1%. Der Anstieg ist primär auf die Energie- und Lebensmittelpreise zurückzuführen. Die Juni-Prognose des Eurosystems erwartet für 2022 eine Jahresinflationsrate von 6,8%, für 2023 von 3,5% und für 2024 von 2,1%. Dies entspricht einer Aufwärtsrevision von 1,7 (2022) sowie 1,4 (2023) Prozentpunkten) gegenüber der Märzprojektion. Der prognostizierte Rückgang der Inflation in den Jahren 2023 und 2024 geht hauptsächlich auf die Erwartung einer Moderation bei den Energie- und Lebensmittelpreisen zurück. Hinsichtlich der Kerninflation (ohne Energie und Lebensmittel) wird für 2022 eine Rate von 3,3%, für 2023 2,8% und für 2024 2,3% prognostiziert. In der Juni-Sitzung beschloss der EZB-Rat erstmals seit 11 Jahren die Leitzinsen anzuheben: Diese sollen, nachdem die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des Asset Purchase Programme mit 1. Juli eingestellt werden, im Juli um 25 Basispunkte erhöht werden. Im September soll ein weiterer Zinsschritt folgen, dessen Höhe von den mittelfristigen Inflationsaussichten abhängt. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden für längere Zeit nach der ersten Zinserhöhung vollumfänglich wieder angelegt. Der EZB-Rat erklärte, dass er bereit ist, alle seine Instrumente anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig bei seinem Zielwert von 2 % stabilisiert.

In Österreich ist die Inflation zwischen April 2021 und April 2022 um 5,2 Prozentpunkte angestiegen, wobei die Energiepreise (+2,4 Pp), gefolgt von Nahrungsmitteln und Industriegütern ohne Energie (jeweils +1,2 Pp) am stärksten zu diesem Anstieg beigetragen haben. Im Jahr 2022 steigt die HVPI-Inflation laut Konjunktureinschätzung der OeNB auf 7,0 %. Infolgedessen ist insbesondere für 2023, aber auch noch für 2024 mit höheren Lohnabschlüssen zu rechnen. Die Inflationsrate bleibt daher trotz leicht fallenden Energiepreisen auch in den Jahren 2023 und 2024 mit 4,2 % bzw. 3,0 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Nach einem starken BIP-Wachstum zu Jahresbeginn erwartet die OeNB in der Konjunktureinschätzung vom Juni nach einem starken Wachstum zu Jahresbeginn im weiteren Jahresverlauf eine äußerst gedämpfte Wirtschaftsentwicklung. Auch in den Folgejahren wird sich die Konjunktur nur mäßig beschleunigen, die Aufholeffekte bleiben angesichts der unsicheren Lage gering. Das Wirtschaftswachstum liegt bei 3,8 % im Jahr 2022 und bei jeweils 1,9 % in den Jahren 2023/24.

[1] Autor: Klaus Vondra (Referat Konjunktur).

Weltwirtschaft: Krieg, Unsicherheit und Inflation dämpfen Wachstumsausblick[2]

Niedrigeres Wachstum für 2022 prognostiziert

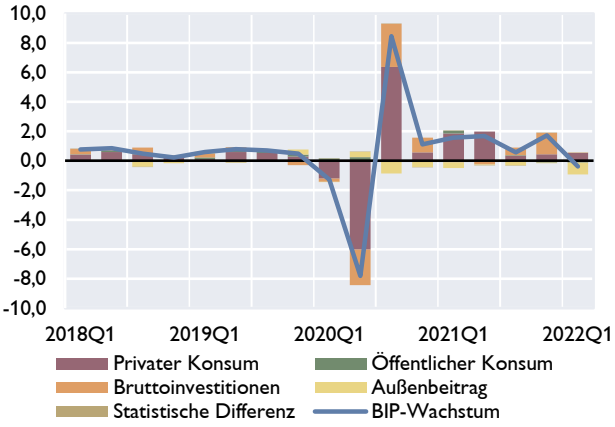
Rezente Prognosen für das Jahr 2022, beispielsweise der OECD (Welt: 3%) oder EZB (Welt exkl. Euroraum: 3%), erwarten einen deutlichen Rückgang des globalen Wachstums im heurigen Jahr im Vergleich zu früheren Prognosen. Die Gründe liegen auf der Hand: der Krieg in der Ukraine, gestörte Lieferketten, nicht zuletzt aufgrund der „zero-Covid"-Politik der chinesischen Regierung, sowie die deutlich gestiegene globale Inflation, die mit den beiden erstgenannten Gründen zusammenhängt. Der Trend der Prognosen des realen Wirtschaftswachstums für 2022 zeigt seit Herbst 2021 deutlich nach unten. Abwärtsrisiken bestehen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelpreise und damit höheren Inflationsraten über einen längeren Zeitraum, sowie hinsichtlich der rezenten Kapitalabflüsse aus wichtigen Schwellen- und Entwicklungsländern, insbesondere aus China.

USA: Negatives Wachstum im ersten Quartal im Kontext sehr hoher Inflation

Das reale BIP sank im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,4%, nach einem Wachstum im vierten Quartal 2021 von 1,7%. Der Rückgang ging auf geringere Investitionen in Lagerhaltung, Exporte, öffentlichen Konsum sowie gestiegene Importe zurück. Die Inflation war im April weiterhin hoch, wenngleich sie gegenüber März leicht zurückging. Die für die Fed relevantere Inflationsrate (gemessen am PCE-Index) ging im April leicht auf 6,3% im Jahresvergleich zurück. Im März lag die Inflationsrate, gemessen am PCE (persönliche Konsumausgaben), noch bei 6,6%. Die am Verbraucherpreisindex CPI gemessene Inflationsrate ging ebenfalls leicht zurück und lag im April bei 8,2% nach 8,6% im März. Die am Verbraucherpreisindex CPI gemessene Inflationsrate ging ebenfalls leicht zurück und lag im April bei 8,2% nach 8,6% im März. Im Mai verzeichnete der CPI einen Anstieg von 8,6%. Die US-Notenbank Fed erhöhte im Juni den geldpolitischen Zinssatz um 75 Basispunkte auf 1,5 bis 1,75%. Mit 1. Juni begann die Fed zudem den Abbau gehaltener Wertpapiere wie zuvor angekündigt.

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber VQ, SA *letzter Wert: 2022Q1*

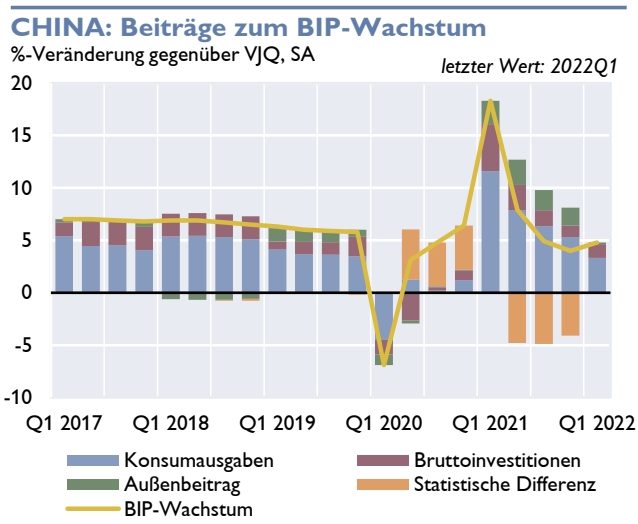


Quelle: Macrobond/Bureau of Economic Analysis.

[2] Autor: Christian Alexander Belabed (Referat International Economics)

China: Harte Lockdowns im April und Mai dämpfen Ausblick für BIP-Wachstum

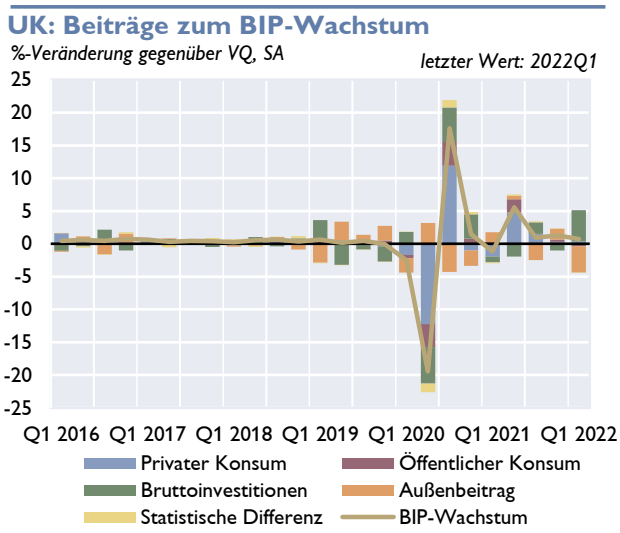
Das Wachstum des realen BIP dürfte nach harten Maßnahmen gegen Covid-Ausbrüche (z.B. Lockdowns in Shanghai) heuer geringer ausfallen als noch zuvor angenommen. Das BIP-Wachstum im ersten Quartal 2022, also noch vor den Lockdowns, lag bei 4,8% und damit etwas höher als im Vorquartal (4%). Wachstumstreiber waren die Nettoexporte sowie Investitionen. Die weiter schwelende Krise am Immobilienmarkt tut ihr Übriges zur Verschlechterung des Ausblicks. Die chinesische Zentralbank verkündete ein umfangreiches Unterstützungsprogramm, darunter leichteren Zugang zu Krediten für besonders betroffene Unternehmen, aber auch Hilfen für Haushalte, die sich zum Zweck des Immobilienerwerbs verschuldet hatten. Die allgemeine Kreditnachfrage entwickelte sich zuletzt allerdings verhalten, obwohl die Zentralbank die Kreditzinsen im Mai gesenkt hatte.



Quelle: Macrobond.

UK: Schwaches Wachstum im ersten Quartal, Inflation stieg im April deutlich an

Im Vereinigten Königreich (UK) fiel das Wachstum im ersten Quartal 2022 auf 0,8%, nachdem es im vierten Quartal 2021 bei 1,3% lag. Das UK reiht sich somit in eine Liste von Industrieländern ein, deren Wachstumsraten zu Jahresbeginn niedriger waren als zuvor. Getragen wurde das Wachstum von den Investitionen des Unternehmenssektors. Negative Wachstumsbeiträge kamen von den Nettoexporten. Die Inflationsrate lag im April bei 9%, deutlich höher als im März, als sie noch 7% betrug. Die *Bank of England* reagierte im Mai auf die hohen Inflationsraten mit einem weiteren Zinsschritt auf 1%.

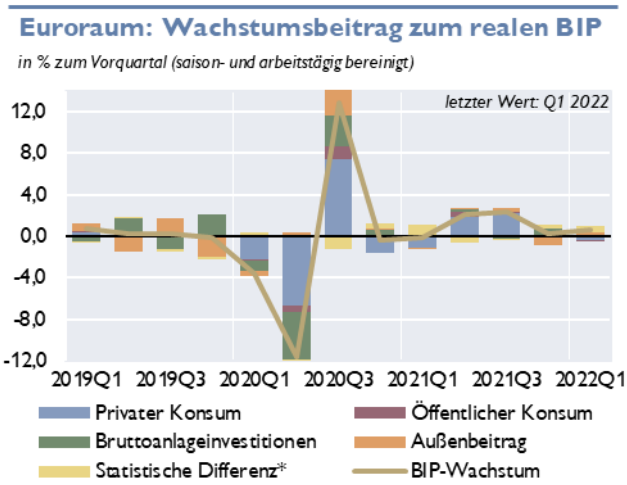


Quelle: ONS, Macrobond.

Euroraum[3]

BIP-Wachstumsprojektionen nach unten korrigiert

Das Wachstum des realen BIP stieg im Euroraum im ersten Quartal 2022 auf 0,6%, nach dem es im Vorquartal 0,2% (jeweils im Quartalsabstand) erreicht hatte. Dieser Anstieg – trotz steigender Inflation, Lieferkettenproblemen und Unsicherheit infolge des Ukrainekrieges – sollte allerdings nicht überbewertet werden, da die Aktivitäten multinationaler Unternehmen mit Sitz in Irland zu hoher Volatilität der BIP-Entwicklung führten. Aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen gegen COVID-19 und der Auswirkung der Inflationsentwicklung auf die real verfügbaren Einkommen ging der private Konsum im ersten Quartal weiter zurück. Hingegen sollten sich die Öffnung der von der Pandemie am stärksten betroffenen Branchen, die gute Arbeitsmarktlage und die während der Pandemie aufgebauten Puffer an Ersparnissen mittelfristig positiv auf den privaten Konsum auswirken. Positive Wachstumsbeiträge lieferten der Außenhandel und die Bruttoanlageinvestitionen.



Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.

In der Juni-Prognose des Eurosystems wird für den Euroraum für 2022 ein reales BIP-Wachstum von 2,8% und für 2023 und 2024 jeweils von 2,1% erwartet. Die Juni-Prognose der OECD geht von einem starken Anstieg der Ölpreise 2023 aus und erwartet daher für den Euroraum ein etwas schwächeres Wachstum von 2,6% für 2022 und 1,6% für 2023.

Die Prognosen des Eurosystems beruhen auf den Annahmen, dass die intensiven Kampfhandlungen im Ukrainekrieg bis Ende 2022 zu Ende gehen, die Sanktionen gegen Russland bis 2024 beibehalten werden und es zu keinem vollständigen Ausfall der Energielieferungen aus Russland kommen wird. In einem Abwärtsszenario mit einem längeren Andauern der Kampfhandlungen im Ukrainekrieg, zunehmenden geopolitischen Spannungen, weiteren Sanktionspaketen und einem Ausbleiben russischer Energielieferungen wird vom Eurosystem für 2022 ein BIP-Wachstum von lediglich 1,3%, für 2023 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 1,7% und für 2024 ein BIP-Wachstum von 3,0% berechnet.

Energie- und Lebensmittelpreise treiben Inflationsrate auf 8,1% im Mai

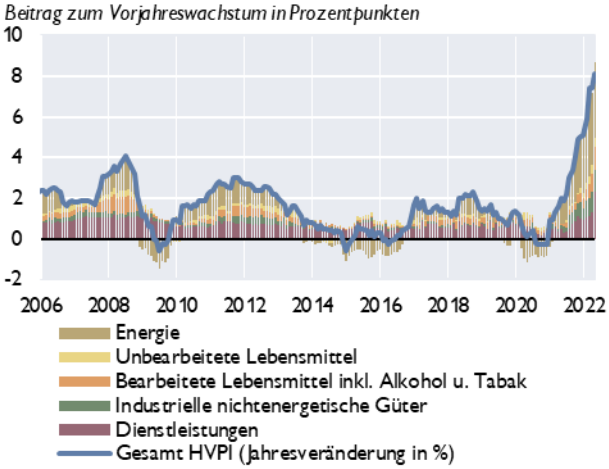
Die jährliche HVPI-Inflationsrate des Euroraums kletterte im Mai auf 8,1%. Der Anstieg ist vor allem auf die Energiepreise, die um 39,2% über dem Vorjahresniveau lagen, und die Lebensmittelpreise, die um 7,5% höher lagen, zurückzuführen. Preiserhöhungen werden aber – unter anderem aufgrund von Lieferengpässen und der Erholung der Binnennachfrage – mittlerweile bei zahlreichen Waren und Dienstleistungen beobachtet.

[3] Autor: Christian Beer (Referat Konjunktur)

Die Juni-Prognose des Eurosystems erwartet für 2022 eine Jahresinflationsrate von 6,8%, für 2023 von 3,5% und für 2024 von 2,1%. Der prognostizierte Rückgang der Inflation in den Jahren 2023 und 2024 geht hauptsächlich auf die Erwartung einer Moderation bei den Energie- und Lebensmittelpreisen zurück. Hinsichtlich der Kerninflation (ohne Energie und Lebensmittel) wird für 2022 eine Rate von 3,3%, für 2023 2,8% und für 2024 2,3% prognostiziert. Die OECD-Prognose vom Juni 2022 erwartet für den Euroraum für 2022 eine HVPI-Inflationsrate von 7,0% und für 2023 von 4,6%.

Die HVPI-Inflationsrate und ihre Komponenten

Beitrag zum Vorjahreswachstum in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

Die Risiken der Inflationsprognosen sind überwiegend nach oben gerichtet (Energie und Nahrungsmittelpreise, Anstieg der Inflationserwartungen, unerwartet starke Lohnzuwächse). Das Eintreten des oben beschriebenen Abwärtsszenarios in Bezug auf den Ukrainekrieg würde für 2022 eine HVPI-Inflationsrate von 8,0%, für 2023 von 6,4% und für 2024 von 1,9% bedeuten.

In seiner Sitzung im Juni 2022 beließ der EZB-Rat die Leitzinsen zwar unverändert, er beabsichtigt aber die Leitzinsen im Juli um 25 Basispunkte zu erhöhen und geht davon aus, dass die Leitzinsen im September und auch in weiterer Folge in Abhängigkeit von den dann jeweils aktuellen Inflationsaussichten erneut erhöht werden. Es wurde weiters beschlossen, die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des *Asset Purchase Programme* mit 1. Juli einzustellen; die Tilgungsbeträge werden aber weiterhin wieder angelegt. Ebenso werden die Tilgungsbeträge aus dem Pandemie-Notfallankaufprogramm (*Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP*) bis zumindest Ende 2024 bei Fälligkeit wieder angelegt. Der EZB-Rat erklärte, dass er bereit ist, alle seine Instrumente anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig bei seinem Zielwert von 2 % stabilisiert.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunktur im ersten Quartal trotzt dem Krieg in der Ukraine[4]

Überraschend starkes Wachstum zum Jahresbeginn in vielen CESEE-Ländern

Auch mehr als drei Monate nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine ist keine konjunkturelle Abschwächung in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) zu beobachten. Das lässt sich einerseits durch erste verfügbare Zahlen zur BIP-Entwicklung belegen: Die Wirtschaftsleistung nahm im ersten Quartal in der gesamten Region deutlich zu, in mehreren Ländern fiel das Wachstum sogar überraschend stark aus. Andererseits sind aber auch bei höherfrequenten Aktivitätsindikatoren (welche die Situation nach Kriegsausbruch besser widerspiegeln als quartalsweise BIP-Zahlen) kaum Abschwächungen zu beobachten. Sowohl die Produktion im Baugewerbe als auch die Einzelhandelsumsätze berichteten im März durchschnittliche Zuwächse von mehr als 10%. Die Dynamik der Industrieproduktion ließ im März zwar etwas nach, mit einem durchschnittlichen Plus von 7,3% war die Industriekonjunktur aber weit stärker als etwa im dritten und vierten Quartal 2021. Einzig bei den Vertrauenswerten war ein gewisser Rückgang zwischen März und Mai 2022 zu beobachten. Dieser wurde vor allem vom schwächeren Konsumentenvertrauen getragen, während sich Industrie, Dienstleistungen und Einzelhandel weitgehend unbeeindruckt vom Krieg in der Ukraine und den stark steigenden Preisen zeigten.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2021q2	2021q3	2021q4	2022q1
Bulgarien	0.9	0.9	1.3	0.8
Estland	2.3	0.9	1.3	0.1
Kroatien	1.5	1.3	1.0	2.7
Lettland	2.4	0.5	−0.2	3.6
Litauen	1.2	0.7	1.3	1.0
Polen	2.0	2.6	1.8	2.5
Rumänien	3.3	−2.9	1.0	5.2
Slowakei	1.9	0.4	0.4	0.4
Slowenien	1.9	1.3	5.3	0.8
Tschechische Rep.	1.4	1.7	0.8	0.9
Ungarn	2.4	1.1	2.2	2.1
Gesamte Region	**2.1**	**1.0**	**1.5**	**2.4**

Quelle: Eurostat.

All das deutet auf ein breit basiertes Wachstum zum Jahresbeginn hin. Der private Konsum dürfte von Öffnungs- und Nachholeffekten nach einer Entspannung der pandemischen Lage, aufgestauten Sparguthaben, expansiven Fiskalmaßnahmen in mehreren Ländern und der dynamischen Arbeitsmarktentwicklung profitiert haben. Gleichzeitig könnten auch Vorzieheffekte aufgrund erwarteter Preissteigerungen sowie Ausgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme geflüchteter Ukrainer eine gewisse Rolle gespielt haben. Die robuste Baukonjunktur unterstützte die Investitionstätigkeit und Verbesserungen in den Lieferketten in den ersten drei Monaten des Jahres trugen zum Auffüllen von Lagerbeständen (u.a. aufgrund einer besseren Verfügbarkeit wichtiger Vorleistungen) und dem Abarbeiten gut gefüllter Auftragsbücher in der Industrie bei.

Trotz der guten Nachrichten aus dem ersten Quartal ist davon auszugehen, dass die konjunkturelle Verlangsamung angesichts der Kombination aus deutlich restriktiveren Finanzierungsbedingungen, einem inflationsbedingten Druck auf die Haushaltseinkommen und allgemein gestiegener Unsicherheit eher verzögert als vermieden wurde. Ebenso haben sich die

[4] Autor: Josef Schreiner (Referat Zentral-, Ost- und Südosteuropa)

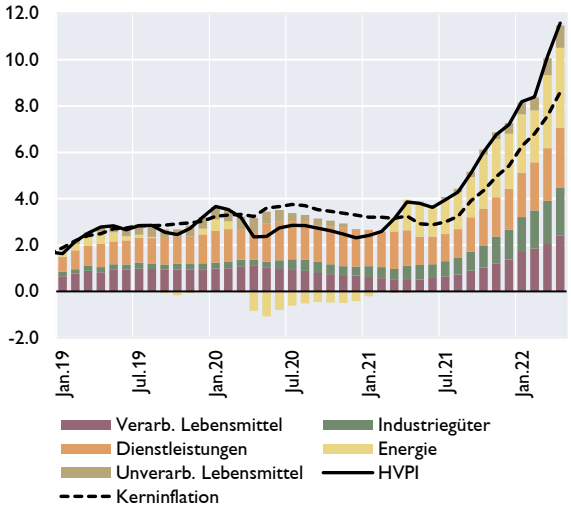
Verwerfungen in den globalen Lieferketten aufgrund des Kriegs in der Ukraine und des jüngsten COVID-Ausbruchs in China zuletzt wieder verschärft. So stieg etwa der Global Supply Chain Pressure Index der Fed New York im April 2022 wieder deutlich an, nachdem sich die Situation zwischen Dezember 2021 und März 2022 merklich entspannt hatte. Die Wachstumsprognosen für die CESEE EU-Mitgliedstaaten wurden im Verlauf des letzten halben Jahres sukzessive nach unten revidiert. Die aktuelle Prognose der Europäischen Kommission vom Mai geht für 2022 etwa von einem durchschnittlichen Wachstum von 3% aus, nachdem sie im Februar noch mit 4,8% gerechnet hatte.

Inflation steigt weiter ungebremst an

Die Inflation stieg in den letzten Monaten unaufhaltsam an. Im April lag die Teuerung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten im Durchschnitt bei 11,6% und damit abermals auf einem neuen Höchststand. Der Krieg in der Ukraine hat die bestehenden Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage verschärft, die Preise für Energie und Nahrungsmittel in die Höhe getrieben und den Außenwert einiger CESEE-Währungen deutlich geschwächt. Das verschärfte den bereits bestehenden Preisdruck aus vorgelagerten Bereichen der Preiskette noch weiter, welchen die Anbieter zumindest seit dem Jahreswechsel auch vermehrt an die Verbraucher weitergeben. Im März nahmen die Erzeugerpreise für den Inlandsmarkt um 37,7% im regionalen Durchschnitt zu, was der höchsten Steigerung seit mehr als 30 Jahren entspricht.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten

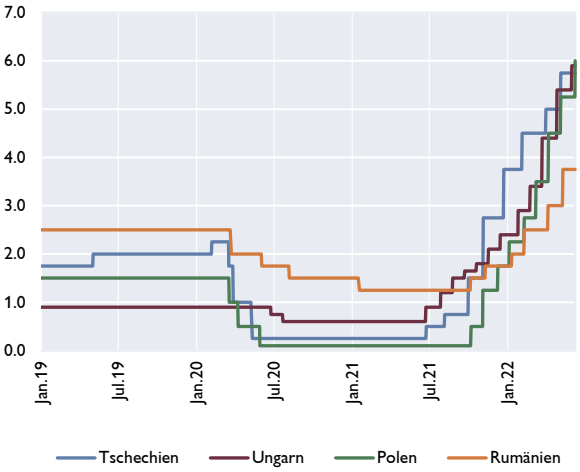
in Prozentpunkten, HVPI in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Leitzinssatzentwicklung in CESEE EU-Mitgliedstaaten

in %



Quelle: Macrobond.

Der Preisanstieg war damit breit basiert und umfasste alle Bereiche des Warenkorbs. Im April wiesen bereits mehr als zwei Drittel aller Komponenten des HVPIs Inflationsraten von 5% und mehr aus. Was Mitte 2021 ursprünglich als externer Inflationsschock begann, entwickelt sich also zunehmend auch zu einem inländischen Inflationsproblem. Alle verfügbaren Maßzahlen für die Kerninflation zeigen derzeit steil nach oben. So hat sich etwa die Teuerung gemessen am HVPI exklusive der Preise für Energie und unverarbeiteter Nahrungsmittel zwischen Juni 2021 und April 2022 verdreifacht.

Höhere Preissteigerungen schlagen sich auch immer stärker in den Inflationserwartungen der Konsumenten nieder. Umfragen zur erwarteten Preisentwicklung in den nächsten zwölf Monaten weisen seit Mitte 2021 konstant steigende Werte aus, welche sich im April 2022 etwas über dem Niveau von Anfang 2008 bewegten. Die Preiserwartungen bei den Anbietern sind zuletzt noch

deutlicher gestiegen und eine Mehrheit der Befragten in allen Sektoren erwartet über die nächsten drei Monate höhere Preise. Besonders markant war der Anstieg in der Industrie, aber auch im Einzelhandel und im Dienstleistungssektor wurden in den letzten Monaten historisch hohe Werte berichtet. Die Inflationsprognosen für 2022 haben sich von durchschnittlich 2,5% Anfang 2021 auf rund 10% im April 2022 erhöht. Vor diesem Hintergrund sind Zweitrundeneffekte über höhere Lohnabschlüsse nicht auszuschließen, vor allem auch weil in weiten Teilen der Region defacto Vollbeschäftigung herrscht.

Der Anstieg der Teuerung hat die Notenbanken in Ländern mit eigenständigem Inflationsziel zu einer deutlichen geldpolitischen Reaktion veranlasst. Die polnische Notenbank hat ihren Leitzins seit Anfang Oktober von 0,1% auf 6,00% erhöht. Die tschechische Notenbank passte ihren Leitzinssatz seit Juni 2021 von 0,25% auf 5,75% an. Die ungarische Notenbank erhöhte ihren Leitzins seit Juni 2021 von 0,6% auf 5,9%. Die rumänische Notenbank hat ihren Leitzins von 1,25% im Oktober 2021 auf zuletzt 3,75% erhöht.

Die geldpolitische Straffung hat sich noch in keiner markanten Wertsteigerung der CESEE-Währungen niedergeschlagen. Zuletzt begrenzten die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine die Risikobereitschaft und haben kurzfristig sogar zu Wertverlusten bei allen CESEE-Währungen geführt. Auch mittelfristig dürfte dieser geopolitische Konflikt sowie die eingeleitete bzw. zu erwartende geldpolitische Wende im Euro- und Dollarraum einer weiteren starken zinsgetriebenen Aufwertung der Währungen der Region entgegenstehen.

Kroatien wird voraussichtlich als 20. Mitglied dem Euroraum beitreten

In ihrem Konvergenzbericht 2022 kam die Europäische Kommission zur Schlussfolgerung, dass Kroatien die Maastrichter Konvergenzkriterien zu Preisstabilität, öffentlichen Finanzen, Wechselkursstabilität und Konvergenz der langfristigen Zinsen erfüllt. Auch sind die kroatischen Rechtsvorschriften in vollem Umfang mit dem EU-Vertrag vereinbar. Die Kommission legte deshalb dem Rat (Wirtschaft und Finanzen) den Vorschlag vor – nach Anhörung des Europäischen Parlaments und nach Beratungen zwischen den Staats- und Regierungschefs – zu entscheiden, ob Kroatien die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und den Euro einführen darf. Bei Vorliegen eines positiven Beschlusses wird der Rat in weiterer Folge – auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission nach Anhörung der EZB – den Umrechnungskurs unwiderruflich festlegen, zu dem die nationale Währung Kuna durch den Euro ersetzt wird.

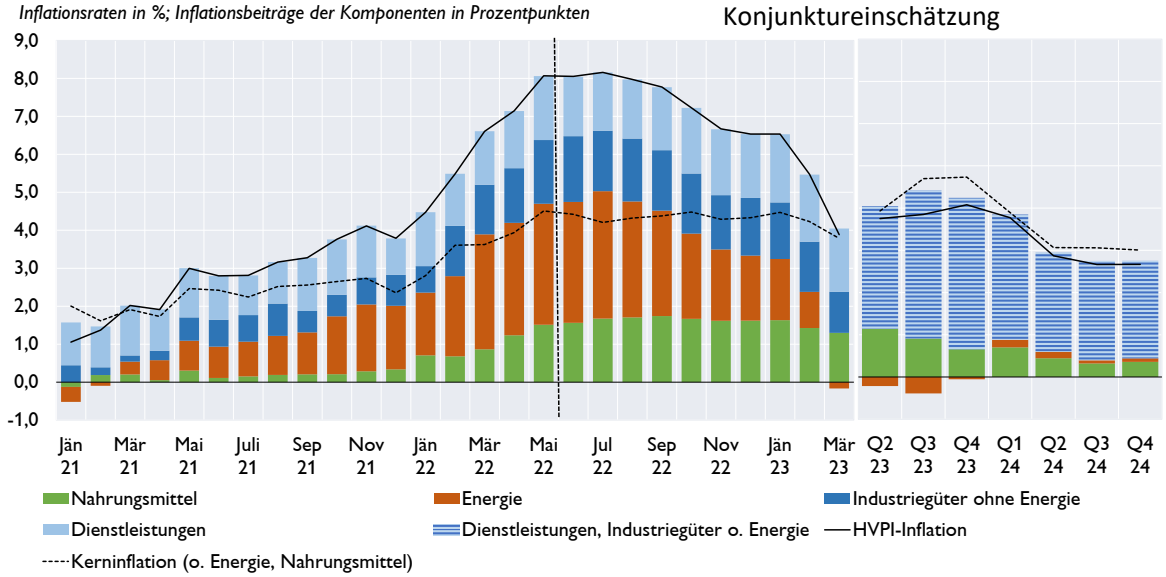
Ukraine-Krieg und Inflation dämpfen wirtschaftliche Erholung - Konjunktureinschätzung der OeNB für Österreich 2022 bis 2024[5]

Inflation steigt im Jahr 2022 auf 7 %

In der vorliegenden Konjunktureinschätzung der OeNB wird entsprechend den Annahmen der Eurosystemprognose vom Juni 2022 mit einem Ende der intensiven Kampfhandlungen im Ukraine-Krieg zum Jahresende 2022 gerechnet. Die westlichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland bleiben jedoch bis 2024 in Kraft, die Rohstoffpreise werden daher nur graduell abnehmen. Die HVPI-Inflation hat sich energiepreisbedingt und aufgrund der globalen Lieferengpässe im Verlauf des Jahres 2021 deutlich beschleunigt. Der Ukraine-Krieg führte zu weiteren deutlichen Preisanstiegen bei energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen und in weiterer Folge einem Anstieg der HVPI-Inflation auf 7,7 % im Mai 2022. Zwischen April 2021 und April 2022 ist die Inflation um 5,2 Prozentpunkte angestiegen, wobei die Energiepreise (+2,4 Prozentpunkte), gefolgt von Nahrungsmitteln und Industriegütern ohne Energie (jeweils +1,2 Prozentpunkte) Haupttreiber dieser Entwicklung waren. Im Jahr 2022 steigt die HVPI-Inflation in Österreich auf 7,0 %. Infolgedessen ist insbesondere für 2023, aber auch noch für 2024 mit höheren Lohnabschlüssen zu rechnen. Die Inflationsrate bleibt daher trotz leicht rückläufiger Energiepreise auch in den Jahren 2023 und 2024 mit 4,2 % bzw. 3,0 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt (2000 bis 2021: 1,9 %).

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria; Anmerkung: Mai-Inflation und Kerninflation: Flash von Statistik Austria, Beiträge aus OeNB Prognose.

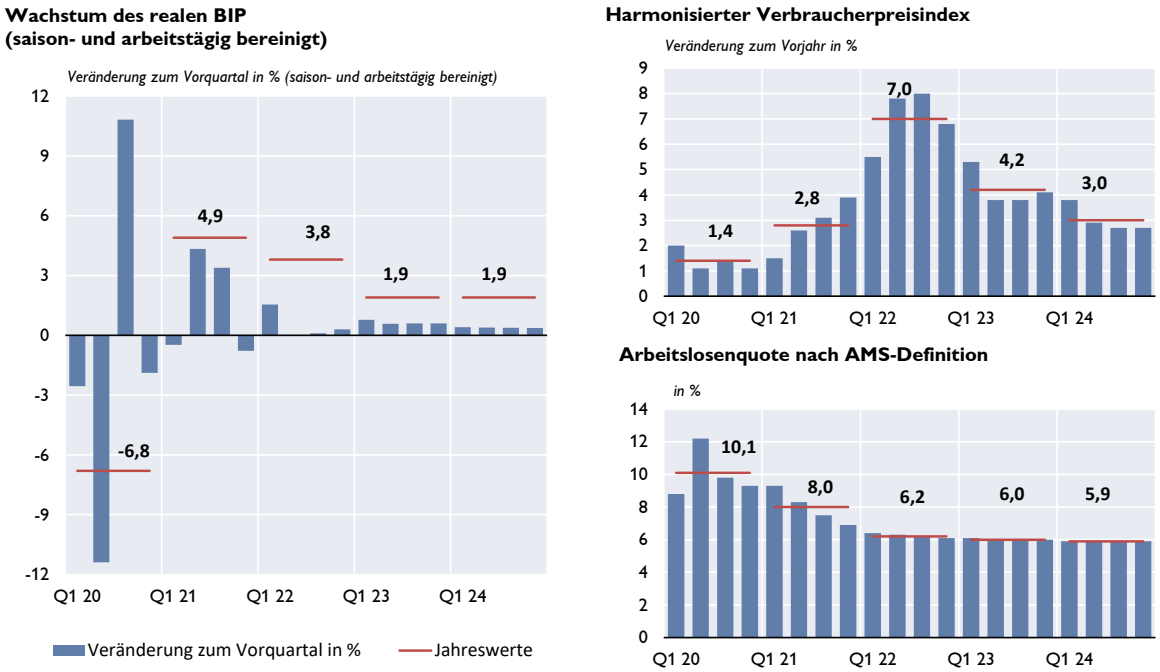
Nur geringes Wirtschaftswachstum im weiteren Jahresverlauf

Trotz der andauernden COVID-19-Pandemie war das Jahr 2021 mit einem BIP-Wachstum von 4,9 % von einem starken wirtschaftlichen Erholungsprozess gekennzeichnet. Nach einem

[5] Autoren: Friedrich Fritzer, Christian Ragacs, Lukas Reiss, Richard Sellner, Alfred Stiglbauer, Klaus Vondra (Referat Konjunktur); Mirjam Salish (Referat Geldpolitik); unter Mitarbeit von Beate Resch und Marc Bittner.

Rückgang der Wirtschaftsleistung (-0,8 %, im Vergleich zum Vorquartal) im vierten Quartal 2021 infolge des erneuten Lockdowns verzeichnete die österreichische Wirtschaft im ersten Quartal 2022 ein starkes reales BIP-Wachstum (1,5 %). Die Industrie profitierte von der starken Weltkonjunktur, die von Aufholeffekten nach der COVID-19-Pandemie angetrieben wurde. Der Dienstleistungsbereich – im Speziellen die Beherbergungsbetriebe, die Gastronomie und die Veranstaltungsbranche – wurde zu Jahresbeginn nicht mehr durch Lockdowns gebremst und verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr sehr hohe Zuwachsraten. Im Zuge dieser Erholung stieg die Beschäftigung zu Jahresbeginn stark, die Arbeitslosenquote ging entsprechend zurück. Der durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Inflationsanstieg dämpft die Kaufkraft und somit die Konsummöglichkeiten erheblich. Nach einem starken BIP-Wachstum zu Jahresbeginn erwartet die OeNB daher in der vorliegenden Einschätzung im weiteren Verlauf des Jahres 2022 eine äußerst gedämpfte Wirtschaftsentwicklung. Auch in den Folgejahren wird sich die Konjunktur trotz des unterstellten Endes der Kampfhandlungen per Jahresende 2022 nur mäßig beschleunigen, die Aufholeffekte bleiben angesichts der unsicheren Lage gering. Das Wirtschaftswachstum liegt bei 3,8 % im Jahr 2022 und bei jeweils 1,9 % in den Jahren 2023/24.

Hauptergebnisse Konjunktureinschätzung



Quelle: WIFO, Statistik Austria. OeNB-Konjunktureinschätzung vom Juni 2022.

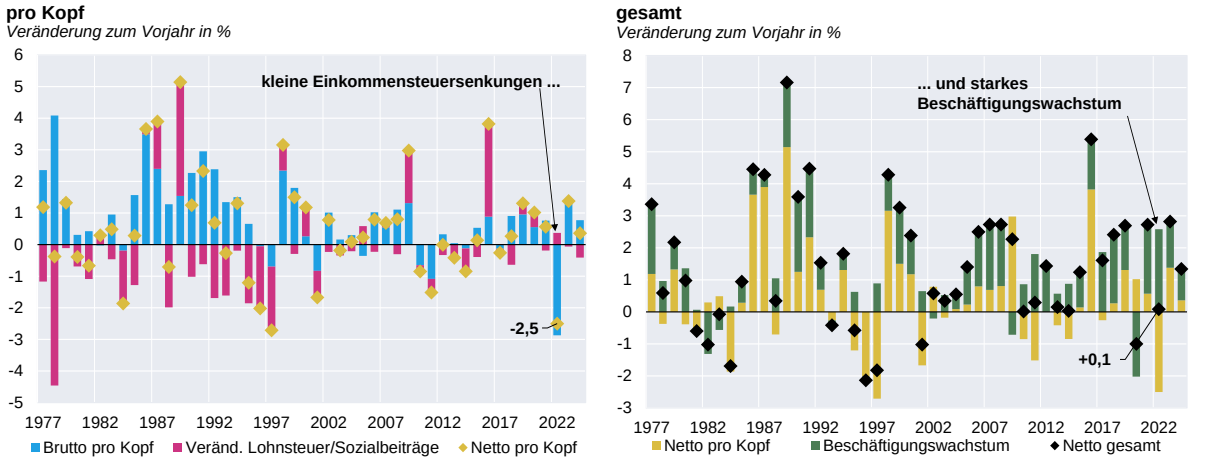
Starkes Beschäftigungswachstum trotz Konjunkturabkühlung

Das Jahr 2021 war von einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung und einem gleichzeitigen Rückgang der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Bereits im August 2021 wurde das Beschäftigungsniveau vom Februar 2020 erreicht. Gleichzeitig war der Arbeitsmarkt zunehmend von Facharbeitermangel und regionalem Mismatch bestimmt – Umstände, die unter anderem durch die demografische Entwicklung und durch strukturelle Folgen der COVID-19-Pandemie verstärkt wurden. Die kräftige Konjunkturerholung bei stärkeren Arbeitsmarktungleichgewichten ließ die Anzahl an offenen Stellen auf ein Rekordniveau ansteigen. Aufgrund der hohen Beschäftigungsdynamik zu Jahresbeginn wird für das Jahr 2022 nochmals ein deutlicher Anstieg der Beschäftigung erwartet (2,6 %), wobei unterstellt wird, dass es zu keinem weiteren Lockdown im Tourismus und Gastgewerbe kommen wird. Der nachlassenden Konjunktur

folgend wird sich das Beschäftigungswachstum bis 2024 auf 1,0 % abschwächen, damit aber nicht unter den langjährigen Durchschnitt fallen.

Die Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten werden 2022 nominell um 3,7 %, 2023 um 5,4 %, und 2024 um 3,7 % zunehmen. Aufgrund der sehr hohen Inflation sinken die Nettoreallöhne pro Kopf 2022 aber um 2,5 %. Im historischen Vergleich brachen die realen Nettolöhne pro Kopf zuletzt im Jahre 1997 mit 2,7 % noch stärker ein. Damals trugen, wie vor 2000 oft beobachtbar, eine steigende Lohnsteuer- und Abgabenbelastung zu diesem Rückgang bei. 2022 dämpfen Steuer- und Abgabensenkungen hingegen den Rückgang etwas ab. Wird zudem der starke Beschäftigungszuwachs 2022 berücksichtigt, so ergibt sich insgesamt ein Anstieg der realen Arbeitnehmerentgelte um 0,1 %, wie rechts in Grafik 3 zu sehen.

Reale Arbeitnehmerentgelte



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Auf dem österreichischen Arbeitsmarkt werden in den nächsten drei Jahren rund 40.000 ukrainische Flüchtlinge zur Verfügung stehen. Bis 2024 nimmt das Wachstum des Arbeitsangebots aufgrund der Demografie aber ab und auch das Beschäftigungswachstum normalisiert sich. Die Arbeitslosenquote (AMS-Definition) sinkt bis zum Jahr 2024 auf 5,9 %.

Privater Konsum erreicht erst Mitte 2023 das Vorkrisenniveau

Im Jahr 2021 ist der reale private Konsum mit 3,3 % sehr stark gewachsen, obwohl sich die Lockdowns im ersten und vierten Quartal primär auf den Konsum von Dienstleistungen negativ ausgewirkt haben. Der private Konsum im Aggregat wurde einerseits von einem konjunkturbedingten Anziehen der nominellen Haushaltseinkommen getrieben und andererseits durch das Auflösen von Ersparnissen finanziert, die durch viele Haushalten im ersten Pandemiejahr 2020 zwangsläufig angesammelt wurden. Im Jahr 2022 wird das real verfügbare Haushaltseinkommen stagnieren. Die dämpfenden Effekte der hohen Inflation können durch die steuerlichen Entlastungen und das starke Beschäftigungswachstum nicht vollständig kompensiert werden. Zusätzlich zur schwachen Einkommensentwicklung dämpft auch das in Folge des Ukraine-Kriegs eingebrochene Vertrauen die Konsumbereitschaft der heimischen Haushalte. Trotzdem wird für das Jahr 2022 mit einem kräftigen Wachstum des privaten Konsums von 3,9 % gerechnet, da das Vergleichsjahr 2021 noch von mehreren Lockdowns und Zwangssparen geprägt war. Auch in den Jahren 2023/24 bleibt das Wachstum mit jeweils 2,0 % leicht überdurchschnittlich; dennoch erreicht der private Konsum erst Mitte 2023 – und damit deutlich später als die anderen wichtigen Nachfragekomponenten – wieder das Vorkrisenniveau.

Weltkonjunktur dämpft Export- und Investitionsentwicklung

Am 24. Februar 2022 begann Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine und erschütterte die bis dahin relativ stabile Nachkriegsordnung Europas. Neben der humanitären Katastrophe, welche die Bevölkerung der Ukraine erleidet, führte der Krieg zu einer massiven Zunahme der geopolitischen Spannungen. Seitens der EU wurden bereits sechs Sanktionspakete gegen Russland verabschiedet. Der Ukraine-Krieg dämpft die wirtschaftliche Entwicklung Zentral- und Osteuropas, aber auch Deutschlands, das mit nachhaltigen Schwierigkeiten der Automobilindustrie zu kämpfen hat. Weiters dämpft die Sorge über einen möglichen Abschwung in China und den USA die weltweite Konjunkturentwicklung, wobei für letztere die Straffung der Geldpolitik der Auslöser sein könnte. Diese dämpfenden Effekte sind im erwarteten Jahreswachstum für die österreichischen Exporte im Jahr 2022 jedoch kaum sichtbar. Die dynamische Entwicklung zu Jahresbeginn führt zu einem kräftigen Exportwachstum von 7,1 % und verdeckt die Abkühlung der Exportkonjunktur im weiteren Jahresverlauf. Im Jahr 2023 werden die Exporte nur um 2,9 % zulegen, 2024 beschleunigt sich das Exportwachstum geringfügig auf 3,3 %.

So wie die Exporte haben sich auch die realen Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2021 – im Zuge des Aufholprozesses nach dem pandemiebedingten Einbruch des Jahres 2020 – deutlich erholt und sind um 4,2 % gewachsen. Allerdings hat die unterjährige Dynamik bereits 2021 nachgelassen und somit fällt das Wachstum im Jahr 2022 mit 1,6 % nur gedämpft aus. Speziell die Ausrüstungsinvestitionen werden durch die Kriegsunsicherheit und die Materiallieferengpässe im laufenden Jahr gebremst und dämpfen das Investitionswachstum. Aufgrund eines langsamen Auslaufens der Wohnbauhochkonjunktur und der schlechten Entwicklung zu Jahresende 2021 entwickeln sich im Jahr 2022 auch die Wohnbauinvestitionen schwach. Im kommenden Jahr ist mit einer Verbesserung bei beiden Komponenten zu rechnen, das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen steigt auf 2,6 %.

Budgetdefizit liegt bereits 2022 wieder unter 3 % des BIP

2022 steigt der Budgetsaldo auf –2,6 % des BIP[6] (nach –5,9 % des BIP 2021), weil sich dank der konjunkturellen Erholung der Beitrag der automatischen Stabilisatoren gegenüber 2021 stark verbessert. Zudem geht das Ausmaß der diskretionären COVID-19-Fiskalmaßnahmen zurück und dieser Effekt wirkt deutlich stärker als das Inkrafttreten der ökosozialen Steuerreform sowie der Energiepakete. Das Absinken des Gesamtvolumens an diskretionären Fiskalmaßnahmen setzt sich 2023 und 2024 fort, was zu einer weiteren Verbesserung des Budgetsaldos auf ca. –0,7 % des BIP 2024 führt. Der Beitrag der konjunkturellen Entwicklung bleibt gegenüber 2022 in etwa unverändert, während die Zinsausgaben ab 2023 wieder langsam steigen. Die Staatsschuldenquote wird 2022 auf knapp unter 80 % und bis 2024 auf unter 75 % des BIP zurückgehen. Dies liegt am sehr hohen nominellen BIP-Wachstum sowie den wieder niedrigeren Budgetdefiziten.

[6] In der Prognose der öffentlichen Finanzen sind die von der Bundesregierung Mitte Juni angekündigten Maßnahmen gegen die Teuerung inkl. der Abschaffung der kalten Progression nicht enthalten.

Tabelle 1

Hauptergebnisse der OeNB-Konjunktureinschätzung vom Juni 2022 für Österreich[1]

	2021	2022	2023	2024
Wirtschaftliche Aktivität	*Veränderung zum Vorjahr in % (real)*			
Bruttoinlandsprodukt	4,9	3,8	1,9	1,9
Privater Konsum	3,3	3,9	2,0	2,0
Öffentlicher Konsum	8,3	–0,2	0,7	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	4,2	1,6	2,6	2,1
Exporte insgesamt	14,5	7,1	2,9	3,3
Importe insgesamt	16,4	5,2	2,8	2,9
	in % des nominellen BIP			
Leistungsbilanzsaldo	–0,5	0,5	1,1	1,3
Preise	*Veränderung zum Vorjahr in %*			
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,8	7,0	4,2	3,0
Deflator des privaten Konsums	2,2	6,8	4,0	2,9
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	1,3	5,1	4,2	2,9
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	0,3	2,4	4,8	2,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	3,1	3,7	5,4	3,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	–0,8	2,4	4,6	3,6
Importpreise	5,3	9,3	3,3	1,9
Exportpreise	2,6	7,6	4,6	1,9
Terms of Trade	–2,5	–1,7	1,3	0,0
Einkommen und Sparen				
Real verfügbares Haushaltseinkommen	0,5	0,2	1,7	1,9
	in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens			
Sparquote	11,8	8,4	7,9	7,6
Arbeitsmarkt	*Veränderung zum Vorjahr in %*			
Unselbstständig Beschäftigte	2,1	2,6	1,4	1,0
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	5,9	4,0	2,3	1,1
	in % des Arbeitskräfteangebots			
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,2	4,5	4,4	4,3
Arbeitslosenquote gemäß AMS	8,0	6,2	6,0	5,9
Öffentliche Finanzen	*in % des nominellen BIP*			
Budgetsaldo	–5,9	–2,6	–1,2	–0,7
Schuldenstand	82,8	79,3	75,9	73,1

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Konjunktureinschätzung vom Juni 2022.

[1] *Die Konjunktureinschätzung wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt (Stand: Q1 22).*

[2] *Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.*

Abwärtsszenario: Auswirkungen von zunehmenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen auf die österreichische Wirtschaft

Im Rahmen der Eurosystemprognose vom Juni 2022 wurde von den einzelnen Euroraum-Ländern ein Abwärts-Szenario auf Basis gemeinsam akkordierter Annahmen erstellt. Das Narrativ hinter diesen Überlegungen ist, dass die intensivste Phase des Ukraine-Kriegs nicht in diesem Jahr endet, sondern sich bis 2023 fortsetzt, dass die geopolitischen Spannungen weiter zunehmen, weitere Sanktionspakete verabschiedet werden und dass es zu einem zeitlich begrenzten Stopp russischer Erdgaslieferungen in die Europäische Union kommt.

Im Szenario werden folgende Wirkungskanäle berücksichtigt: (1) Handelskanal (Rückgang der Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen), (2) Rohstoffpreise (Anstieg der Preise für Öl, Gas und nicht energetische Rohstoffe), (3) Finanzmarkt- und Vertrauenskanal

(Auswirkungen der Unsicherheit und steigender Kreditzinsen auf Konsum und Investitionen), (4) Ausfall von Gaslieferungen (unerheblich, ob Lieferstopp oder Embargo) und (5) Spillover-Effekte eines Ausfalls von russischen Energielieferungen an wichtige Handelspartner Österreichs.

Abwärtsszenario für Österreich

	Reales BIP			HVPI-Inflation		
	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %					
OeNB Konjunktureinschätzung	3,8	1,9	1,9	7,0	4,2	3,0
	Veränderung in Prozentpunkten					
Wachstums- & Inflationseffekte	−4,4	−3,4	4,5	1,5	0,9	−0,1
davon						
Handelskanal	−0,5	−0,2	−0,1	−0,0	0,0	−0,0
Rohstoffpreise	−0,4	−0,2	−0,0	1,2	0,9	−0,1
Finanzmärkte und Vertrauen	−0,1	−0,3	0,2	−0,0	−0,1	−0,0
Energielieferungsstopp	−2,3	−1,1	2,7	0,3	0,2	0,1
Länder-Spillover	−1,1	−1,6	1,7	−0,0	−0,2	−0,1
	Veränderung zum Vorjahr in %					
OeNB Szenario	−0,6	−1,4	6,4	8,5	5,1	2,9

Quelle: OeNB.
Anmerkung: Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann es zu Abweichungen kommen.

Gegenüber dem März-Szenario der OeNB haben sich die Annahmen bezüglich des vierten Wirkungskanals – Ausfall von Gaslieferungen - erheblich verändert. Es wird nun angenommen, dass ab dem dritten Quartal 2022 für insgesamt vier Quartale keine russischen Erdgaslieferungen erfolgen (März-Annahme: nur im zweiten Halbjahr 2022). In den Folgequartalen kommt es zu keinen gänzlichen Auf-/Nachholeffekten, da davon ausgegangen wird, dass sich die Einschränkungen danach nur schrittweise auflösen, aber selbst im vierten Quartal 2024 noch mit Ausfällen zu rechnen ist. Als neuer Wirkungskanal wurden die Spillover-Effekte aufgrund eines Ausfalls von russischen Energielieferungen an wichtige Handelspartner auf die österreichische Wirtschaft simuliert.

Die Hauptergebnisse sind in der obenstehenden Tabelle zusammengefasst. Der negative BIP-Effekt fällt heuer noch stärker aus als im März angenommen. Der größte Unterschied ergibt sich im Jahr 2023, in dem aufgrund der internationalen Spillovers ebenfalls ein deutlich negativer BIP-Effekt erwartet wird. Erst im Jahr 2024 kommt es zu einem Aufholprozess. Insgesamt erwartet die OeNB, aufbauend auf der aktuellen Konjunktureinschätzung, in diesem Szenario in den beiden Jahren 2022/23 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,6 % bzw. 1,4 %. Die zusätzlichen Inflationseffekte fallen im Vergleich zu den Ergebnissen vom März im Jahr 2022 etwas geringer, dafür im Jahr 2023 etwas stärker aus.

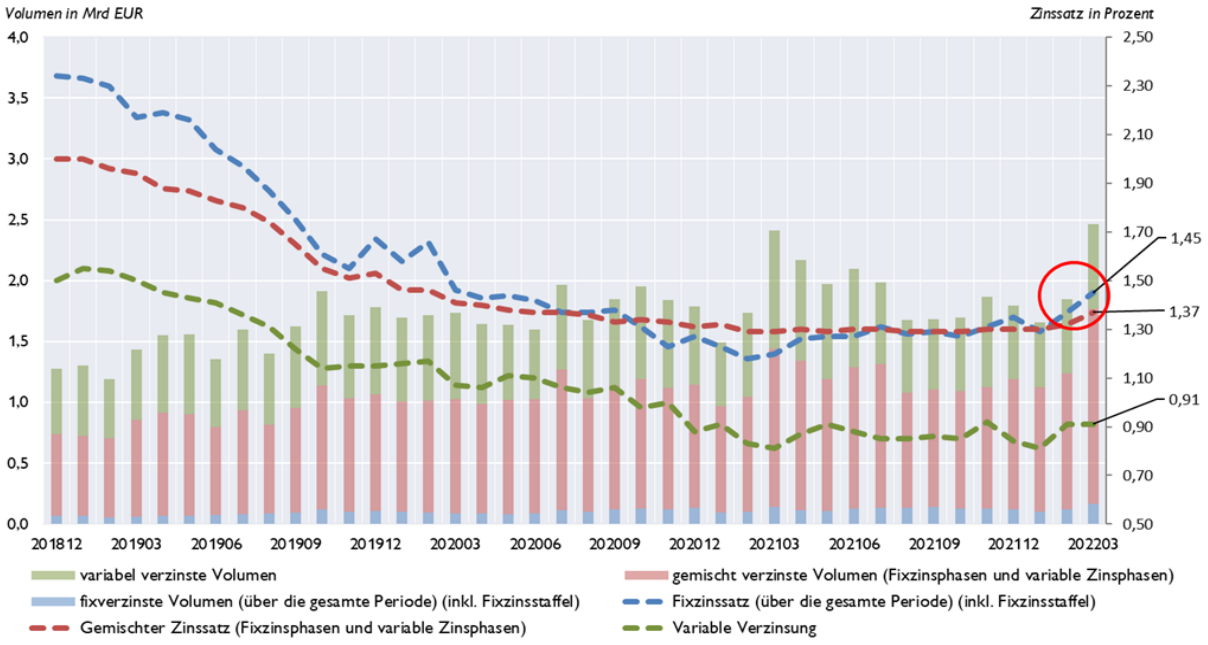
Entwicklungen in den Kreditinstituten

Steigende Zinsniveaus bei Wohnbaukrediten in Österreich und im Euroraum [7]

Im März legte der kapitalgewichtete Aggregatszinssatz bei Wohnbaukredit-Neugeschäften an private Haushalte das zweite Monat in Folge zu und belief sich auf 1,27% (März 2022), was dem höchsten Wert seit Dezember 2020 (1,27%) entsprach. Dies wurde insbesondere durch die ansteigenden Zinssätze von langfristigen Wohnbaukrediten (mit Ursprungslaufzeit von 10 Jahren oder länger) getrieben. Wie in Grafik 1 ersichtlich, stiegen die Zinsen für fix und gemischt verzinste Kredite für Wohnbau deutlich in den vergangenen beiden Monaten an. Für gesamthaft fix verzinste Kredite stieg das Zinsniveau mit 1,45% (März 2022) auf den höchsten Wert seit März 2020 (1,46%), während bei Krediten mit gemischter Verzinsung letztmals im Juli 2020 (1,37%) ein entsprechender Wert erreicht wurde (März 2022: 1,37%). Gleichzeitig war im ersten Quartal 2022 die Nachfrage nach neuen langfristigen Wohnbaukrediten mit Neukreditvergaben von 6,0 Mrd EUR ungebrochen hoch (2021Q1: 5,6 Mrd EUR), wobei insbesondere fix- bzw. teilweise fixverzinste Kredite mit 4,1 Mrd EUR deutlich stärker nachgefragt wurden als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (2021Q1: 3,5 Mrd EUR). Die Neukreditvergabe bei variabel verzinsten Krediten fiel hingegen geringer aus (2022Q1: 1,8 Mrd EUR; 2021Q1: 2,2 Mrd EUR).

Grafik 1

Neukreditvergaben von Wohnbaukrediten an inländische Haushalte mit Ursprungslaufzeit über 10 Jahren



Quelle: OeNB.

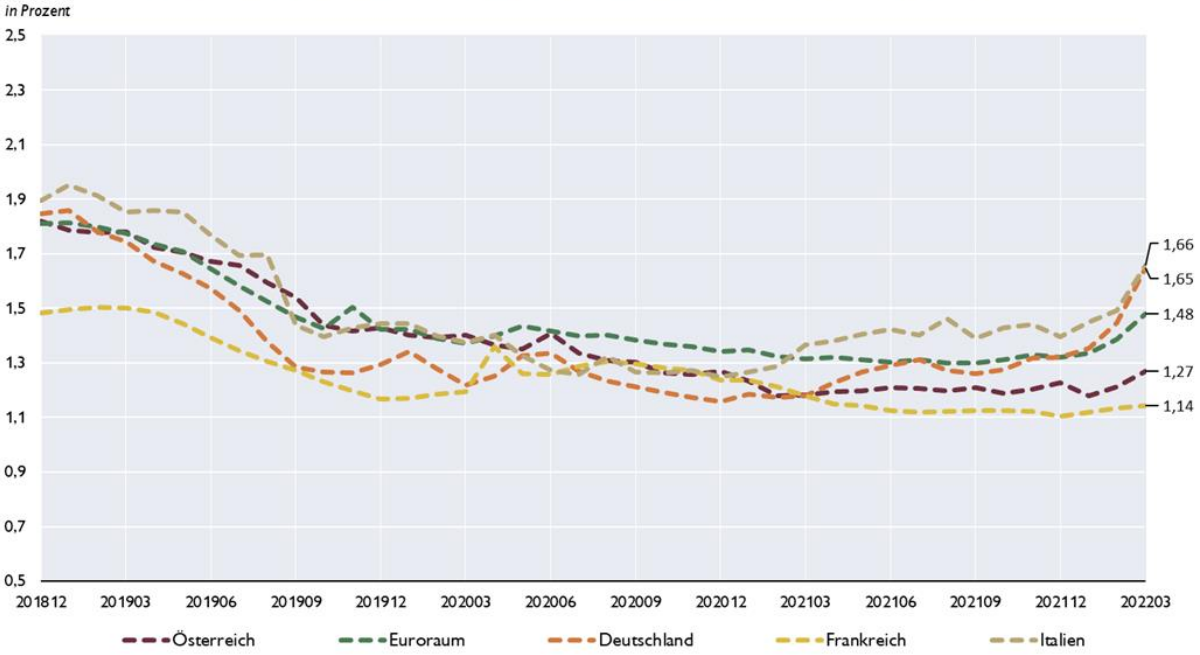
Die gestiegenen Zinssätze spiegeln dabei die seit Jahresbeginn steigende Entwicklung der verschiedenen Referenzzinssätze – insbesondere jener mit längeren Laufzeiten – wider. So stieg der 12-Monats-Euribor seit Jahresbeginn von -0,50% (31. Dezember 2021) auf -0,07% am 31. März 2022 an, bzw. wies dieser am 29. April 2022 bereits einen Wert von 0,17% auf. Ähnliche Entwicklungen waren bei Sekundärmarktrenditen langfristiger Staatsanleihen sowie bei langfristigen Swapzinssätzen zu beobachten.

[7] Autor: Thomas Pöchel (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

Im Vergleich zu Österreich war der Zinsanstieg bei Wohnbaukrediten an private Haushalte in Teilen des Euroraums noch deutlicher ausgeprägt. Wie in Grafik 2 ersichtlich stieg das Zinsniveau im Wohnbaukreditneugeschäft privater Haushalte im Euroraumaggregat seit dem Jahreswechsel von 1,32% (Dezember 2021) auf 1,48% (März 2022) an, während der Anstieg in Österreich von 1,23% auf 1,27% unterdurchschnittlich war. Die Entwicklung im Euroraumaggregat wurde maßgeblich von dem sehr stark ausgeprägten Zinsanstieg in Deutschland getrieben, welcher seit Jahresbeginn (Dezember 2021: 1,32%), insbesondere zwischen Februar (1,45%) und März 2022 (1,65%), zu beobachten war. Eine ähnliche Entwicklung lag unter anderem in Italien (Dezember 2021: 1,40%; März 2022: 1,66%) vor, während die Zinssätze in Frankreich vergleichsweise konstant blieben (Dezember 2021: 1,11%; März 2022: 1,14%).

Grafik 2

Zinssatz neu vergebener Wohnbaukredite an private Haushalte im Euroraumvergleich



Quelle: OeNB, EZB.

Spezielle Kurzanalysen

Dependence of EU member states' domestic oil consumption on oil imports from Russia and the EU oil embargo[8]

Die öffentliche Aufmerksamkeit fokussiert vor allem auf die direkten Importe von Erdöl (Rohöl und Erdölprodukte) aus Russland und sieht daher besonders große Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten in der Abhängigkeit von Erdöl aus Russland. Für etliche EU-Länder, insbesondere für jene mit einem niedrigeren Anteil dieser direkten Importe an ihren gesamten Erdölimporten, wie im Falle Österreichs, sind die indirekten Importe aus Russland jedoch viel bedeutsamer. Indirekte Importe sind Importe, vor allem von Erdölprodukten, aus anderen EU-Ländern, die ihrerseits zuvor diese Volumina, vor allem in Form von Rohöl, aus Russland importiert haben. Eine Analyse des Gesamtanteils der direkten und indirekten Erdölimporte aus Russland an den jeweiligen gesamten Erdölimporten zeigt, dass viel mehr EU-Länder letztlich Russland als wichtige Quelle ihrer Erdölimporte haben und diesbezüglich eine geringere Heterogenität innerhalb der EU besteht. Dennoch befinden sich die EU-Länder mit einem überdurchschnittlichen Gesamtanteil zumeist in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE).

Der passende Maßstab zur Beurteilung der Abhängigkeit des inländischen Erdölverbrauchs (durch Unternehmen und Haushalte) von Importen aus Russland ist das Verhältnis von jenem Teil der gesamten (direkten und indirekten) Erdölimporte aus Russland, der die gesamten Erdölexporte übersteigt, zum inländischen Erdölverbrauch. Im Jahr 2020 waren wirtschaftlich gewichtigere EU-Länder mit besonders großer Abhängigkeit von Erdölimporten aus Russland die Slowakei, Polen, Tschechien, Ungarn, gefolgt von Finnland und Österreich.

Zur Beurteilung der Abhängigkeit des gesamten inländischen Energieverbrauchs von Erdölimporten aus Russland muss die soeben beschriebene Verhältniszahl mit dem Anteil des inländischen Erdölverbrauchs am inländischen Gesamtenergieverbrauch multipliziert werden. Dieser Anteil variiert zwischen den EU-Ländern beträchtlich. Er ist deutlich höher in südeuropäischen EU-Ländern, aber auch in Luxemburg, Irland, den Niederlanden, Deutschland und Österreich als in EU-Ländern in CESEE. Die resultierende Maßzahl für die Abhängigkeit des inländischen Gesamtenergieverbrauchs von Erdölimporten aus Russland ist in kleinen Nicht-CESEE EU-Ländern wie Malta, Zypern und Luxemburg besonders hoch. Unter den wirtschaftlich gewichtigeren EU-Ländern war im Jahr 2020 dieses Abhängigkeitsmaß in der Slowakei, Polen und Ungarn trotz ihrer unterdurchschnittlichen Anteile des Erdölverbrauchs am Gesamtenergieverbrauch am höchsten, gefolgt von Österreich und Tschechien. (Allerdings könnte sich seit 2020 die Herkunft der Erdölimporte in einigen EU-Ländern, wie z.B. Polen und Finnland, bereits deutlich verschoben haben.) Für Österreich ergibt sich für das Jahr 2020 eine noch höhere Abhängigkeit, wenn auch die direkten Importe aus Kasachstan und Turkmenistan, die Russland durchqueren, inkludiert werden.

Bei der Umsetzung des EU-Erdölembargos ist die entscheidende Herausforderung, dies als wirklich gemeinsame Anstrengung anzugehen. Dies hängt wiederum an zwei Fragen: Erstens, in welchem Ausmaß verringern EU-Länder ihre Erdölexporte in andere EU-Länder in Reaktion auf ihre Einschnitte bei ihren direkten Erdölimporten aus Russland? Dies hängt vom Ausmaß ab, in dem sie diese Importe durch Importe aus anderen Herkunftsländern substituieren können. Für Österreich ist der laufende Erfolg Deutschlands bei dieser Substitution besonders wichtig, da im Jahr 2020 25% der österreichischen Erdölimporte aus Deutschland stammten. Zweitens, in welchem Ausmaß verringern die EU-Länder, auch Österreich, den Anteil von Erdöl an ihrem Gesamtenergieverbrauch mittels Energie-Einsparungen und erneuerbaren Energien?

[8] Autor: Thomas Reininger (Referat Zentral-, Ost- und Südosteuropa).

Dependence of EU member states' total domestic oil consumption on oil import (import of crude oil and oil products) from Russia, 2020

For each indicator, color for ...
... bucket 1 (rank 1 to 3)
... bucket 2 (rank 4 to 6)
... bucket 3 (rank 7 to 9)

	Direct import	Indirect import	Sum of Dir. + Indir. Imp.	After deducting total oil exports of the respective EU member state:				Plus oil transiting through Russi
	1	2	3 (= 1 + 2)	4	5	6	7 (= 5 * 6)	8 (= 7 + ...)
	Direct import from Russia in % of total oil import	**Indirect import from Russia** in % of total oil import	**Direct and indirect import from Russia** in % of total oil import	**Direct and indirect import from Russia net of total oil export** in % of total oil net import	**Direct and indirect import from Russia net of total oil export** in % of total domestic oil use	***Total domestic oil use*** *in % of total domestic energy use*	**Direct and indirect import from Russia net of total oil export** in % of total domestic energy use	**... Including direct import from Kazakhstan and Turkmenistan transiting through Russia** in % of total domestic energy use
Slovakia	77.8	17.8	95.6	90.7	88.2	21.5	18.9	20.3
Finland	66.2	4.3	70.5	35.8	39.6	22.8	9.0	9.0
Lithuania	58.7	6.6	65.3	0.0	0.0	37.1	0.0	26.1
Poland	57.4	7.8	65.2	59.6	59.3	29.6	17.5	20.4
Estonia	49.6	50.4	100.0	100.0	0.0	-4.3	0.0	0.0
Bulgaria	48.6	10.4	59.0	31.1	31.9	23.6	7.5	7.5
Hungary	47.7	24.2	71.9	58.7	51.8	27.9	14.5	15.9
Romania	34.1	12.0	46.1	7.7	5.0	29.8	1.5	13.4
Czechia	28.8	35.6	64.4	57.0	58.5	21.1	12.4	13.8
Germany	27.5	7.4	34.9	20.2	20.8	34.1	7.1	9.7
Greece	23.2	2.2	25.4	0.0	0.0	46.6	0.0	0.0
Croatia	20.8	21.5	42.3	0.0	0.0	33.1	0.0	0.0
Netherlands	17.6	5.6	23.2	0.0	0.0	36.8	0.0	0.0
Slovenia	14.8	26.4	41.3	0.0	0.0	29.5	0.0	0.0
France	13.3	7.1	20.4	4.2	4.4	28.3	1.2	3.6
Italy	13.1	4.0	17.1	0.0	0.0	31.9	0.0	0.0
Denmark	9.5	6.1	15.6	0.0	0.0	36.3	0.0	0.0
Latvia	7.5	71.2	78.7	75.0	96.3	31.2	30.1	30.1
Sweden	6.6	17.2	23.9	0.0	0.0	21.9	0.0	0.0
Spain	6.5	3.7	10.2	0.0	0.0	40.0	0.0	0.0
Belgium	6.1	15.9	22.0	0.0	0.0	36.4	0.0	0.0
Austria	5.9	45.0	50.9	38.1	38.3	34.0	13.0	21.7
Ireland	4.6	3.4	8.1	0.0	0.0	44.5	0.0	0.0
Portugal	3.6	3.6	7.2	0.0	0.0	41.7	0.0	0.0
Cyprus	0.0	27.5	27.5	27.5	33.5	85.0	28.4	28.4
Malta	0.0	20.9	20.9	14.8	127.8	41.4	53.0	53.0
Luxembourg	0.0	35.3	35.3	35.2	44.1	55.0	24.3	24.3
EU27	**25.9**	**0.0**	**25.9**	**4.6**	**5.1**	**32.1**	**1.6**	**4.5**
Median	**14.8**	**12.0**	**35.3**	**7.7**	**4.4**	**33.1**	**1.2**	**7.5**

Source: Eurostat, IEA, Russian Customs Authority, UN Comtrade, OeNB estimate. Note: EU27 aggregate: Extra-EU oil import and export are taken for total oil import and export.
Item "direct and indirect import from Russia net of total oil export" set equal to zero if negative. "Total domestic oil use" and "total domestic energy use" are defined as the sum of domestic production plus net volumes from storage plus imports minus exports. In the case of Estonia, Latvia, Malta and Luxembourg, there were very large negative net volumes from storage (stock increase).

This note provides a brief descriptive analysis that relates to imports, exports and domestic consumption of oil, comprising both crude oil and oil products measured in terms of their energy content, with consumption comprising the use by both households and companies. Total domestic consumption, i. e. use, of oil (or of total energy as the aggregate of all types of energy) is defined as the sum of domestic production plus net volumes from storage plus imports minus exports of oil. This note relates to the year 2020. Hence, there is the caveat that structural changes since 2020 are not captured by the data analysis. Such changes have likely occurred especially in the Baltic countries and in Poland, after Putin's threats against Ukraine in the context of the military build-up of the Russian army since the first quarter of 2021. Moreover, further changes have already taken place in recent months. For instance, Austria reduced its direct oil imports from Russia to almost zero.

Each EU member state's degree of dependence on oil imports from Russia relative to that of other EU MS hinges on the concept applied, as can be seen also from the Table above:

- Looking at the share of direct oil imports from Russia in total oil imports (Table column 1), 8 of the 9 most dependent EU MS ("Top-9") are CESEE EU MS, with the exception being Finland. The EU27 aggregate share is 26%, based on extra-EU oil imports as denominator. The median is about 15%, with the min-max-range from 0% to 78% (Slovakia SK).

- However, for several EU MS, including Austria, indirect oil imports from Russia (oil imports that enter as imports from other EU MS which had imported these oil volumes from Russia) are far more important than direct ones. Indeed, only 3 of the Top-9 with respect to direct oil imports are among the Top-9 with respect to the share of indirect oil imports from Russia. The median is 12%, with the min-max-range from 0% to 71% (Latvia LV) (Table column 2).

- Nevertheless, 8 of the Top-9 with respect to direct oil imports are among the Top-9 with respect to the combined share of direct and indirect oil imports from Russia in total oil imports (Table column 3). Again, 8 of them are CESEE EU MS. The median is about 35%, with the min-max-range from 7% to 100% (Estonia EE). The fact that the median of this measure is considerably higher than the median of only direct imports signals that considerably more EU MS have Russia as important ultimate source of their oil imports**. Looking at total oil imports, there is less heterogeneity in the dependency on Russian oil among EU member states.**

- However, several EU MS, including 4 of the Top-9 with respect to the combined share of direct and indirect oil imports from Russia, have large oil exports, including to other EU MS. Thus, subtracting total oil exports and relating the net item to total domestic oil consumption (which also excludes exports) yields a more appropriate concept of dependence of each country (Table column 5). According to this measure, 4 non-CESEE EU MS enter the Top-9, including Austria on the 9th position. The EU27 aggregate share is 5.1%, based on extra-EU oil exports. The median is 4.4%, with the min-max-range from 0% to 96% (LV), if the value of 128% for Malta is considered an outlier (as imports from Russia serve only to increase the oil stock). Austria has a share of about 38%.

- At the same time, the share of oil in total domestic energy consumption varies considerably among EU member states (Table column 6). It is typically substantially

higher in Southern European EU MS than in CESEE EU MS. Thus, among the Top-9 with respect to the share of oil in total energy consumption, there is only one CESEE EU MS, while there are also Luxembourg and Ireland among the Top-9. The EU27 aggregate share is 32%, the median is about 33%, with the min-max-range from 21% to 85% (CY), if the value of -4.3% for Estonia is considered an outlier (as total imports serve only to perform exports and increase the stock of oil). Austria has a share of 34%.

- **Considering the weight of oil in total domestic energy consumption, the resulting share of the net item[9] in total domestic energy consumption shifts a bit away from CESEE EU MS** (Table column 7). That is, among the Top-4 according to this measure, there are 3 small non-CESEE countries (MT, CY, LU). They receive all Russian oil indirectly as shipping oil, with the small absolute amounts involved not posing major substitution problems.

  Still, the remaining 6 among the Top-9 are CESEE EU MS plus Austria, with Hungary on the 7th and Austria on the 8th position. The EU27 aggregate share is 1.6%, the median is 1.2%, with the min-max-range from 0% to 30% (LV), if the value of 53% for Malta is again considered an outlier. Hungary has a share of 14.5%, Austria 13.0%.

- Including direct oil imports from Kazakhstan and Turkmenistan, which transit Russian territory, lifts the EU27 aggregate share to 4.5% and the median to 7.5%, and it raises the share for two EU member states quite significantly, namely for Lithuania to 26% and for Austria to about 21.5%, shifting Lithuania to the 4th and Austria to the 6th position among EU27 (Table column 8).

Obviously, it is important to be aware of the heterogeneity within the EU27 with respect to the dependence on oil imports from Russia. This heterogeneity is particularly pronounced when looking at the share of direct oil imports only, which is a measure widely reported in the media. Heterogeneity is clearly less pronounced than at first glance when including indirect imports from Russia via other EU MS. However, it remains significant. **Therefore, when implementing the EU27 oil embargo, one of the main questions will be whether this will be performed as a joint effort, including by providing mutual support.**

- The question will arise to what extent EU MS will reduce their oil (re-)exports to other EU MS in response to cutting their direct oil imports from Russia. This will likely depend on the extent EU MS can substitute these imports by imports from non-Russian sources. **Germany's ongoing substitution success will be important for Austria, as 25% of Austria's oil imports stemmed from Germany in 2020, mainly in the form of diesel.** Note that the EU oil embargo exempts imports of pipeline oil from Russia (temporarily). This benefits several EU MS that belonged to the COMECON (CZ, SK, HU, PL and DE due to East-Germany) and are connected through the Drushba (Friendship) pipeline. However, Poland and Germany declared not to make use of this exception. Under this exception, it is generally not allowed to re-export these oil imports to other EU MS, apart from a further 18-month-exception for Slovakia to re-export to Czechia. Alleged Hungarian claims for the right to re-export and thus gain competitive advantage appear to have remained unfulfilled. In

[9] Net item defined here as direct and indirect oil imports from Russia minus total oil exports.

2020, Austria purchased 2% of its oil imports from Hungary, 5% from Slovakia and 1% from Czechia.

- Neither direct nor indirect importers of oil from Russia should rely exclusively on sufficient availability of non-Russian oil within the envisaged time horizon of the EU27 oil embargo. Thus, the question will arise to what extent will EU MS, including Austria as one of the indirect importers of oil from Russia, reduce the share of oil in their total domestic energy consumption by energy saving and by renewables both in the short-term and in the medium-term. Such steps would enhance energy security and independence, and they would help contain the increase of market prices for non-Russian oil that results from the shift of EU demand towards non-Russian sources.

Geringe direkte Auswirkungen des EU-Embargos gegen russisches Erdöl auf Österreichs Wirtschaft[10]

Die direkte Abhängigkeit Österreichs von russischen Öllieferungen ist sehr gering. Es besteht jedoch eine gewisse indirekte Abhängigkeit über verarbeitete Erdölprodukte sowie ein Risiko, das die weitaus relevanteren Ölimporte Österreichs aus Kasachstan beeinträchtigt werden könnten, da diese über Russland transportiert werden. Das Embargo wirkt daher in erster Linie über zu erwartende Preisanstiege auf den globalen Rohölmärkten auf die österreichische Wirtschaft. Daher wurde in einem ersten Schritt die Größe dieses Angebotsschocks geschätzt. Unter der Annahme eines Rückgangs des Rohölangebots am Weltmarkt im Ausmaß von 50% der gesamten russischen Erdölexporte (entspricht dem Anteil welcher in die EU exportiert wird) wird ein Anstieg des Erdölpreises von +15% bis +23% erwartet. Die Auswirkungen auf das reale Wirtschaftswachstum in Österreich in den Jahren 2022 bis 2024 betragen durchschnittlich -0,1 Prozentpunkte. Die HVPI-Inflationsrate dürfte 2023 um 0,3 bis 0,4 und 2024 um 0,4 bis 0,7 Prozentpunkte höher ausfallen. Die Berechnungen unterstellen ein vollständiges Embargo (inklusive Pipeline-Öl) ab Mitte 2022. Die Effekte auf den Ölpreis nehmen annahmegemäß mit der Zeit graduell ab. Die Auswirkungen des Ölpreisanstiegs auf die österreichische Wirtschaft wurden mittels des OeNB Prognosemodells AQM simuliert und beinhalten auch Zweitrundeneffekte über die außenwirtschaftlichen Verflechtungen.

Sechstes EU-Sanktionspaket – Ein Embargo auf russisches Erdöl und Erdölprodukte

Der Rat der Europäischen Union hat am 3. Juni das sechste Sanktionspaket[11] verabschiedet. Zentraler Punkt des Vorschlags ist ein EU-Embargo auf russisches Erdöl und russische Erdölprodukte, das bis Ende des Jahres 2022 graduell umgesetzt werden soll.[12]

Die bisherigen Auswirkungen der Embargoankündigung auf die Ölproduktion in Russland und die Ölexporte nach Europa sind nicht eindeutig. Laut IEA[13] ist im April 2022 die Ölförderung Russlands um fast eine Million Barrel oder etwa zehn Prozent unter dem Niveau vor Kriegsbeginn gelegen (Feb. 2022: 10 Mio. Barrel/Tag). Am OPEC+ Meeting Anfang Juni sagte Saudi-Arabien eine Erhöhung ihrer Fördermengen zu, sollte die Produktion an russischem Erdöl durch das Embargo einbrechen. Zudem sollen im Juni und August zusätzlich 648 Tausend Fass mehr gefördert werden.

In einem neu entwickeltem Öl-Tracker von Bruegel economics werden die wöchentlichen Ölexporte Russlands nach Zielregionen dokumentiert. Demnach sind die Öllieferungen von Russland nach Europa nur Ende März deutlich unter dem Vorjahresniveau gelegen, es kam aber danach zu einer Gegenbewegung. Am aktuellen Rand (10. Juni 2022) liegen die Lieferungen nur geringfügig darunter. Lieferungen außerhalb der EU und G7 Länder liegen jedoch deutlich über dem Niveau des Vorjahres.[14]

---

[10] Autoren: Christian Ragacs, Richard Sellner und Klaus Vondra (Referat Konjunktur)

[11] Siehe Durchführungsverordnung (EU) 2022/876 des Rates vom 3. Juni 2022 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine.

[12] Quelle: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_22_2785

[13] Quelle: https://www.iea.org/reports/oil-market-report-may-2022?mode=overview

[14] Quelle: Russian crude oil tracker: https://www.bruegel.org/publications/datasets/russian-crude-oil-tracker/

Direkte Abhängigkeit von russischem Öl gering

Ähnlich wie bei Erdgas wird nur ein geringer Teil des österreichischen Inlandsverbrauchs von Erdöl und nachgelagerten Produkten aus inländischer Produktion bereitgestellt, der überwiegende Teil wird importiert. Produziertes bzw. importiertes Erdöl wird in der Raffinerie Schwechat weiterverarbeitet, gleichzeitig werden aber auch Kraftstoffe wie Benzin und Diesel direkt importiert. Dies liegt vor allem dran, dass die in Schwechat produzierten Kraftstoffe die Versorgung im Raum Wien, Niederösterreich, Burgenland sowie Teile von Oberösterreich und der Steiermark sicherstellen, Süd- und Westösterreich jedoch von Raffinerien in Slowenien und Deutschland beliefert werden.

Mineralölbilanz Österreich

Mio Tonnen

Rohölförderung Inland	0,59
Rohölimport	7,46
Rohöleinsatz	8,05
Halbfabrikate	0,60
Biodiesel, Ethanol	0,32
Diskrepanz	−0,27
Raffinerieausstoß	8,70
Treibstoffimporte	6,22
Petrochemie, Grundstoffe	−1,13
Diskrepanz	−0,52
Gesamtabsatz	13,27
Treibstoffexporte	−3,26
Diskrepanz	−0,25
Inlandsverbrauch	9,76
Dieselkraftstoffe	6,27
Ottokraftstoffe	1,38
Heizöle	1,19
Flugturbinenkraftstoff	0,32
Bitumen	0,45
Flüssiggas, Schmier-mittel und sonstige	0,16

Quelle: Branchenbericht Mineralöl 2020/21, S.9

branchenreport-mineraloelindustrie-2020.pdf (w ko.at)

Der Hauptverwendungszweck von den mit Erdöl produzierten Produkten liegt im Verkehr. Insofern ergibt sich bei Ausfällen von Erdöl eine andere Betroffenheit als bei Erdgas. Der Ausfall würde primär den Verkehrs- und somit den Transportsektor treffen und somit die Lieferengpässe befeuern, da viele Produkte nicht mehr transportiert werden könnten. Stark betroffen wäre auch die Chemieindustrie (Produktion von Kunststoffpellets) und all jene Bereiche, in denen Plastik im Produktionsprozess als Input benötigt wird.

In der Außenhandelsstatistik werden grundsätzlich Erdöl, Erdölerzeugnisse und verwandte Waren unterschieden. Mengenmäßig machen die Erdöl- und Erdölerzeugnisse rund die Hälfte der österreichischen Brennstoffimporte aus, wertmäßig schwankt ihr Anteil zwischen rund der Hälfte und zwei Drittel der gesamten Brennstoffimporte. Österreich bezog in den vergangenen Jahren knapp 40% seiner Ölimporte aus Kasachstan, rund 20% aus Libyen, etwas weniger als 20% aus dem Irak und weniger als 10% aus Russland. Laut Aussage eines OMV-Sprechers wurde der Anteil von russischen Ölimporten seit Kriegsbeginn nochmals deutlich reduziert.[15] Die wertmäßig fast ebenso großen Importe von Erdölerzeugnissen (Kraftstoffe) stammen zu über 50% aus Deutschland, zu fast 20% aus Italien und zu rund 10% aus der Slowakei und Slowenien. Importe aus Ungarn spielen kaum eine Rolle.

Während die direkte Abhängigkeit Österreichs von russischen Öllieferungen gering ist, ist die indirekte Abhängigkeit weitaus größer. Das kasachische Erdöl wird über die CPC-Pipeline (Caspian Pipeline Consortium), die nördlich vom Kaspischen Meer und in weiterer Folge durch russisches Hoheitsgebiet läuft, bis Novorossiysk transportiert und in diesem russischen Hafen am Schwarzen Meer verschifft.

Sollte es im Zuge eines Öl-Embargos zu einer weiteren Eskalation des Konflikts zwischen Russland und Europa kommen, wären Auswirkungen auf diese Lieferungen nicht auszuschließen. In diesem Fall wäre Österreich trotz eines geringen Anteils von russischen Ölimporten deutlich stärker betroffen. Vom Schwarzen Meer wird das Öl mit Tankern nach Triest transportiert. In Triest startet die Adria-Wien-Pipeline (AWP). Über diese Leitung wird die Raffinerie Schwechat

[15] Quelle: Österreich bezieht kaum noch Öl aus Russland - Wirtschaft - derStandard.at › Wirtschaft

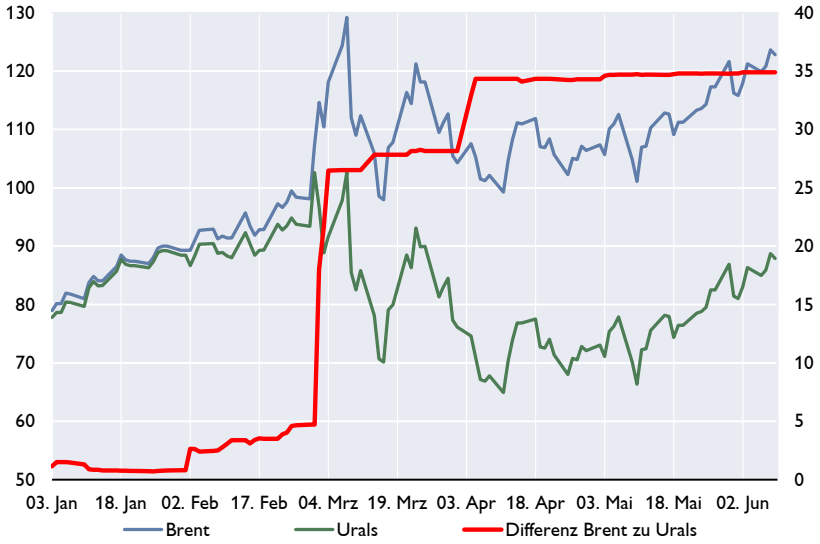
versorgt, aber ebenso Burghausen in Deutschland sowie die Raffinerien Kralupy und Litvinov in Tschechien. In Kärnten zweigt von der AWP die Transalpine Ölleitung (TAL) ab, diese führt über die Alpen nach Deutschland (Baden-Württemberg, Karlsruhe, Neustadt).

Kalibrierung des implizierten Ölpreisanstieg als zentral Annahme

Mit Ausbruch des Ukrainekriegs schnellte der Erdölpreis (Brent) von rund 90 USD auf kurzfristig 125 USD pro Fass in die Höhe. Die Preise der Erdölsorte Brent (Förderung in der Nordsee)[16] und die russische Sorte Urals begannen auch zu divergieren. Der Krieg beinträchtige die Schiffsverbindungen im schwarzen Meer massiv und zahlreiche Unternehmen stellten ihre Geschäftstätigkeiten mit Russland freiwillig ein. Dies führt zu einem Preisabschlag von zunächst etwa 28 USD pro Fass bzw. 25% im März und dann 34 USD pro Fass bzw. 33% ab April/Mai. Die konstante Preisdifferenz zwischen dem russischen Erdöl der Sorte Urals und Brent zeigt, dass Russland bereits seit Kriegsbeginn stärkere Preisabschläge anbieten muss, um Erdöl verkaufen zu können.

Erdöl Weltmarkt Spotpreise

USD pro Fass / Differenz in USD pro Fass



Quelle: Macrobond.

Zur Kalibrierung des zu erwartenden Ölpreisanstiegs in Folge eines Ölembargos wird ein negativer Angebotsschock von russischem Erdöl am Weltmarkt simuliert. Hierzu verwenden wir 1.) den Anteil russischen Erdöls, das auf dem Weltmarkt angeboten wird, am gesamten Weltangebot), um das Ausmaß des Schocks zu spezifizieren und 2.) die Preiselastizität der Erdölnachfrage und des Erdölangebots. In der empirischen Literatur wird der Fokus meist auf die 1-Monats-Preiselastizität der globalen Erdölnachfrage bzw. Erdölangebot gelegt. Aufgrund der unterschiedlichen Substituierbarkeit der verschiedenen Ölsorten (Transportwege, Weitverarbeitung) stellen die angeführten Elastizitäten vermutlich eine Untergrenze der zu

[16] Brent und WTI (West Texas Intermediate) sind preislich fast deckungsgleich, weil sich die beiden Sorten von der Zusammensetzung kaum unterscheiden. Andere Sorten werden mit einem Auf- oder Abschlag gehandelt. Das russisches Öl Urals ist eine Mischung aus leichtem westsibirischem Öl Siberian Light und schwefelreichem Öl aus dem Ural und der Wolga-Region. Insgesamt ist es „schwerer“ (höheren Schwefelgehalt) und damit günstiger als Brent (und WTI).

erwartenden Effekte dar. In der folgenden Tabelle sind die in einem rezenten Literaturüberblick von Kilian (2020)[17] bevorzugten empirischen Punktschätzer für die Erdöl-Preiselastizitäten dargestellt und die sich daraus ergebenden Effekte[18] eines positiven Angebotsschocks um +1%.

Elastizitäten und Angebotsschockeffekte

	Angebots-elastizität	Nachfrage-elastizität	Effekt eines positiven Angebotsschock um +1% auf Rohölpreis
Kilian and Murphy (2014)	0.01	−0.26	-3.7%
Herrera and Rangaraju (2020)	0.01	−0.28	-3.4%
Inoue and Kilian (2020)	0.01	−0.18	-5.3%

Quelle: Kilian (2020), OeNB Berechnungen.

Auswirkungen des Erdölembargos auf Österreich

in Prozentpunkten

Ölpreisanstieg	+15%		+23%	
	HVPI-Inflation	BIP real	HVPI-Inflation	BIP real
2022	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0
2023	+0,3	−0,1	+0,4	−0,1
2024	+0,4	−0,1	+0,7	−0,1

Quelle: BP, Kilian (2020), OeNB AQM-Modellberechnungen.

Die globale Erdölproduktion betrug 2019[19] etwa 95 Mio. Fass pro Tag.[20] Russland exportierte 2019 etwa 8,4 Mio. Fass, was einem Anteil von 8,8% der Weltproduktion entspricht. Davon werden rund 50% in die EU exportiert, woraus sich ein Angebotsschock von etwa 4,4% ergibt.[21] Skaliert man die Effekte obiger Tabelle mit diesem Schock so wäre von einem Erdölpreisanstieg von 15% bis 23% auszugehen. Ausgehend von einem vollständigen Embargo ab dem dritten Quartal 2022 wird mit einem graduell abnehmenden Preiseffekt gerechnet, da andere Erdölexporteure ihr Angebot schrittweise erhöhen bzw. nicht sanktionierende Länder (v.a. China und Indien)[22] vermehrt russisches Erdöl nachfragen. Auf Basis dieser Annahmen ergibt sich ein jährlicher Effekt auf das reale Wirtschaftswachstum von -0,1 Prozentpunkten. Die HVPI-Inflationsrate dürfte 2023 um 0,3 bis 0,4 und 2024 um 0,4 bis 0,7 Prozentpunkte höher ausfallen. Da die Auswirkungen mittels der Standardmodellelastizitäten des OeNB Prognosemodells AQM simuliert wurden, beinhalten die Ergebnisse neben den direkten Effekten auch indirekte und Zweitrundeneffekte über die außenwirtschaftlichen Verflechtungen.

[17] Kilian, Lutz, Understanding the Estimation of Oil Demand and Oil Supply Elasticities (August 29, 2020). CFS Working Paper, No. 649, 2020, Available at SSRN: https://ssrn.com/abstract=3759333 or http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3759333

[18] Die Berechnungen basieren auf Angebots- und Nachfragekurven mit konstanten Preiselastizitäten.

[19] Es liegen Daten bis 2020 vor. Um mögliche Verzerrungen durch die Corona-Pandemie zu vermeiden wird der Angebotsschock auf Basis der Daten von 2019 kalibriert. Der verwendete Anteil russischer Ölexporte an der Weltproduktion ist jedoch in beiden Jahren relativ ähnlich (2019: 8,8; 2020: 8,4%).

[20] Siehe BP (2021): Statistical Review of World Energy, 70th Edition.

[21] Wir gehen in diesem Szenario nicht davon aus, dass Russland kurzfristig Öl, welches für Europa bestimmt war, an andere Länder liefern kann.

[22] Das Ausmaß dieser Umlenkungseffekte wird einerseits von den möglichen Transportkapazitäten von Russland nach China/Indien bestimmt und andererseits von geopolitischen Überlegungen über das Verhältnis Chinas und Indiens zu den sanktionierenden Ländern abhängen.

Unterschiede in den geldpolitischen Herausforderungen zwischen den USA und dem Euroraum [23]

- *Vergleiche der Geldpolitik in den USA und im Euroraum in manchen Medien ignorieren die unterschiedlichen wirtschaftlichen Situationen in beiden Währungsräumen.*
- *Die Inflation in den USA ist höher als im Euroraum, sie hat früher zu steigen begonnen und sie wird vom Preisauftrieb bei vielen Gütergruppen getragen, während im Euroraum vor allem die Energiepreise die Inflation treiben.*
- *Inflationsprognosen deuten auf einen stärkeren und länger anhaltenden Preisdruck in den USA hin. Die Inflationserwartungen der Konsumenten in den USA haben ebenfalls schon früher zugenommen.*
- *Schätzungen für den Output Gap implizieren, dass die USA bereits wieder ihr Potenzial ausschöpfen und 2022 kaum freie Kapazitäten haben, während der Euroraum noch länger brauchen wird, bis sich der Output Gap schließt.*
- *Der Arbeitsmarkt in den USA hat das Vorkrisenniveau längst erreicht und ist nach einer Studie so angespannt wie zuletzt 1951. Im Euroraum ist die Lage am Arbeitsmarkt noch nicht vergleichbar angespannt.*

In der medialen Kommentierung[24] der letzten geldpolitischen Entscheidung wurde öfter angemerkt, dass die Fed in den USA bereits ihren Leitzins angehoben hat, während die EZB mit einem solchen Schritt noch zögert. Dabei wird häufig übersehen, dass die USA und der Euroraum vor unterschiedlichen geldpolitischen Herausforderungen stehen, von rezenten negativen Schocks in unterschiedlichem Ausmaß getroffen wurden und auch unterschiedliche Konjunkturverläufe aufweisen. Die vorliegende Notiz fasst wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Währungsräumen zusammen.

Die Wahrung der Preisstabilität ist - abgesehen von unterschiedlichen Gewichtungen in ihren Mandaten - sowohl für die EZB als auch für die Fed eine zentrale Zielsetzung. Der Anstieg der Inflation in beiden Währungsräumen hat Erwartungen auf eine geldpolitische Reaktion geschürt. Dabei ist zu anzumerken, dass der Anstieg der Inflationsdynamik in den USA schon früher eingesetzt hat und auch auf breiterer Basis erfolgt ist als im Euroraum, wo die Inflationszunahme sehr stark von den steigenden Energiepreisen getrieben war. Im März 2022 lag die VPI-Inflation in den USA[25] bei 8,5%, während sie im Euroraum 7,5% betrug. In den USA war der Beitrag der Energiekomponente zum Anstieg der Inflation deutlich geringer als im Euroraum, was darauf zurückzuführen ist, dass (i) dort die Energiepreise im Vorjahresvergleich nur um 32% gestiegen waren (im Euroraum hingegen um 44%) und (ii) das Gewicht von Energie im VPI-Warenkorb in

[23] Autoren: Wolfgang Pointner und Paul Ramskogler (Referat International Economics).

[24] Einige Beispiele aus österreichischen Medien: „*Während die US-Notenbank Fed (…) nachlegen will, bleiben die Währungshüter in Frankfurt bei der EZB-Ratssitzung am Donnerstag voraussichtlich in Wartestellung*." (Die Presse, 11.4.2022), „*Andere große Notenbanken wie die Fed in den USA haben angesichts des starken Preisauftriebs bereits die Zinswende eingeleitet*." (APA, 14.4.2022), „*Fed ist einen Schritt voraus*" (Wiener Zeitung, 15.4.2022)

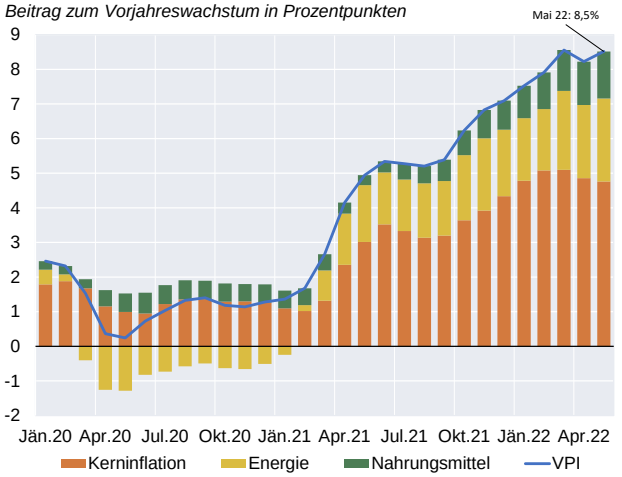
[25] Dieser Wert bezieht sich auf den vom Bureau of Labor Statistics veröffentlichten Consumer Price Index for All Urban Consumers (CPI-U).

den USA mit 7,5% geringer ist als im Euroraum (11%). Letzteres ist auf den ersten Blick überraschend, liegt doch der Pro-Kopf-Verbrauch von Energie in den USA deutlich über jenem im Euroraum, allerdings sind auch die Energiepreise in den USA auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Während etwa der Pro-Kopf-Verbrauch von Elektrizität in den USA bei rund 12.000 kWh liegt, beträgt er in Österreich 7.500 kWh, in Frankreich 6.700 kWh, in Deutschland 6.300 kWh und in Italien 5.000 kWh. Allerdings kostete die kWh in den USA im Durchschnitt 11 USD-cents und im Euroraum 23 EUR-cents.

Wenn man die Inflationskomponenten in mehrere Konsumgütergruppen aufgliedert, ist zu erkennen, dass die arbeits- und lohnintensiven Dienstleistungen in den USA einen deutlich höheren Beitrag zur Inflation leisten als im Euroraum.

Preistreiber in den USA

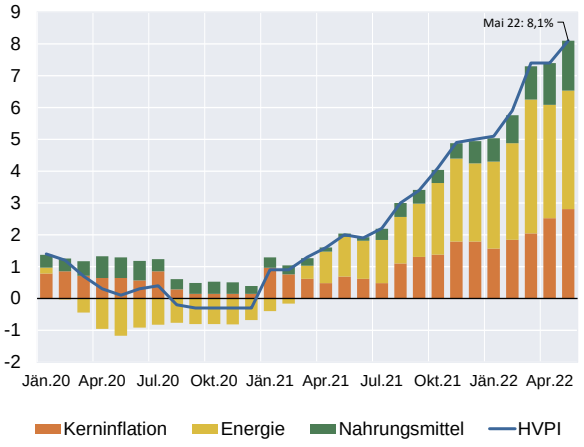
Beitrag zum Vorjahreswachstum in Prozentpunkten



Quelle: Macrobond.

Preistreiber im Euroraum

Beitrag zum Vorjahreswachstum in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

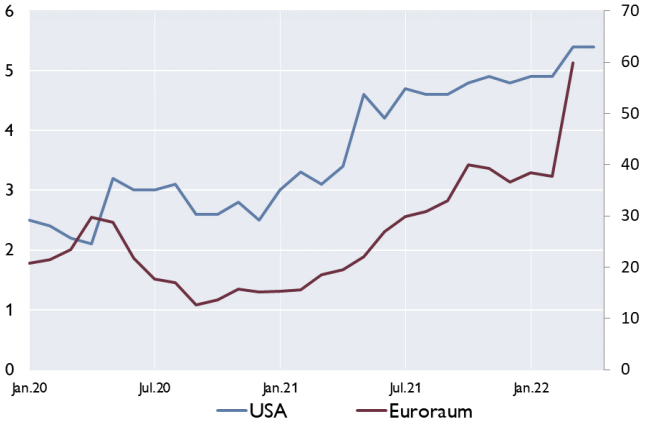
Dass die Inflationsrate in den USA trotz des geringeren Beitrags der Energiekomponente höher ist als im Euroraum, liegt an den stärkeren Preisanstiegen bei Waren und Dienstleistungen, also Gütergruppen, die zur Kerninflation zählen. Diese Gütergruppen machen in den USA 79% des gesamten Warenkorbs im VPI aus, im Euroraum 68%. Die Kerninflation betrug im März 2022 in den USA 6,5% gegenüber dem Vorjahr, im Euroraum hingegen nur 3%. Allerdings lag die US-Inflationsrate nicht nur im März 2022 über jener im Euroraum, sie hatte bereits ab dem ersten Quartal 2021 deutlich zugenommen. Im Euroraum setzte der Anstieg der Inflationsrate erst mit einer gewissen Verzögerung ein, hat aber zuletzt merklich an Dynamik gewonnen.

Vorausschauende Geldpolitik orientiert sich nicht an der aktuellen Inflation, sondern an der mittelfristig erwartbaren Preisentwicklung, die in Inflationsprognosen abgebildet wird. Der IMF erwartet in seinem am 19. April veröffentlichten WEO für die USA im Jahr 2022 eine Inflationsrate von 7,7% und für 2023 von 2,9%. Für den Euroraum sieht der IWF 2022 eine Inflationsrate von 5,3% und 2023 von 2,3%. Im laufenden Jahr soll laut IMF-Prognose der BIP-Deflator in den USA um 6,3% steigen, im Euroraum hingegen nur um 3,2%. Das bedeutet, dass in den USA die Preise der im Inland hergestellten Güter deutlich stärker anziehen und damit einen größeren Beitrag zur Inflation der Verbraucherpreise leisten als im Euroraum. Da geldpolitische Reaktionen stärkere Effekte auf inländische Preise haben, kann eine Zinsanhebung in den USA die Inflation rascher dämpfen. Daher empfiehlt der IMF auch, dass die Geldpolitik in den USA die Zinsanhebungszyklus fortsetzen soll, während in Europa genau darauf geachtet werden muss, welche negativen Auswirkungen der Krieg in der Ukraine auf das Wirtschaftswachstum hat und

Notenbanken in ihrer Kommunikation ihre Bereitschaft zu geldpolitischen Reaktionen signalisieren sollten.

Geldpolitische Reaktionen und auch die Kommunikation von Notenbanken können die Inflationserwartungen der Wirtschaftsakteure beeinflussen. Diese Erwartungen sind ausschlaggebend für künftige Preis- und Lohnsetzungsprozesse. Bei den aus Konsumentenbefragungen abgeleiteten Erwartungen der privaten Haushalte über die Inflationsentwicklung in den nächsten 12 Monaten[26] zeigt sich, dass die Inflationserwartungen in den USA bereits in der ersten Jahreshälfte 2021 zugenommen haben, während sie im Euroraum vor allem in den letzten Monaten sprunghaft gestiegen sind. Afunts et al. (2022) zeigen, dass die Inflationserwartungen von Konsumenten in Deutschland mit der russischen Invasion der Ukraine deutlich zugenommen haben, da ein starker Anstieg der Energiepreise befürchtet wurde. Auch längerfristige Indikatoren für die Erwartungen von Finanzmarktakteuren oder Umfragen unter professionellen Forecastern zeigen einen Anstieg der Inflationserwartungen für die kommenden Jahre in beiden Währungsräumen.

Inflationserwartungen aus Konsumentenbefragungen

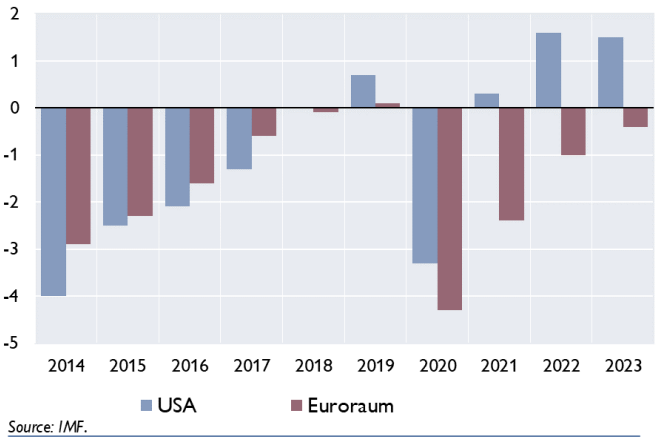


Quelle: University of Michigan, Europäische Kommission.

Neben der mittelfristigen Inflationsperspektive ist auch die aktuelle Position einer Volkswirtschaft im Konjunkturzyklus relevant für die Beurteilung der angemessenen geldpolitischen Reaktion. Ein Indikator für die Ausnutzung der vorhandenen wirtschaftlichen Kapazitäten ist der Output Gap, die Differenz zwischen dem realisierten und dem potenziellen BIP gemessen in Prozent des potenziellen BIP (siehe Grafik rechts). Im Vergleich der USA mit dem Euroraum zeigt sich, dass beide Volkswirtschaften vor der Pandemie ziemlich nahe ihrem Potenzial operierten, d.h. die Output Gaps hatten sich geschlossen (Euroraum) bzw. waren sogar leicht positiv (USA). Von COVID waren beide Währungsräume 2020 sehr negativ betroffen, die USA haben sich aber bereits 2021 wirtschaftlich davon weitgehend erholt. Herauszustreichen ist hierbei, dass, die fiskalpolitische Antwort in den USA deutlich stärker ausgefallen ist als im Euroraum: das strukturelle Defizit betrug 2021 in den USA 8% des BIP und war damit doppelt so hoch wie jenes im Euroraum. Auch für 2022 und 2023 prognostiziert der IMF strukturelle Defizite in den USA von 5,3% bzw. 4,6% des BIP, was deutlich über dem des Euroraums von 3,5% bzw. 2,3% liegt.

Output Gaps

in % des Potenzialoutputs



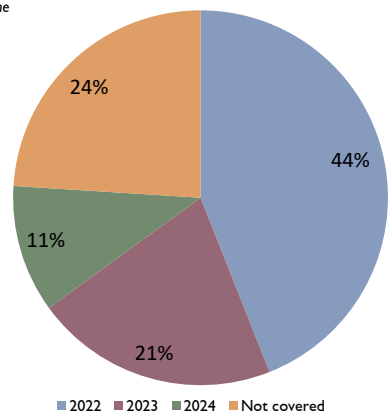
Source: IMF.

[26] Während die Europäische Kommission die Inflationserwartungen in den nächsten 12 Monaten abfragt, werden von der University of Michigan Erwartungen über die Inflation in einem Jahr abgefragt.

Ein weiterer Indikator für die Angemessenheit der Geldpolitik ist die Lage am Arbeitsmarkt. Von einem angespannten Arbeitsmarkt gehen inflationäre Impulse aus, die eine Gefahr für die Preisstabilität darstellen können. Die Arbeitslosenquote in den USA lag im März 2022 mit 3,6% deutlich unter jener im Euroraum von 6,8% im Februar. Michaillat und Saez (2022) finden in ihrer Analyse des US-Arbeitsmarkts, die auf dem Konzept der Beveridge-Kurve beruht, dass „*[a]t the beginning of 2022, the US labour market is excessively tight, and tighter than at any point since 1951*". Domash und Summers (2022) kommen auch zu dem Ergebnis, dass "*labour markets in the US are extremely tight and will likely contribute to inflationary pressures for some time to come*", obwohl angebotsseitige Faktoren wie die Beschäftigungsquote noch auf freie Ressourcen deuten. Ihre empirische Untersuchung zeigt, dass die sinkende Arbeitslosenquote ein besserer Vorlaufindikator für Lohndruck am Arbeitsmarkt ist. Im Euroraum kann nicht von einem einheitlichen Arbeitsmarkt gesprochen werden; einer relativ angespannten Situation in Deutschland und den Niederlanden, wo die Arbeitslosenquote zuletzt sogar unter jener in den USA lag, stehen Länder wie Spanien, Italien oder Griechenland gegenüber, wo die Arbeitslosenquote teilweise noch über 10% liegt. Allerdings zeigt die EZB (2022), dass die Arbeitslosigkeit in allen Mitgliedstaaten des Euroraums seit dem 2. Quartal 2021 sehr deutlich zurückgeht und die offenen Stellen im 4. Quartal einen neuen Höchststand verzeichneten. Hinsichtlich des Lohndrucks hat Europa hier aber den Vorteil, dass im Gegensatz zu den USA nicht jedes Jahr für die gesamte Lohnsumme Lohnverhandlungen stattfinden. Der Umstand, dass für mindestens ein Drittel der Lohnsumme in diesem Jahr keine Verhandlungen über Lohnanstiege stattfinden, erlaubt dem Eurosystem auch etwas langsamer zu reagieren als der FED. Dazu kommt, dass die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine das Wachstum und damit auch den Anstieg des Drucks am Arbeitsmarkt dämpfen werden. Wichtig wird hier vor allem sein, dass ein Absinken der Inflationsrate binnen Jahresfrist glaubwürdig bleibt.

Neuverhandlungen für bis zu zwei Drittel der Lohnsumme

in % der Lohnsumme



Quelle: Eurostat, ICTWSS/OECD und eigene Schätzungen.

Literaturhinweise

Afunts, G., M. Cato, S. Helmschrott und T. Schmidt (2022) Russia's invasion of Ukraine has led to higher inflation expectations of individuals in Germany. VoxEU.org, 20 April.

Domash, A. und L. Summers (2022) How tight are US labour markets? VoxEU.org, 13 April.

EZB (2022) Economic Bulletin. Issue 2

IMF (2022) World Economic Outlook.

Michaillat, P. und E. Saez (2022) Figuring out efficient unemployment. VoxEU.org, 19. April

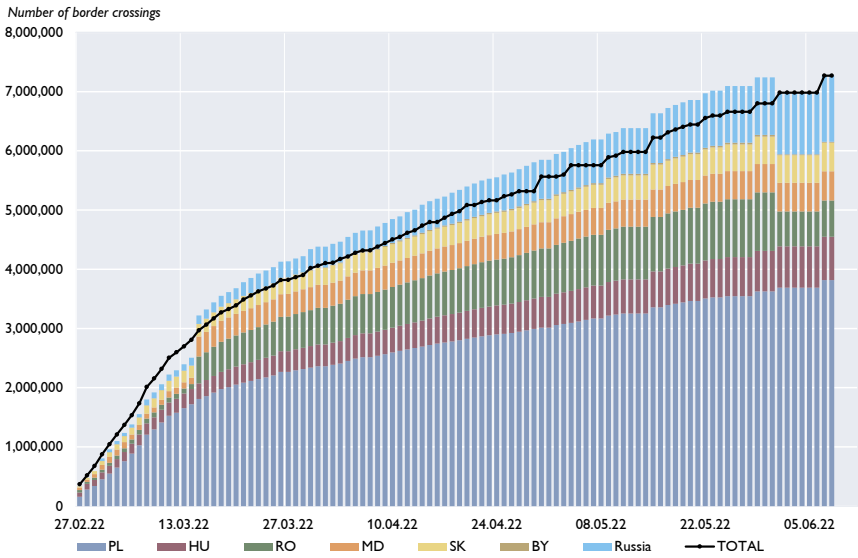
Refugees from Ukraine: Status, location and potential labor market impact[27]

Die Invasion Russlands in die Ukraine löste eine der größten Flüchtlingswellen Europas seit dem Zweiten Weltkrieg aus. Innerhalb von drei Monaten haben rund 7,3 Millionen Menschen die Ukraine in Richtung eines ihrer Nachbarländer verlassen (nicht-konsolidierte Zahlen). Die EU-Staaten haben sich Anfang März 2022 auf die Aktivierung der sogenannten Richtline für Temporären Schutz („Massenzustromsrichtlinie") geeinigt, welche den Geflüchteten unter anderem Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht. Kürzlich vom UNHCR veröffentlichte Zahlen zeigen, dass bislang 4,8 Millionen Flüchtende in europäischen Ländern registriert wurden und 3,2 Millionen temporären Schutz (oder ein ähnliches Regime) in Anspruch nehmen. Rund 41% haben sich für temporären Schutz in einem Euroraum-Land registriert, das entspricht bislang etwa 1,3 Millionen Menschen. Auf den Arbeitsmärkten wird der Effekt der Immigration erst allmählich spürbar werden. Einerseits war die Partizipationsquote der geflohenen Population bereits vor der Flucht vergleichsweise gering, da der Anteil an Kindern und betreuungspflichten Frauen sehr hoch ist. Andererseits benötigt eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration Sprachkenntnisse, deren Erwerb sehr stark durch die erwartete Länge des Aufenthaltes bestimmt wird. Gerade die prospektive Aufenthaltsdauer ist aber weiterhin mit hoher Unsicherheit besetzt. Gegebene Engpässe im Arbeitsangebot vieler EU-Länder fördern die Beschäftigungschancen.

Invasion in Ukraine triggered largest movement of people in Europe since WWII

Since the internationally condemned Russian invasion of Ukraine on 24 February 2022, **7.3 million refugee movements out of Ukraine** have been recorded. This is the largest movement of people in Europe since the end of the Second World War and the largest displacement of people in the world today.

Number of border crossings to neighbouring countries



Source: Collected announcements by UNHCR spokespersons until 02.03.22, then UNHCR data portal.
Note: The sum over the countries exceed the overall total as until June, movements from MD to RO show up in both countries.

As of 10 June, 3.8 million people crossed borders into Poland, 730.000 into Hungary, 610.000 into Romania, and closes to 500.000 into Moldova and Slovakia. Additionally, UNHCR estimates that **7 million people have been displaced by the war within Ukraine**. At the same time, also over 2 million border crossings into Ukraine have been registered. As all these numbers reflect cross-border movements and such crossings could be pendular, this number does not reliably estimate sustainable return movements.

[27] Autor:innen: Anna Raggl und Paul Ramskogler (Referat International Economics).

EU countries swiftly agreed on the activation of the Temporary Protection Directive

While Ukrainian nationals can enter the EU for up to 90 days without visa requirement, the visa-free regime did not entitle the refugees with any rights. Importantly, this does neither include insurance or medical care, nor grant access to the labor market, the education system or public services. This, however, has been changed by the **adoption of the temporary protection directive** on 3 March 2022 by the Justice and Home Affairs Council (**Council Directive 2001/55/EC of 20 July 2001**[28]). This directive provides for the possibility to grant temporary protection in case of a "mass influx of displaced persons" to the EU to avoid an overburdening of asylum systems in the receiving countries due to reduced formalities. The displaced persons enjoy **harmonized rights across the EU** and these rights include a (temporary) residence permit, **access to the labor market** and the education system, and health care. Beneficiaries must also be provided with accommodation and access to social assistance. The initial duration is one year, but an extension of up to a total of three years is possible. Ukrainian nationals and third country nationals that had been benefitting from refugee status or equivalent protection before 24 February 2022 in Ukraine are also covered by temporary protection. Persons covered by the directive are free to choose the country in which they seek temporary protection.

4.8 million refugees from Ukraine recorded across Europe

While initially most of the refugees remained in neighboring countries, often under the visa-free regime, Ukrainians started to move onwards to other countries. Only recently, UNHCR released a collection of data that allows a first overview of Ukrainian individuals recorded in European countries (as opposed to counts of border crossings that can include double-counts in case of pendular movements) and the number of Ukrainian refugees that registered for temporary protection (or similar national schemes) so far.[29]

Overall, over **4.8 million Ukrainian refugees have been recorded in European countries**[30] as of 10 June 2022. Approximately **a third** of them – or 1.6 million people – were recorded in **euro area countries**. In absolute numbers, Germany received the largest number of these refugees (780,000), followed by Italy (126,000) and Spain (118,000). In Austria, 70,000 Ukrainians were recorded. Relative to the destination countries' population, the Baltic countries, Cyprus, and Slovakia received the highest shares amongst euro area countries (more than 1% of their population compared to less than 0.5% in the euro area average).

More than **another third** of the refugees (1.8 million) were recorded in other, **non-euro area, EU countries**, with Poland and the Czech Republic being on top of the list both in absolute as well as in relative terms. In Poland, close to 1.2 million people were recorded. The remaining third were recorded in other European countries, with the largest numbers in Russia (over 1.1 million), Moldova (86.000) and Turkey (85.000).

---

[28] **Council Directive 2001/55/EC of 20 July 2001** on minimum standards for giving temporary protection in the event of a mass influx of displaced persons and on measures promoting a balance of efforts between Member States in receiving such persons and bearing the consequences thereof.

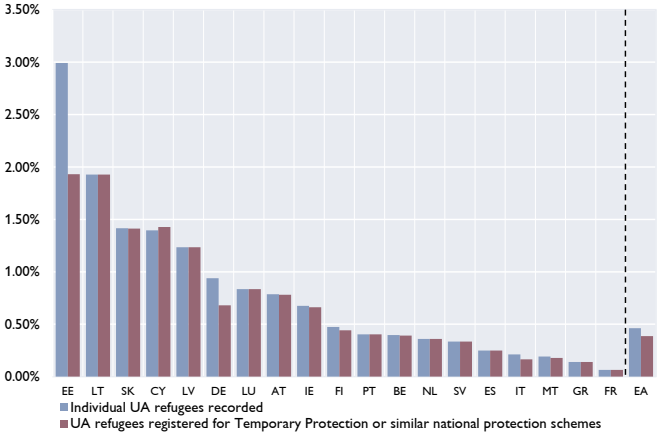
[29] The UNHCR data portal on Ukrainian refugees can be found here: Situation Ukraine Refugee Situation (unhcr.org)

[30] UNHCR data on the record of individual refugees and the registration for temporary protection per country covers 27 EU countries and the following non-EU countries: MD, MN, RU, CH, GE, LI, NO, IS, RS+K, TR, BY, UK, MK, AZ, AL, BA, and AM.

3.1 million registered for temporary protection in the EU

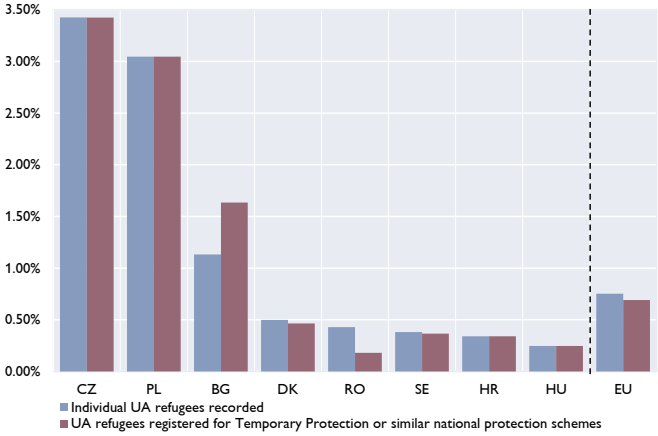
Among the 4.8 million refugees that were recorded in Europe, **3.2 million registered for temporary protection** or a similar national scheme so far. While a small share did so in non-EU countries, for example in Switzerland, Norway or the United Kingdom, 55% choose non-euro area EU countries, notably Poland, the Czech Republic, and Bulgaria, for their temporary protection registration. Over 40% – in absolute numbers, 1.3 million Ukrainians – registered for temporary protection in the euro area, many of them in Germany, Spain and Italy.

Registrations of Ukrainians in Euro Area countries
in % of destination country population



Source: UNHCR, Eurostat, World Bank.

Registrations of Ukrainians in non-EA EU countries
in % of destination country population

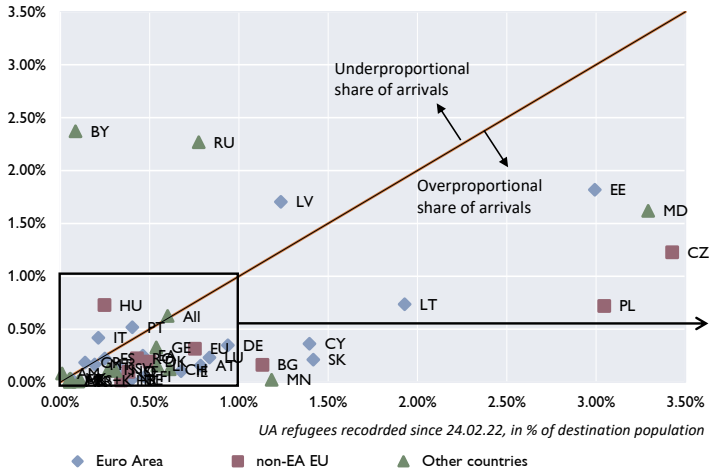


Source: UNHCR, Eurostat, World Bank.

How does this relate to the location of previous immigrants from Ukraine?

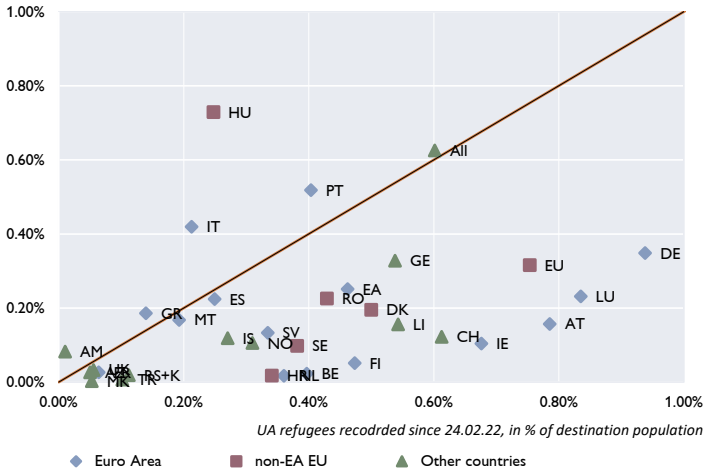
It has repeatedly been shown that due to network effects, immigrants allocate in countries where the stock of previous immigrants from their countries is high. When relating the location of current refugees from Ukraine to UN data on the stocks of Ukrainian immigrants as of 2020 (see charts below, where both variables are measured as percent of the destination country population), several observations are worth noting. First, taking all European countries in the chart together, the **number of currently registered refugees (4.8 million) is similar to the number of previous immigrants from Ukraine** to these countries according to the UN

Previous immigrants and current refugee destination
UA immigrants in 2020, in % of destination population



Source: UNHCR, Eurostat, UN, World Bank.

Zooming into the left chart
UA immigrants in 2020, in % of destination population



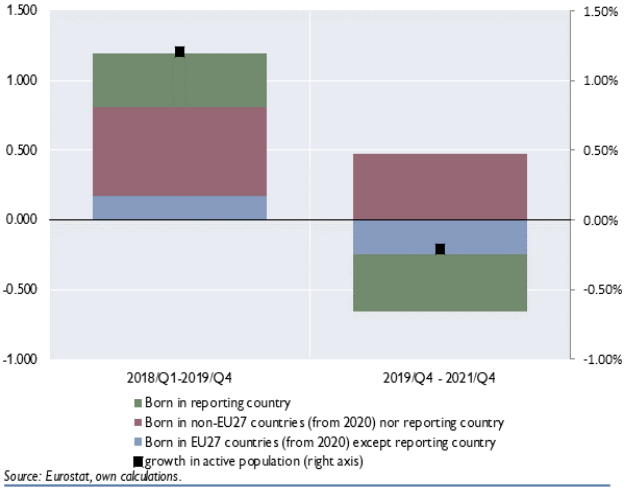
Source: UNHCR, Eurostat, UN, World Bank.

(5 million)[31]. Both represent approximately 0.6% of the respective population. Looking at euro area or EU aggregates specifically, the shares of recent refugee records exceed the shares of previous immigrants. Second, most countries are allocated below the 45-degree line, indicating that the pattern at the aggregate is not driven only by large countries. Hungary, Italy, Portugal and Latvia are noteworthy exceptions in the EU: in these countries the share of previous immigrants from Ukraine is still higher than the registrations of Ukrainians since February 2022. Whether this can be read as an indication for disproportionately increasing future registrations in these countries, or whether, in case of Italy and Portugal, it merely reflects that many Ukrainians have a preference for staying within close proximity to their home country remains to be seen. Third, several euro area countries are allocated particularly far below the 45-degree line, such as Germany, Austria, Ireland, Finland, or Belgium. To summarize, Ukrainian refugees do certainly no longer solely concentrate in countries bordering Ukraine alone and can possibly contribute to labor supply throughout Europe, particularly where this is lacking anyway.

Potential labor market implications

European labor markets had been experiencing first signs of labor shortages at the eve of the invasion. When looking at the demographics over the course of the pandemic one aspect is striking: The baby boomer generation is in the process of leaving the labor market. Looking at the **period from Q4 2019 to Q4 2021** it is notable, that the **active population has declined**. This has been driven by a decline in the domestic labor force as well as by a **decline in immigration from EU-27** countries, arguably linked to aggravations in the free movement of labor.

Growth in active population in EA and contributions by country of birth
contributions to overall growth in activity (percentage points)



Source: Eurostat, own calculations.

Can Ukrainian refugees compensate for this shortfall? Even more than three months into the war this remains highly uncertain. Due to the general mobilization in Ukraine that has recently been extended until 23 August 2022, men between 18 to 60 years have been prohibited from leaving the country. Refugees in European countries are thus **predominantly women and children**, and very few men of working age have left Ukraine. Conclusive data on the socio-demographic characteristics of the arriving refugees do not exist yet, let alone the labor market activities. In its recent Economic Outlook (June 20222), the OECD collected evidence on the ratio of children and women among the refugees: In Poland, for example, 48% of arriving Ukrainians were below the age of 18, and among the adults, 92% were women. Lithuania reported similar figures, while other countries, less close to the Ukrainian border, reported shares of minors between 32 and 40%. This roughly corresponds to a first ILO-assessment that estimates that 52% of all refugees were of working age of which 44% had been employed (of which 87% full-time) before the aggression (ILO 2022). Data released by the Polish ministry of family and social policy shows that already 185,000 Ukrainian citizens have been employed as part of the

[31] It needs to be emphasized that the UN data for Poland is not recent and does not take into account the influx of Ukrainian immigrants between 2014 and the onset of the war in February 2022. The number of Ukrainians that have been living in the EU before 2022, particularly in Poland, is thus underestimated. In general, the data is subject to considerable uncertainty and might require revisions in the future.

simplified procedures of which 135,000 are women (Polish ministry of family and social policy 2022). Based on these first data, the information that Ukrainian refugees tend to be well-educated[32]. Relying on estimates of participation rates and employment rates of previous immigrants and refugees in Europe, the OECD estimates the possible labor market impact: **Between 850,000 and 1.1 million Ukrainian women aged 20 to 64 could enter EU labor markets** by the end of 2022, with **between 602,000 and 917,000 being employed**.

Whether these estimates are realistic depends on a number of uncertain factors. First, still, many refugees remain close to the Ukrainian border and that might reflect their **widespread hope to quickly return to Ukraine**. However, language acquisition is crucially linked to the expected length of stay (Ipshording 2015) and proficiency of the language in turn boosts labor market integration (OECD 2017). If the hope to return quickly should be disappointed, refugees might relocate to other destinations and likely will only start to acquire language skills thereafter. Second, given the demographic decomposition of the refugees, **sufficient childcare facilities** and a swift integration of children in the education system are crucial to enable women access to the labor market. To the degree that childcare places are not expanded in accordance with the additional demand, participation and employment rate estimates based on previous immigrants and refugees might be overestimated. Third, for refugees that have been working in the EU before, fleeing Ukraine will not have any positive impact on the labor supply (while nonetheless obviously altering the country of residence of these persons). It remains to be seen whether and to what extent the **loss in seasonal workers from Ukraine**, induced by the war and the general mobilization, can be counterbalanced by the refugees that have not been engaged in the European labor market before. Fourth, not only movements back to Ukraine but also a further, unexpected outflow of people from Ukraine can quickly alter the magnitude of refugees and their spread across destination countries. Fifth, in any case, if refugees will stay longer the demographics of the refugee population will likely be substantially altered again due to **family reunifications**.

Conclusion

Europe has witnessed the largest movement of people since World War II. The situation is still in flux. The fact that a significant proportion of **refugees is relocating and some already returning** aggravates the assessment substantially. Nonetheless, the preference of refugees to stay in countries bordering Ukraine indicates that there remains a **high willingness to return**. According to a Polish study approximately half of the refugees still intend to return home with only roughly a fifth having already decided to install themselves permanently in Poland.

When assessing the movements, it is striking that the **distribution across countries is quite heterogenous**. Some countries still have clearly received an over-proportional inflow of refugees – likely due to particularly friendly politics – as in Poland while in others the relative increase has been smaller, as in Hungary. The cases of individual countries shows that **labor market integration is slowly gathering pace**. It should be noted however, that expectations should not be exaggerated. First, the **dependency ratio** of the respective migrant population is **over-proportionally high**, as it was already before they left the country. Second, labor market integration will receive a substantial boost if integration is considered to be of a (more) permanent nature. In this case however, the demographic profile of refugees as well as their regional distribution will likely alter again. **Labor market integration thus is a longer run topic**;

[32] The ILO estimates that two thirds of Ukrainian refugees of working age are highly educated with roughly half indeed working in high-skilled occupation before leaving Ukraine.

in economic terms it is more about the effect on potential output than on the business cycle. Given its demographic structure, however, the EU-labor market appears to be very receptive for a positive shock to labor supply.

Annex

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2021 und 2022[33]

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen und relevante Ereignisse[34]
9. Juni 2022	Der EZB-Rat hat weitere Schritte zur Normalisierung seiner Geldpolitik beschlossen: Zum einen wird der Nettoerwerb von Vermögenswerten im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) zum 1. Juli 2022 eingestellt. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden für längere Zeit nach der ersten Zinserhöhung vollumfänglich wieder angelegt und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um reichliche Liquidität zu gewährleisten und einen angemessenen geldpolitischen Kurs aufrechtzuerhalten. Zum anderen betrachtet der EZB-Rat die Bedingungen der bisher geltenden Forward Guidance als erfüllt, und kündigt den Beginn eines Zinsanhebungszyklus an: Auf seiner geldpolitischen Sitzung im Juli wird er die Leitzinsen um 25 Bp. anheben, im September soll eine weitere Erhöhung folgen, deren Ausmaß von den mittelfristigen Inflationsaussichten abhängen wird. Aus derzeitiger Sicht geht der EZB-Rat davon aus, dass es auch nach September angemessen sein wird, die Leitzinsen schrittweise, aber nachhaltig anzuheben. Damit wird er sicherstellen, dass die Inflation mittelfristig auf ihren Zielwert von 2% zurückkehrt.
1. Juni 2022	Alle zwei Jahre veröffentlicht die EZB einen Konvergenzbericht, der untersucht, inwieweit die sieben EU-Länder, die der gemeinsamen Währung noch nicht beigetreten sind, Fortschritte bei der Einführung des Euro gemacht haben. Kroatien wird im aktuellen Bericht einer eingehenderen Prüfung unterzogen, da das Land am 1. Jänner 2023 den Euro einführen möchte. Sowohl Bulgarien als auch Kroatien sind am 10. Juli 2020 dem Wechselkurs-mechanismus II und der Bankenunion beigetreten. Die EZB kommt nach ihrer Bewertung zu dem Ergebnis, dass Kroatien die Referenzwerte der Konvergenzkriterien einhält.
27. April 2022	Die EZB und die Banca Naţională a României (BNR) haben eine Fortführung der Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität an die BNR vereinbart. Die Vereinbarung läuft bis 15. Jänner 2023. Die Verlängerung trägt der gestiegenen Unsicherheit und des Risikos regionaler Übertragungseffekte im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine Rechnung.

[33] Autorin: Claudia Kwapil (Referat Geldpolitik)

[34] Die hier in gekürzter Form zusammengefassten geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats sind auch als Pressemitteilungen sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar: Press releases by date (europa.eu)

14. April 2022	Der EZB-Rat kommt zum Schluss, dass die seit seiner letzten Sitzung neu verfügbaren Daten seine Erwartung stärken, dass die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen seines Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) im dritten Quartal 2022 eingestellt werden sollten. Darüber hinaus bestätigt er all seine Entscheidungen von März 2022.
28. März 2022	Die EZB und die Narodowy Bank Polski haben eine vorsorgliche Swap-Vereinbarung getroffen. Zudem hat die EZB beschlossen, die befristeten bilateralen Repo-Linien mit den Zentralbanken Ungarns, Albaniens, der Republik Nordmazedonien und der Republik San Marino zu verlängern. Alle genannten Vereinbarungen gelten bis 15. Jänner 2023. Euro-Liquiditätslinien dienen dazu, möglichen Liquiditätsbedarf in Drittstaaten zu decken, der angesichts der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und wegen des Risikos regionaler Übertragungseffekte entstehen könnte; Sanktionen der EU werden dabei vollumfänglich berücksichtigt.
24. März 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die im April 2020 aufgrund der Corona-Pandemie befristet eingeführten Maßnahmen zur Lockerung der Kriterien für Sicherheiten in drei Schritten auslaufen zu lassen. Der erste Schritt tritt am 8. Juli 2022 in Kraft, weitere Schritte werden im Juni 2023 bzw. im März 2024 folgen. Durch den schrittweisen Ansatz wird die Risikotoleranz des Eurosystems allmählich wieder auf das Vorpandemieniveau verringert, und Klippeneffekte bei der Verfügbarkeit von Sicherheiten werden vermieden. Vorerst ist es den NZBen weiterhin gestattet, griechische Staatsanleihen, die nicht die Mindestbonitätsanforderungen des Eurosystems erfüllen, als Sicherheiten zu akzeptieren. Der EZB-Rat behält sich auch weiterhin das Recht vor, von den Bonitätsbewertungen der Ratingagenturen abzuweichen, um eine automatische Abhängigkeit von diesen Bewertungen zu vermeiden.
10. März 2022	Der EZB-Rat hat seine Planung für die Ankäufe im Rahmen des APP geändert: Die monatlichen APP-Nettoankäufe werden im April 40 Mrd EUR, im Mai 30 Mrd EUR und im Juni 20 Mrd EUR betragen. Die Kalibrierung der Nettoankäufe für das Q3/2022 wird datenabhängig vorgenommen werden. Sollten die Daten darauf hindeuten, dass sich die mittelfristigen Inflationsaussichten auch nach dem Ende der APP-Nettoankäufe nicht verschlechtern, wird der EZB-Rat die Nettoankäufe im Q3/2022 einstellen. Falls sich die mittelfristigen Aussichten ändern und die Finanzierungsbedingungen nicht mehr mit einer weiteren Entwicklung in Richtung des 2%-Ziels im Einklang stehen, ist der EZB-Rat bereit, seine Planung für die APP-Nettoankäufe zu ändern. Die EZB-Leitzinsen werden einige Zeit nach dem Ende der APP-Nettoankäufe angehoben. Dabei wird graduell vorgegangen werden. Die Entwicklung der EZB-Leitzinsen richtet sich weiterhin nach der (unveränderten) Forward Guidance des EZB-Rats. Der Hinweis, dass die Leitzinsen auch gesenkt werden können, wird jedoch gestrichen. Dementsprechend hält der EZB-Rat fest, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende seines Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und er der Auffassung ist, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2 % stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein.

10. März 2022 (Fortsetzung)	Schließlich wird vor dem Hintergrund der hohen Unsicherheit durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine die Repo-Fazilität des Eurosystems für Zentralbanken (EUREP) bis 15. Jänner 2023 verlängert. Damit soll das Risiko regionaler Übertragungseffekte, die sich negativ auf die Finanzmärkte des Euroraums auswirken könnten, verringert werden. EUREP bietet vorsorgliche Liquiditätslinien, um einem etwaigen Euro-Liquiditätsbedarf zu begegnen, falls es zu Marktstörungen außerhalb des Euroraums kommt, die sich negativ auf die reibungslose Transmission der Geldpolitik der EZB auswirken könnten. Darüber hinaus bestätigt der EZB-Rat all seine Entscheidungen von Februar 2022.
3. Februar 2022	Der EZB-Rat bestätigt all seine Entscheidungen von Dezember 2021. Darüber hinaus betont er seine Bereitschaft, gegebenenfalls alle seine Instrumente anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig beim Zielwert von 2% stabilisiert.
16. Dezember 2021	Der EZB-Rat ist der Auffassung, dass die Fortschritte bei der wirtschaftlichen Erholung und im Hinblick auf die Erreichung des mittelfristigen Inflationsziels eine schrittweise Verringerung seiner Ankäufe von Vermögenswerten in den kommenden Quartalen zulassen. Dementsprechend werden im Q1/2022 geringere Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) durchgeführt als im Q4/2021. Ende März 2022 werden die Nettoankäufe im Rahmen des PEPP gänzlich eingestellt. Gleichzeitig hat der EZB-Rat beschlossen, den Wiederanlagezeitraum für das PEPP zu verlängern und die Tilgungsbeträge mindestens bis Ende 2024 bei Fälligkeit wieder anzulegen. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios wird in jedem Fall so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des angemessenen geldpolitischen Kurses vermieden wird. Weiters können die Wiederanlagen im Rahmen des PEPP jederzeit flexibel über den Zeitverlauf, die Anlageklassen und die Länder hinweg angepasst werden, wenn es im Zusammenhang mit der Pandemie zu einer neuerlichen Marktfragmentierung kommt. Dies könnte den Ankauf von durch die Hellenische Republik begebenen Anleihen umfassen, der über die Wiederanlage von Tilgungsbeträgen hinausgeht, um eine Unterbrechung von Ankäufen in diesem Land zu vermeiden. Schließlich können die PEPP-Nettoankäufe erforderlichenfalls wieder aufgenommen werden, um negativen Schocks im Zusammenhang mit der Pandemie entgegenzuwirken. Bezüglich des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme – APP) hat der EZB-Rat beschlossen, im Q2 und Q3/2022 Nettoankäufe im Umfang von 40 bzw. 30 Mrd EUR durchzuführen. Ab Oktober 2022 werden die monatlichen Nettoankäufe im Ausmaß von 20 Mrd EUR so lange fortsetzen, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung der Leitzinsen erforderlich ist. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die Nettoankäufe beendet werden, kurz bevor er mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen beginnt. Der EZB-Rat beabsichtigt zudem, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere weiterhin bei Fälligkeit für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem er mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, vollumfänglich wieder anzulegen. Die EZB-Leitzinsen sowie die dazugehörige Forward Guidance blieben unverändert. Schließlich kündigte der EZB-Rat an, die Refinanzierungsbedingungen für Banken weiterhin zu beobachten und dafür zu sorgen, dass die Fälligkeiten im Rahmen der dritten Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III) die reibungslose Transmission der Geldpolitik nicht beeinträchtigen. Die derzeit für den TLTRO III geltenden Sonderkonditionen werden im Juni 2022 wie geplant auslaufen. Der EZB-Rat wird darüber hinaus die angemessene Kalibrierung seines zweistufigen Systems für die Verzinsung von Reserveguthaben prüfen, damit die Intermediationsfunktion der Banken in einem von hoher Überschussliquidität geprägten Umfeld durch die Negativzinspolitik nicht eingeschränkt wird.

28. Oktober und 9. September 2021	Der EZB-Rat ist zu der Einschätzung gelangt, dass günstige Finanzierungsbedingungen auch dann aufrechterhalten werden können, wenn der Umfang des Nettoerwerbs von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) im vierten Quartal 2021 gegenüber dem zweiten und dritten Quartal 2021 moderat reduziert wird. Die anderen geldpolitischen Maßnahmen wurden von ihm bestätigt.
22. Juli 2021	Um sein symmetrisches Inflationsziel von 2% zu unterstützen und im Einklang mit seiner geldpolitischen Strategie, geht der EZB-Rat davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende seines Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und er der Auffassung ist, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2% stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein. Dies geht unter Umständen damit einher, dass die Inflation vorübergehend moderat über dem Zielwert liegt. Der EZB-Rat bestätigt seine im Juni vorgenommene Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und Inflationsaussichten und geht weiterhin davon aus, dass die Ankäufe im Rahmen des PEPP während des laufenden Quartals deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des Jahres. Zudem bestätigt der EZB-Rat seine anderen Maßnahmen zur Unterstützung seines Preisstabilitätsmandats: die Höhe der EZB-Leitzinsen, seine Ankäufe im Rahmen des APP, seine Wiederanlagestrategie und seine längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte.
14. Juli 2021	Der EZB-Rat hat heute beschlossen, die Untersuchungsphase eines Projekts zum digitalen Euro einzuläuten. Gegenstand der zweijährigen Untersuchungsphase werden wichtige Aspekte im Hinblick auf die Gestaltung und Verteilung sein. Ein digitaler Euro muss in der Lage sein, den Bedürfnissen der Menschen in Europa gerecht zu werden. Zugleich soll er dazu beitragen, rechtswidrige Aktivitäten zu verhindern und etwaige unerwünschte Auswirkungen auf die Finanzstabilität und die Geldpolitik zu vermeiden. Dies greift einer künftigen Entscheidung, ob ein digitaler Euro eingeführt wird, in keiner Weise vor. Diese Entscheidung wird erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen. In jedem Fall würde ein digitaler Euro das Bargeld nur ergänzen, es aber nicht ersetzen.
8. Juli 2021	Der EZB-Rat verabschiedet die neue geldpolitische Strategie der EZB. Die vorrangige Aufgabe der EZB besteht weiterhin in der Gewährleistung von Preisstabilität. Nach Auffassung des EZB-Rats kann Preisstabilität am besten gewährleistet werden, wenn mittelfristig ein Inflationsziel von 2% angestrebt wird. Dieses Ziel ist symmetrisch, d. h. negative Abweichungen von diesem Zielwert sind ebenso unerwünscht wie positive. Wenn die nominalen Zinssätze in einer Volkswirtschaft in der Nähe ihrer effektiven Untergrenze liegen, sind besonders kraftvolle oder lang anhaltende geldpolitische Maßnahmen nötig, um zu verhindern, dass sich negative Abweichungen vom Inflationsziel verfestigen. Dies geht unter Umständen damit einher, dass die Inflation vorübergehend leicht über dem Zielwert liegt. Weiters bestätigt der EZB-Rat, dass der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) auch künftig die geeignete Messgröße ist, um zu bewerten, ob das Preisstabilitätsziel erfüllt ist. Er räumt jedoch ein, dass der HVPI die für private Haushalte relevante Inflation besser abbilden würde, wenn die Kosten für selbst genutztes Wohneigentum berücksichtigt würden und dass es noch mehrere Jahre dauern wird, bis selbst genutztes Wohneigentum in den HVPI einfließt. Unterdessen wird der EZB-Rat Inflationsmessgrößen heranziehen, die Schätzungen der Kosten für selbst genutztes Wohneigentum berücksichtigen.

8. Juli 2021 (Fortsetzung)	Der EZB-Rat hat anerkannt, dass der Klimawandel weitreichende Folgen für die Preisstabilität hat. Dementsprechend hat er sich zu einem ambitionierten klimabezogenen Maßnahmenplan verpflichtet. Die erste reguläre geldpolitische Sitzung des EZB-Rats, in der die neue Strategie zur Anwendung kommt, findet am 22. Juli 2021 statt. Der EZB-Rat beabsichtigt, die Angemessenheit seiner geldpolitischen Strategie regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. Die nächste Bewertung ist 2025 zu erwarten.
20. Juni 2021	Der EZB-Rat kam vom 18. bis 20. Juni 2021 im Taunus vor den Toren Frankfurts zu seiner jährlichen Klausurtagung zusammen. Im Mittelpunkt standen weiterführende Gespräche über die Überprüfung der geldpolitischen Strategie der EZB. Themen der Strategieüberprüfung waren unter anderem die Definition und Messung von Preisstabilität, der zugrunde liegende analytische Rahmen und die mittelfristige Ausrichtung der Geldpolitik, die Bedeutung des Klimawandels für die Geldpolitik und die Modernisierung der geldpolitischen Kommunikation.
18. Juni 2021	Der EZB-Rat stimmt mit der Bankenaufsicht der EZB darin überein, dass nach wie vor „außergewöhnliche Umstände" vorliegen, die weiterhin den vorübergehenden Ausschlusses bestimmter Risikopositionen gegenüber Zentralbanken aus der Verschuldungsquote (*Leverage Ratio*) rechtfertigen, um die Transmission der Geldpolitik der EZB zu unterstützen. Die Stellungnahme des EZB-Rats bildet die Grundlage dafür, dass die EZB-Bankenaufsicht den von ihr direkt beaufsichtigten bedeutenden Instituten gestatten kann, bestimmte Risikopositionen aus der Verschuldungsquote herauszurechnen.
10. Juni 2021	Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) nicht nur während des zweiten Quartals, sondern auch im dritten Quartal 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.
7. Mai 2021	Die EZB veröffentlicht die Änderungen ihrer Leitlinie zur Umsetzung der Geldpolitik aufgrund der künftigen Implementierung der Leverage Ratio als verbindliche Säule-1-Eigenmittelanforderung. Ab dem 28. Juni 2021 wird die Leverage Ratio im geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems gleich behandelt wie die bereits bestehenden Säule-1-Eigenmittelanforderungen. Bei einem Verstoß gegen die Anforderungen der Leverage Ratio oder im Falle unvollständiger oder verspäteter Meldungen werden automatisch Maßnahmen ergriffen.
23. April 2021	Da sich die Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar stetig verbessert haben und die Nachfrage bei den jüngsten liquiditätszuführenden US-Dollar-Geschäften gering war, haben die Bank of England, die Bank von Japan, die EZB und die Schweizerische Nationalbank gemeinsam und in Abstimmung mit der Federal Reserve beschlossen, die 84-tägigen liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar einzustellen. Die Neuregelung tritt am 1. Juli 2021 in Kraft. Ab dem 1. Juli 2021 werden nur noch die wöchentlichen Geschäfte mit einer Laufzeit von sieben Tagen fortgeführt.
18. März 2021	Die EZB reagiert auf die Empfehlung von Marktteilnehmern, die sich für eine regelmäßige Veröffentlichung vergangenheitsbezogener €STR basierter Zinssätze mit Aufzinsung durch eine vertrauenswürdige Behörde aussprachen. Ab 15. April 2021 wird sie durchschnittliche vergangenheitsbezogene €STR-Zinssätze mit Aufzinsung für Laufzeiten von 1 Woche, 1 Monat, 3 Monaten, 6 Monaten und 12 Monaten veröffentlichen. Ferner wird ein €STR-basierter Index mit Aufzinsung angeboten, der die Berechnung von vergangenheitsbezogenen Zinssätzen mit Aufzinsung auch für jede Nicht-Standard-Laufzeit ermöglicht.

11. März 2021	Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) während des zweiten Quartals 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.
8. Februar 2021	Nach dem erfolgreichen Abschluss der im April 2019 gestarteten Pilotphase plant die EZB die aggregierten Ergebnisse ihrer Umfrage unter geldpolitischen Analysten (Survey of Monetary Analysts - SMA) zu veröffentlichen. Die erste Umfragerunde wird im Juni 2021 stattfinden; die Ergebnisse werden am 18. Juni 2021 (immer freitags in der Woche nach der betreffenden EZB-Ratssitzung) veröffentlicht. In der Erhebung werden Informationen zu den Erwartungen der Marktteilnehmer im Hinblick auf die künftige Entwicklung von wesentlichen geldpolitischen Parametern, Finanzmarktvariablen sowie der Wirtschaft insgesamt gesammelt. Die Umfrage wird achtmal pro Jahr durchgeführt und ist terminlich auf den sechswöchigen Rhythmus der geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats abgestimmt.
4. Februar 2021	Die EZB hat im Dezember 2020 beschlossen, den Zentralbanken außerhalb des Euro-Währungsgebiets eine neunmonatige Verlängerung der befristeten Swap- und Repo-Vereinbarungen anzubieten. Die Zentralbanken von Albanien, Kroatien, Ungarn, der Republik Nordmazedonien, Rumänien, San Marino und Serbien sind mit der EZB übereingekommen, die Laufzeit ihrer Euro-Liquiditätslinien bis März 2022 zu verlängern.

Quelle: EZB.

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 27. April bis 13. Juni 2022[35]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
3. Juni 2022	Rat	Harald Waiglein erneut zum Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzdienstleistungen ernannt Der Ausschuss für Finanzdienstleistungen hat Harald Waiglein zu seinem Vorsitzenden für eine dritte Amtszeit von zwei Jahren und beginnend mit 14. Juni 2022 ernannt. Harald Waiglein ist Chef der Sektion für Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte und Zölle im österreichischen Bundesministerium für Finanzen. In dieser Funktion vertritt er Österreich im Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) und in der Arbeitsgruppe „Euro-Gruppe". Seine erste Ernennung zum Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzdienstleistungen erfolgte am 14. Juni 2018.
1. Juni 2022	EZB	EZB berichtet über Fortschritte von EU-Ländern bei der Einführung des Euro Der alle zwei Jahre erscheinende Konvergenzbericht der EZB untersucht, inwieweit die sieben EU-Länder, die der gemeinsamen Währung noch nicht beigetreten sind, Fortschritte bei der Einführung des Euro gemacht haben. Im Einzelnen sind dies Bulgarien, die Tschechische Republik, Kroatien, Ungarn, Polen, Rumänien und Schweden. Die EZB veröffentlichte ihren Konvergenzbericht 2022, wie üblich zeitgleich mit jenem der Europäischen Kommission (EK). Die EZB kommt nach ihrer Bewertung zu dem Ergebnis, dass Kroatien die Referenzwerte der Konvergenzkriterien einhält.
1. Juni 2022	EK	Kroatien erfüllt die Voraussetzungen für die Euroeinführung Der Konvergenzbericht 2022 der EK enthält eine explizite Empfehlung zur Aufnahme Kroatiens in den Euroraum. Kroatien erfüllt nach einer abschließenden Bewertung der EK die Voraussetzungen für die Einführung des Euro und wird somit am 1. Jänner 2023 als 20. Land den Euro einführen. Der Rat wird die endgültigen Beschlüsse über die Einführung des Euro in Kroatien am 12. Juli nach Beratungen in der Eurogruppe und im ER sowie nach Stellungnahme des EP und der EZB fassen.
1. Juni 2022	EK	NextGenerationEU: Europäische Kommission billigt 35,4 Mrd EUR schweren Aufbau- und Resilienzplan Polens

[35] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer-Kocsi, Alexandra Bernhard (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		Damit rückt die Auszahlung von 23,9 Mrd EUR an Zuschüssen und 11,5 Mrd EUR an Darlehen aus der EU-Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) ein gutes Stück näher. Die Mittel sollen helfen, die wichtigen Investitions- und Reformvorhaben umzusetzen, die Polen in seinem Aufbau- und Resilienzplan skizziert hat. Diese Mittel sind jedoch an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, die von der EU-Exekutive festgelegt wurden, um die Unabhängigkeit der polnischen Justiz zu gewährleisten. Der Rat hat nun vier Wochen Zeit, um den Vorschlag der Kommission anzunehmen.
23. Mai 2022	EK	Europäisches Semester: Frühjahrspaket der Kommission Die EK veröffentlichte unter dem Motto *„Europäisches Semester - Förderung einer grünen und nachhaltigen Erholung trotz zunehmender Unsicherheit"* ihr Frühjahrspaket. Zwar erweist sich die EU-Wirtschaft nach Einschätzung der EK nach wie vor als resilient, aber aus Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine erwachsen erhebliche Herausforderungen für die Volkswirtschaften der EU im Zusammenhang mit der Energieversorgungssicherheit und der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland. Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der EK für 2022 und 2023 an Österreich lauten: • Sicherstellung, dass das Wachstum der staatlich finanzierten laufenden Ausgaben im Einklang mit einer insgesamt neutralen politischen Haltung steht, Ausweitung der öffentlichen Investitionen für den grünen und digitalen Wandel, • Umsetzung des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans, • Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, unter anderem durch Verbesserung hochwertiger Kinderbetreuungsdienste, • Verringerung der Abhängigkeit der österreichischen Wirtschaft sowie eine Diversifikation der Importe von fossilen Brennstoffen.
23. Mai 2022	EK	Allgemeine Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts für ein weiteres Jahr ausgesetzt Als Reaktion auf die wirtschaftlichen Folgen des russischen Einmarsches in der Ukraine hat die EK die Beibehaltung der im März 2021 aktivierten allgemeinen Ausweichklausel *(General Escape Clause)* des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch im Jahr 2023 beschlossen. Die EK will den EU-Mitgliedsstaaten damit mehr Spielraum einräumen, um die Effekte der steigenden Energiepreise durch öffentliche Investitionen abzudämpfen und die *Grüne Transformation* trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu stemmen.
18. Mai 2022	EK	Aufstockung der sofortigen Makrofinanzhilfe an die Ukraine Die EK beabsichtigt, der Ukraine 2022 eine zusätzliche Makrofinanzhilfe in Form von Darlehen in der Höhe von bis zu 9 Mrd EUR zu gewähren. Diese sollen durch die Unterstützung anderer bilateraler und multilateraler Partner, unter anderem der G7, ergänzt werden. Diese Hilfe ist notwendig, da aufgrund des Krieges Steuer-, Ausfuhr- und sonstige Einnahmen eingebrochen sind, während die

		unumgänglichen Ausgaben rasant gestiegen sind. Die Hilfe würde tranchenweise mit langen Laufzeiten ausgezahlt und dank der Garantie aus dem Unionshaushalt zu Vorzugszinssätzen geleistet. Um den langfristigen Wiederaufbau des Landes zu beschleunigen, schlägt die EK die Einrichtung einer internationalen Koordinierungsplattform vor, die von der EK und der ukrainischen Regierung geleitet wird.
9. Mai 2022	EP/EK/Rat	Abschluss der Konferenz über die Zukunft Europas Mit über 5 Millionen Plattform-Besuchern und über 700 000 Teilnehmenden konnte die Konferenz ein öffentliches Forum für eine offene, inklusive und transparente Debatte mit den EU-Bürgerinnen und Bürgern über eine Reihe von Prioritäten und Herausforderungen der EU schaffen. Diese Beiträge flossen in den Abschlussbericht ein. Der Bericht wurde den Präsidenten der drei Organe (EK-Präsidentin Ursula von der Leyen, Präsident Emmanuel Macron im Namen der Ratspräsidentschaft und EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola) am 9. Mai 2022, dem Europatag, vorgelegt. Der Abschlussbericht enthält 49 Vorschläge und mehr als 320 Maßnahmen zur Weiterentwicklung der EU. Innerhalb ihrer Zuständigkeitsbereiche prüfen die drei Organe nun, wie diese Vorschläge unter Einhaltung der Verträge konkret umgesetzt werden können.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

8. Juni 2022	IWF	Argentinien: Einigung zwischen IWF-Stab und argentinischen Behörden über die erste Überprüfung im Rahmen der Vereinbarung über die erweiterte Fondsfazilität • Einigung über die erste Überprüfung im Rahmen der 30-monatigen EFF-Vereinbarung Argentiniens; • nach Abschluss der Überprüfung hätte Argentinien Zugang zu etwa 4,03 Mrd USD (entspricht 3 Mrd SZR). • Erreichung aller quantitativen Programmziele im ersten Quartal 2022, Erzielung erster Fortschritte bei den wachstumsfördernden Reformen im Einklang mit den Programmzusagen
27. Mai 2022	IWF	Überprüfung der Ertragslage des Fonds durch den Vorstand für die Geschäftsjahre 2022 und 2023-2024 Am 28. April 2022 schloss das Exekutivdirektorium des IWF seine jährliche Überprüfung der Ertragslage des Fonds für das am 30. April 2022 endende Geschäftsjahr ab. • Es wird erwartet, dass das operative Nettoergebnis für 2022 stark bleibt und sich 2023 und 2024 fortsetzt, jedoch mit größeren Unsicherheiten. • Das Exekutivdirektorium stimmte zu, die Marge für den Gebührensatz auf IWF-Kredite für 2023 und 2024 unverändert

		bei 100 Basispunkten zu belassen. • Prognosen zu den Erträgen des Fonds unterliegen nach wie vor größeren Unsicherheiten, da der wirtschaftliche Druck und der Krieg in der Ukraine die Erholung von der Pandemie weiterhin schwer belasten.
19.Mai 2022	IWF	Somalia**:** Erzielung einer Vereinbarung zwischen IWF-Stab und den somalischen Behörden über die zweite und dritte Überprüfung der erweiterten Kreditfazilität • Die Vereinbarung bezieht sich auf das Wirtschaftsprogramm Somalias, das durch eine erweiterte Kreditfazilität (ECF) unterstützt wird und unterliegt der Genehmigung durch das IWF-Exekutivdirektorium • Es gibt kontinuierliche Fortschritte bei wichtigen Reformen, einschließlich der Mobilisierung inländischer Einnahmen, der Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements, der Vertiefung der CBS-Kapazitäten und der Verbesserung der Regierungsführung.
14.Mai 2022	IWF	Abschluss der fünfjährlichen Überprüfung der SZR-Bewertungen und Festlegung neuer Währungsgewichtungen für den SZR-Bewertungskorb durch das IWF-Exekutivdirektorium • Die aktuelle Zusammensetzung der SZR-Währungs- und Zinskörbe wurde beibehalten und aktualisierte Gewichtungen im Korb wurden genehmigt; diese gelten ab 1.Augsut 2022. • Der aktualisierte Korb impliziert etwas höhere Gewichtungen für den US-Dollar und den chinesischen Renminbi und entsprechend etwas niedrigere Gewichtungen für das britische Pfund, den Euro und den japanischen Yen.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 21. Juni 2022

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt
A = Anstieg
R = Rückgang

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanz-saldo	
	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeits-kräfteangebotes*		*in % des BIP*					
Vereinigtes Königreich	3,4	1,6	7,0	3,6	4,0	4,0	−3,9	−2,3	100,2	98,4	−4,6	−4,9
USA	2,9	2,3	7,3	3,1	3,6	3,5	−5,7	−4,9	123,4	122,1	−3,9	−3,4
Japan	1,9	1,8	1,6	1,5	2,8	2,7	−6,5	−4,1	265,2	260,9	2,5	2,6
China	4,6	5,0	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Euroraum	2,7	2,3	6,1	2,7	7,3	7,0	−3,7	−2,5	94,7	92,7	2,4	2,9
EU	2,7	2,3	6,8	3,2	6,7	6,5	−3,6	−2,5	87,1	85,2	2,1	2,6
Österreich	3,9	1,9	6,0	3,0	5,0	4,8	−3,1	−1,5	80,0	77,5	−1,0	−0,8
Deutschland	1,6	2,4	6,5	3,1	3,3	3,2	−2,5	−1,0	66,4	64,5	6,1	6,5
Polen	3,7	3,0	11,6	7,3	4,1	3,9	−4,0	−4,4	50,8	49,8	−0,5	−0,2
Ungarn	3,6	2,6	9,0	4,1	3,8	4,0	−6,0	−4,9	76,4	76,1	−5,5	−3,5
Tschechische Republik	1,9	2,7	11,7	4,5	2,6	2,6	−4,3	−3,9	42,8	44,0	−3,7	−3,8

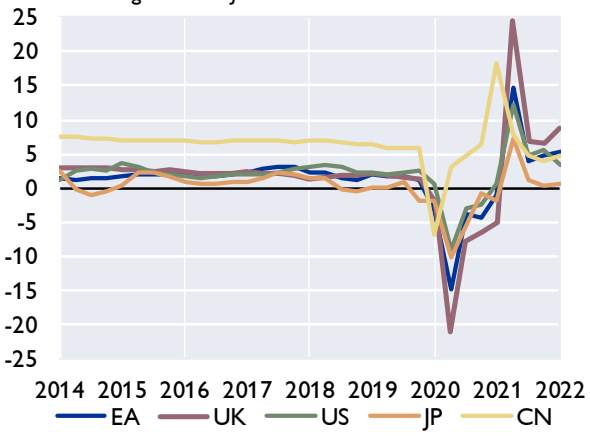
Quelle: EK Frühjahrsprognose vom Mai 2022.

[1] HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

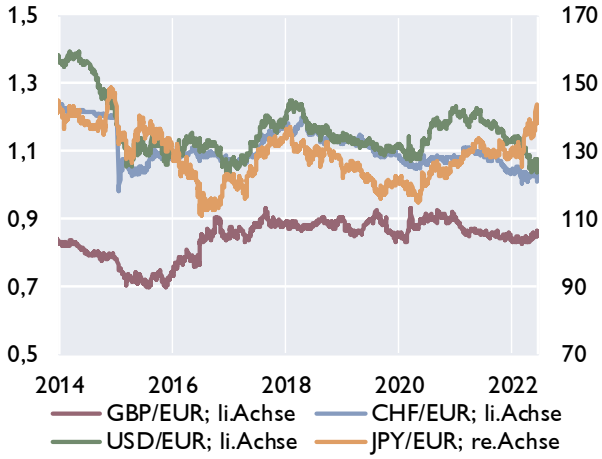
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

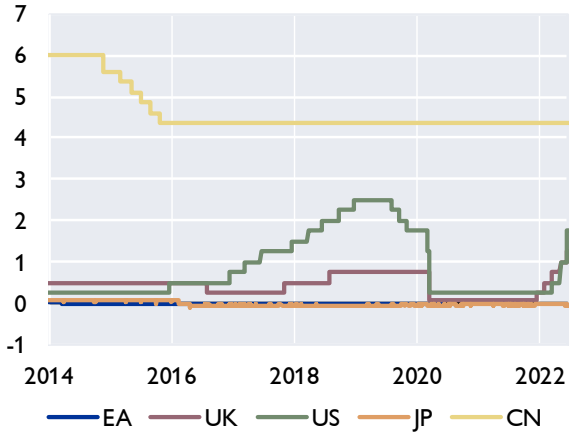


Wechselkurse zum Euro



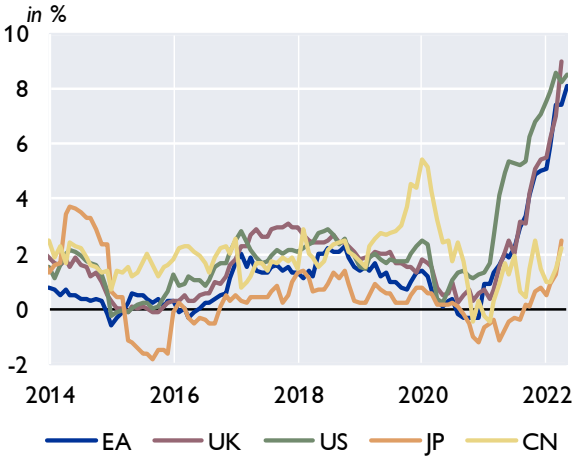
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



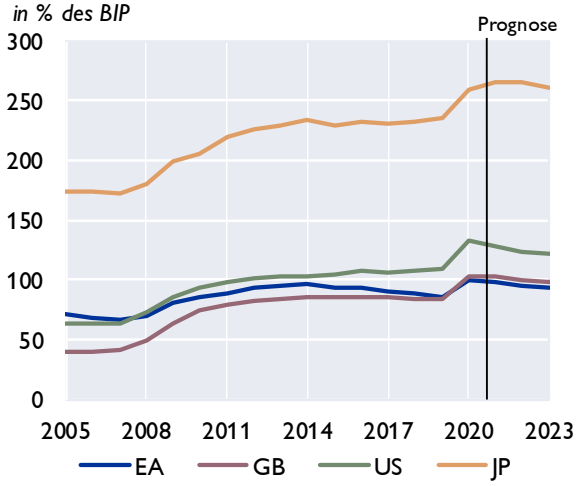
Verbraucherpreisindizes

in %



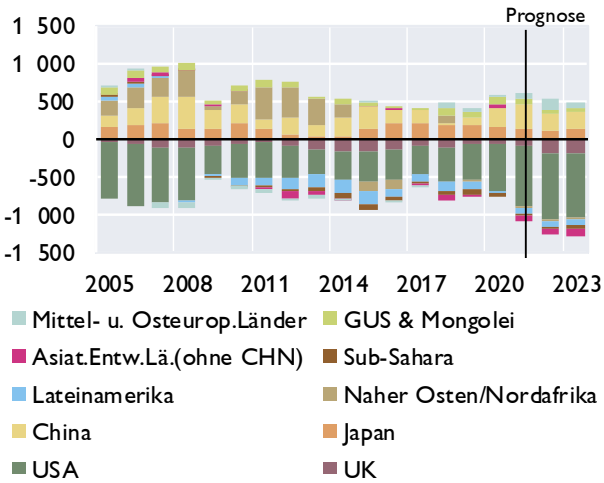
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

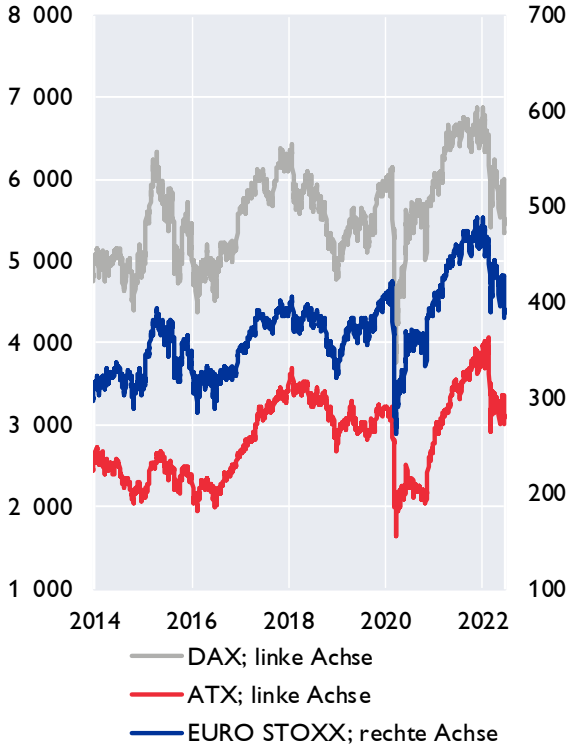


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2022 und IWF WEO April 2022.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

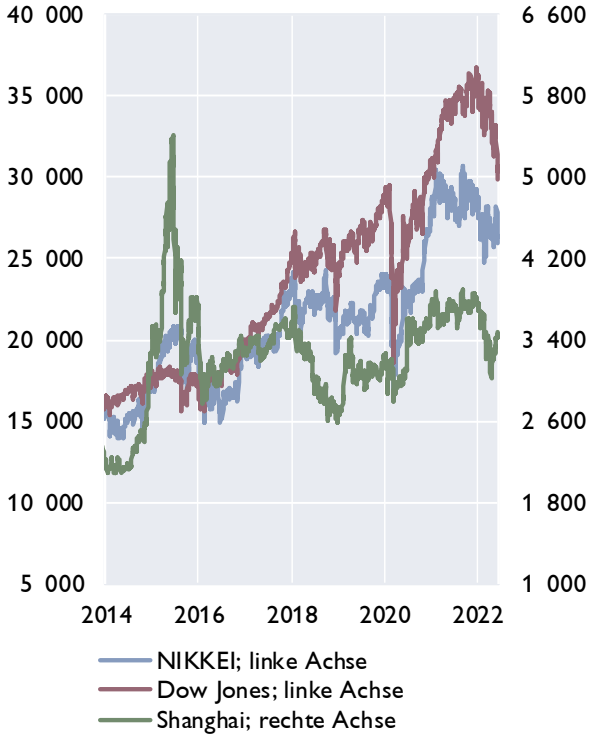
Aktienkurse - Europa

in Punkten



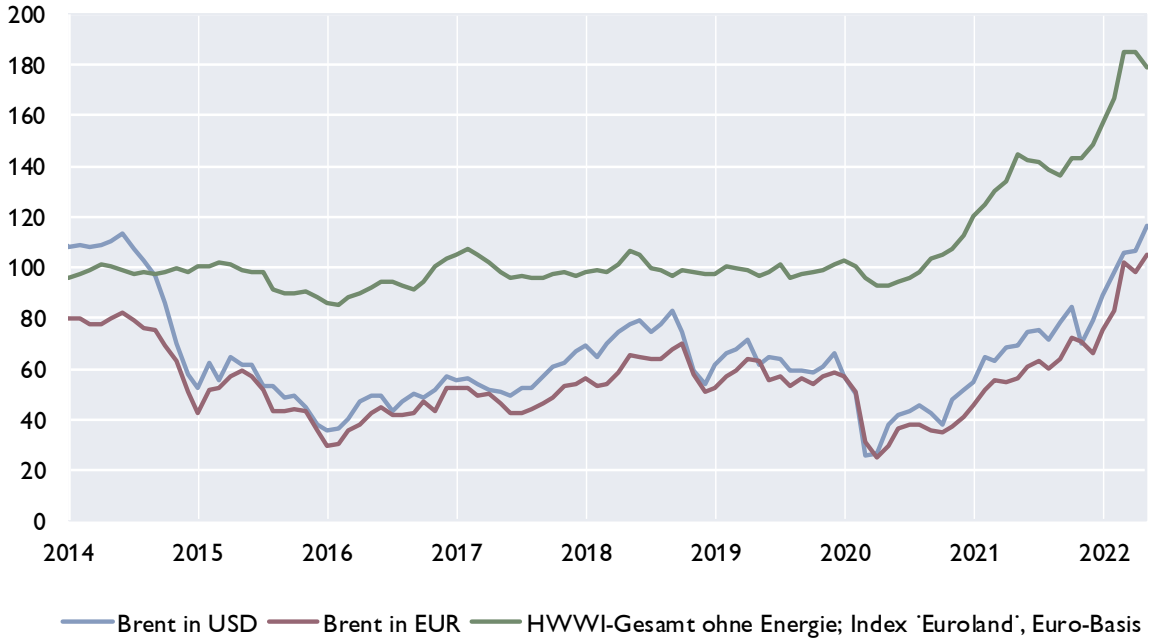
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2022			Juni 2022		April 2022		Mai 2022	
	2022	2023	2024	2022	2023	2022	2023	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real	2,8	2,1	2,1	2,6	1,6	2,8	2,3	2,7	2,3
Privater Konsum, real	3,1	2,0	1,5	2,6	1,5	4,0	3,3	3,2	2,6
Öffentlicher Konsum, real	0,6	−0,5	1,1	0,8	0,4	0,7	0,8	0,8	0,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,8	3,1	3,4	4,8	3,2	2,8	2,7	3,1	3,5
Exporte, real	3,9	4,2	3,7	×	×	×	×	5,1	4,7
Importe, real	4,1	3,5	3,4	×	×	×	×	5,1	4,8
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP Deflator	×	×	×	4,4	3,8	3,2	2,4	3,9	3,1
HVPI	6,8	3,5	2,1	7,0	4,6	5,3	2,3	6,1	2,7
Lohnstückkosten	3,3	2,7	2,0	×	×	1,6	1,5	2,3	2,1
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Beschäftigte	1,9	0,5	0,4	×	×	1,2	0,5	1,3	0,8
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition								
Arbeitslosenquote	6,8	6,8	6,7	7,1	7,4	7,3	7,1	7,3	7,0
	in % des nominellen BIP								
Leistungsbilanz	0,3	0,3	0,4	2,2	2,0	1,8	2,2	2,4	2,9
Öffentliches Defizit	−3,8	−2,6	−2,4	−4,1	−3,0	−4,3	−2,5	−3,7	−2,5
	Prognoseannahmen								
Erdölpreis in USD/Barrel	105,8	93,4	84,3	107,4	121,9	106,8	92,6	103,6	93,5
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,00	1,30	1,60	−0,2	0,9	−0,7	0,0	−0,1	1,3
USD/EUR	1,07	1,05	1,05	1,07	1,05	1,11	1,13	1,09	1,08
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real USA	×	×	×	2,5	1,2	3,7	2,3	2,9	2,3
BIP, real Welt[1]	3,0	3,4	3,6	3,0	2,8	3,6	3,6	3,2	3,5
Welthandel[1]	4,3	3,1	3,7	4,9	3,9	5,0	4,4	4,9	4,4

[1] *EZB und EK: BIP real Welt (ohne EA), Welthandel (ohne EA, Weltimporte).*

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2020	2021	2021 Q2	2021 Q3	2021 Q4	2022 Q1	2022 Q2	2022 Feb	2022 Mrz	2022 Apr	2022 Mai
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	0,3	2,6	1,8	2,8	4,6	6,1	..	5,9	7,4	7,4	8,1
Kerninflation	0,7	1,5	0,9	1,4	2,4	2,7	..	2,7	3,0	3,5	3,5
BIP-Deflator des privaten Konsums	0,6	2,2	1,5	2,6	3,8	4,7	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten (nominell)	4,7	-0,2	-4,7	1,6	1,2	1,9	..	×	×	×	×
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	-0,6	4,1	7,3	3,4	3,6	4,5	..	×	×	×	×
Arbeitsproduktivität (nominell)	-4,9	4,2	12,7	1,8	2,3	2,5	..	×	×	×	×
Produzentenpreis (Industrie)	-2,6	12,3	9,2	14,0	24,0	33,1	..	31,5	36,9	37,2	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	100,0	137,6	140,5	139,0	144,8	170,1	..	166,5	185,3	184,8	178,9
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	37,9	59,9	57,2	62,1	69,7	86,7	..	82,7	102,0	97,9	105,2
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	43,4	70,8	68,9	73,1	79,6	97,6	..	93,8	112,2	105,8	111,3
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	-6,3	5,4	2,2	2,3	0,2	0,6	..	×	×	×	×
Privater Konsum	-7,8	3,7	3,8	4,5	-0,3	-0,7	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	0,9	4,0	1,9	0,4	0,4	-0,3	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	-6,9	4,1	1,4	-0,9	3,1	0,1	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	-5,5	3,7	2,6	2,2	0,6	-0,4	..	×	×	×	×
Nettoexporte	-0,3	1,3	0,1	0,3	-0,7	0,4	..	×	×	×	×
Veränderung der Lagerhaltung	-0,5	0,4	-0,6	-0,2	0,4	0,6	..	×	×	×	×
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	233,9	121,7	44,2	30,2	-9,4	-52,7	..	-9,2	-16,1	-32,4	..
Leistungsbilanz	210,8	285,0	87,9	73,2	22,3	35,8	..	15,7	-1,6	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	1,8	2,3	2,9	2,3	0,7	1,1	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	88,3	110,8	111,0	117,3	115,7	111,2	..	114,2	106,5	104,9	105,0
Industrievertrauen (Saldo)	-13,3	9,3	9,4	13,6	13,7	11,8	..	13,4	9,0	7,7	6,3
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	48,6	60,2	63,1	60,9	58,2	57,8	..	58,2	56,5	55,5	54,6
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	89,3	97,3	99,0	99,9	96,5	95,2	..	98,7	90,8	91,9	93,0
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	-8,0	7,8	23,4	5,7	0,2	-0,1	..	1,3	-0,5	-1,9	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-14,2	-7,4	-5,6	-4,2	-7,6	-13,6	..	-9,5	-21,5	-22,0	-21,1
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	-0,9	5,1	12,0	2,4	4,2	5,1	..	5,1	1,8	4,1	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	74,5	81,4	80,8	83,0	82,7	82,4	82,6	×	×	×	×
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1]	8,0	7,7	8,1	7,5	7,1	6,8	..	6,8	6,8	6,8	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	−1,6	1,2	0,8	1,0	0,4	0,6	..	×	×	×	×
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	12,2	6,9	8,4	7,6	6,9	6,3	..	6,4	6,3	6,0	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	6,4	6,2	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	3,5	4,3	4,5	4,3	4,3	4,5	..	4,5	4,5	4,4	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	..	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,43	-0,55	-0,54	-0,55	-0,57	-0,53	..	-0,53	-0,50	-0,45	-0,39
10-Jahres Zinssatz (%)	0,21	0,20	0,30	0,14	0,31	0,84	..	0,94	1,05	1,57	1,87
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	0,64	0,75	0,84	0,69	0,88	1,37	..	1,48	1,55	2,02	2,26
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2]	125,6	87,1	84,9	82,5	89,0	114,3	..	112,0	136,5	124,1	146,4
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	360,0	448,0	446,3	462,6	469,9	447,7	..	452,7	422,1	429,0	413,5
Wechselkurs USD je EUR	1,14	1,18	1,20	1,18	1,14	1,12	..	1,13	1,10	1,08	1,06
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3]	99,6	99,6	100,5	99,5	97,7	96,4	..	96,9	95,9	95,2	95,6
real effektiver Wechselkurs des EUR[3]	93,5	93,4	94,0	93,4	91,8	91,4	..	91,6	91,3	89,9	90,0
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-7,1	-5,1	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Staatsschuldenquoten	99,2	97,4	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.

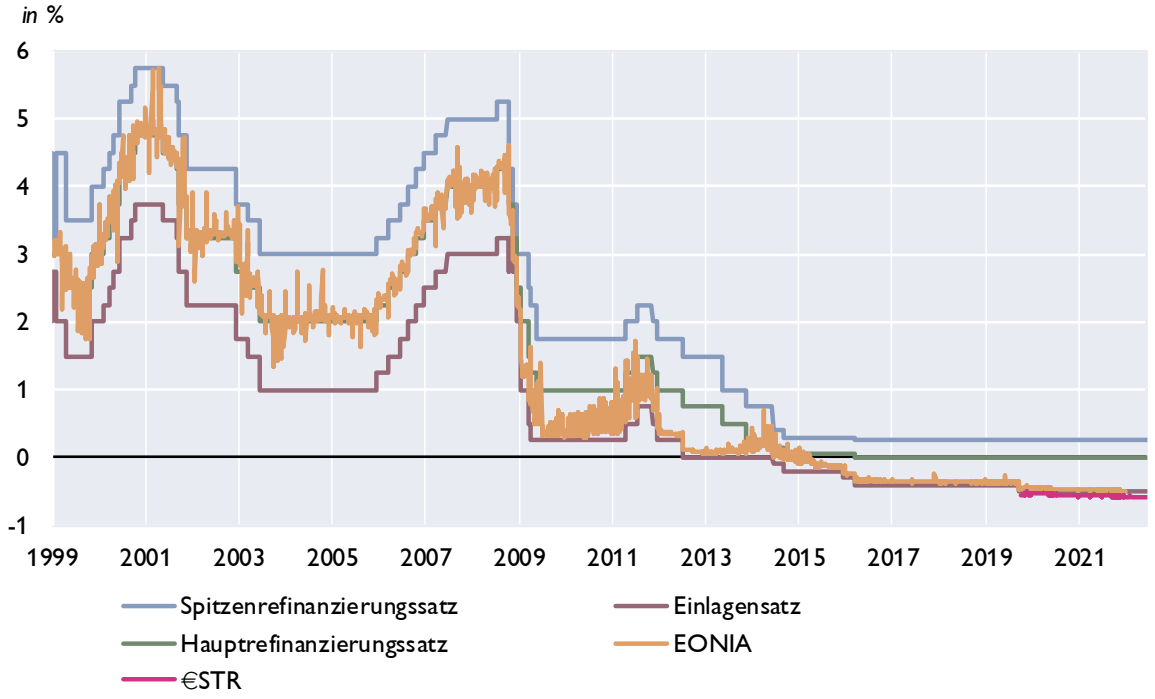
[1] *ILO-Definition.*

[2] *Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).*

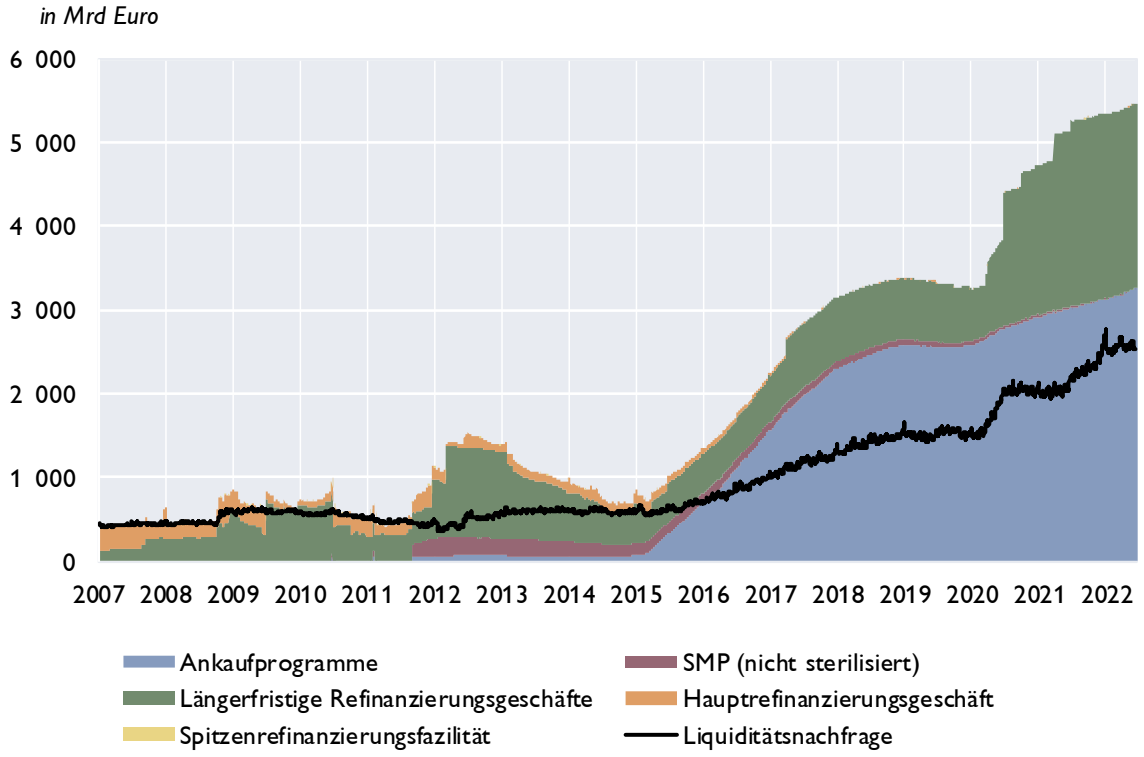
[3] *Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und Euro-Tagesgeldzinsen



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

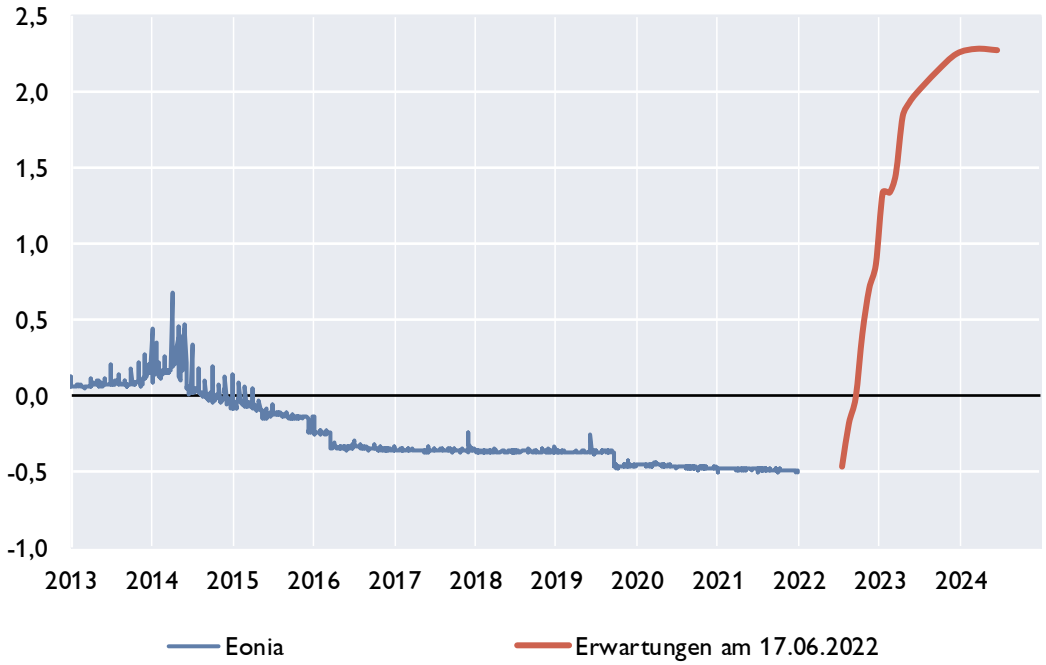


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

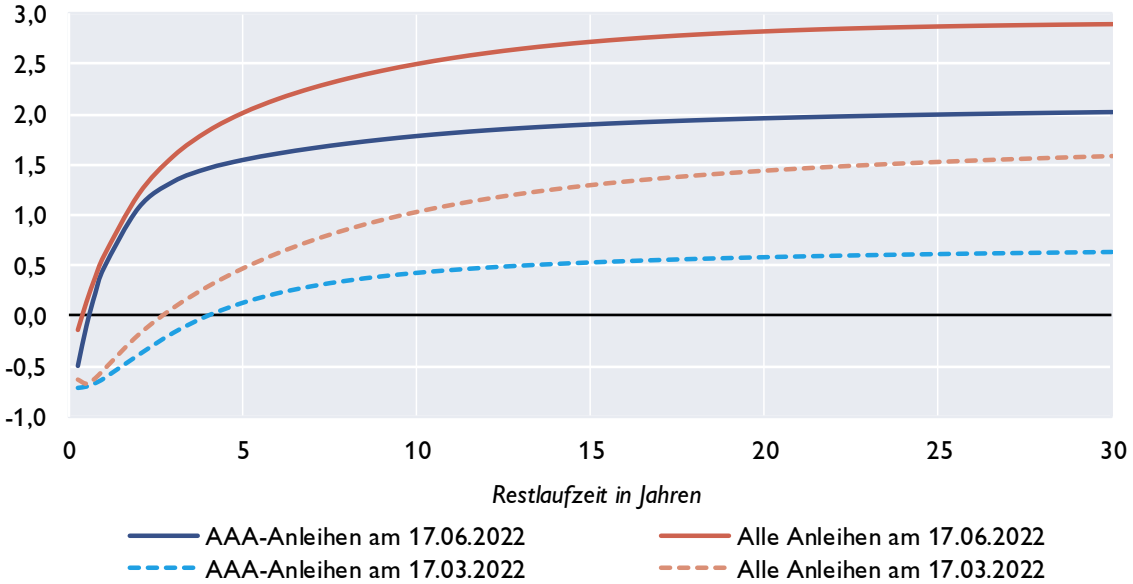
Markterwartungen über den Verlauf der Euro-Tagesgeldzinsen

berechnet aus Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

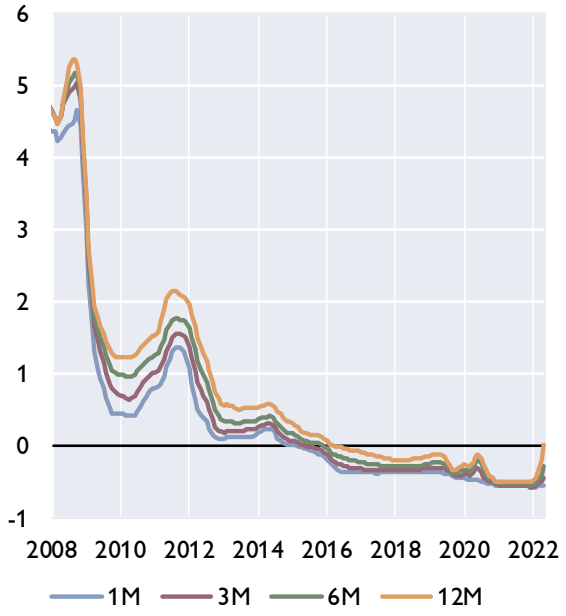


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

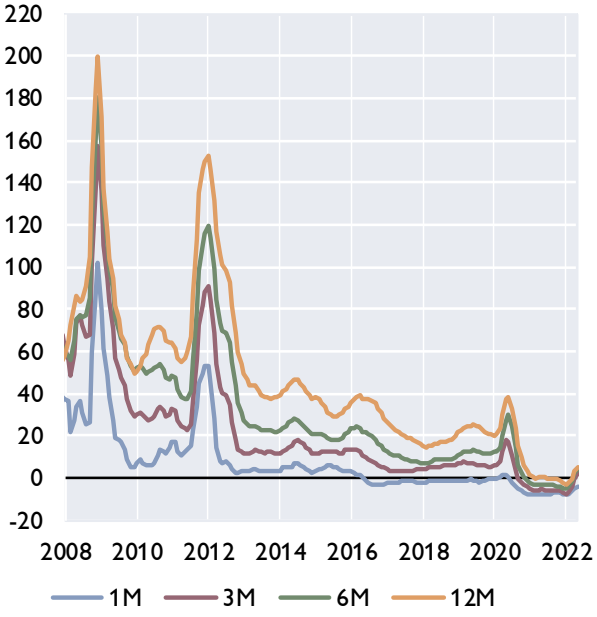
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



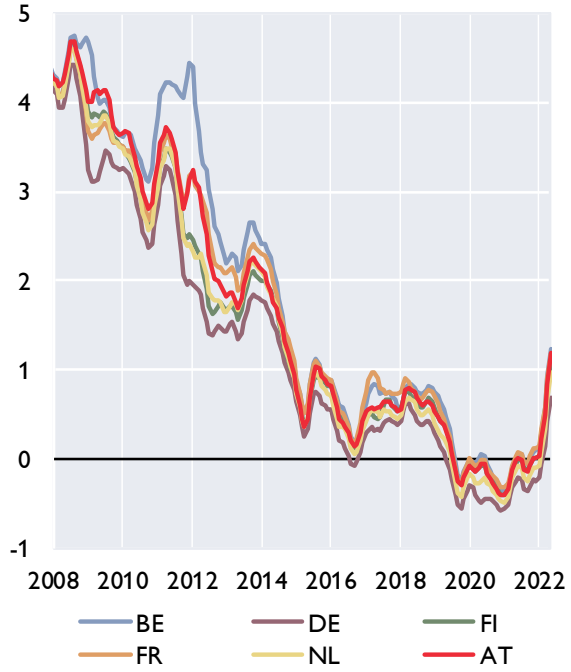
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



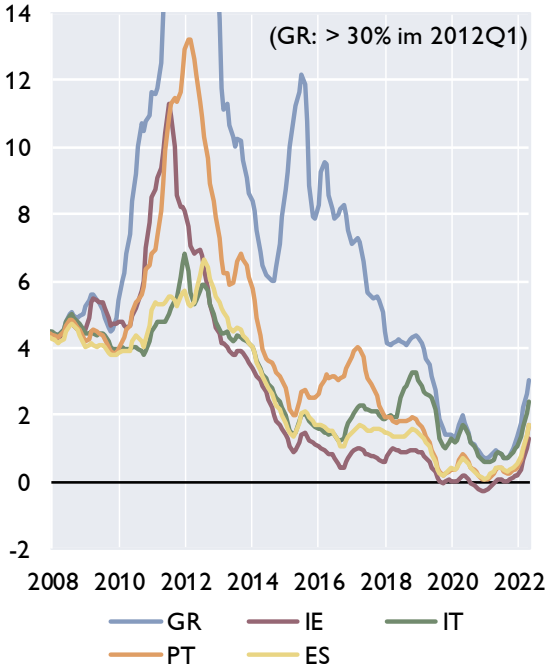
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

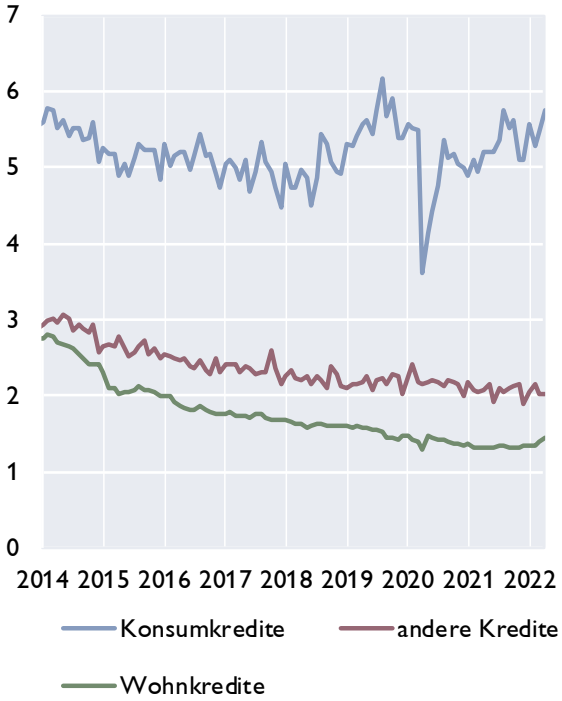


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

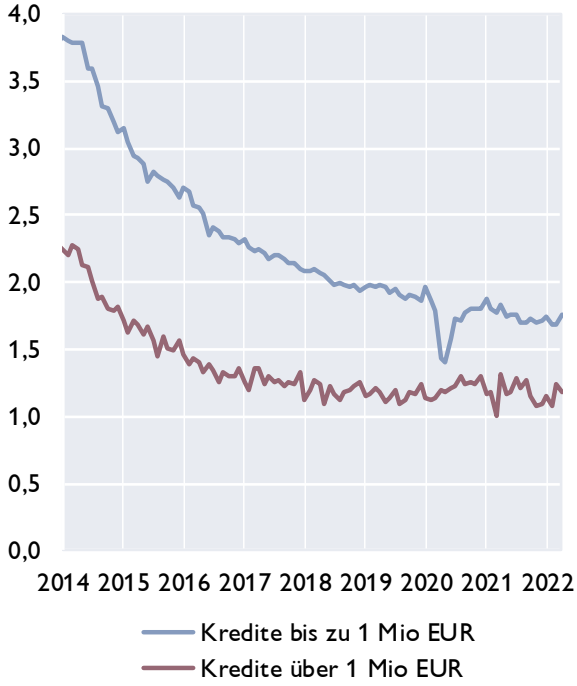
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



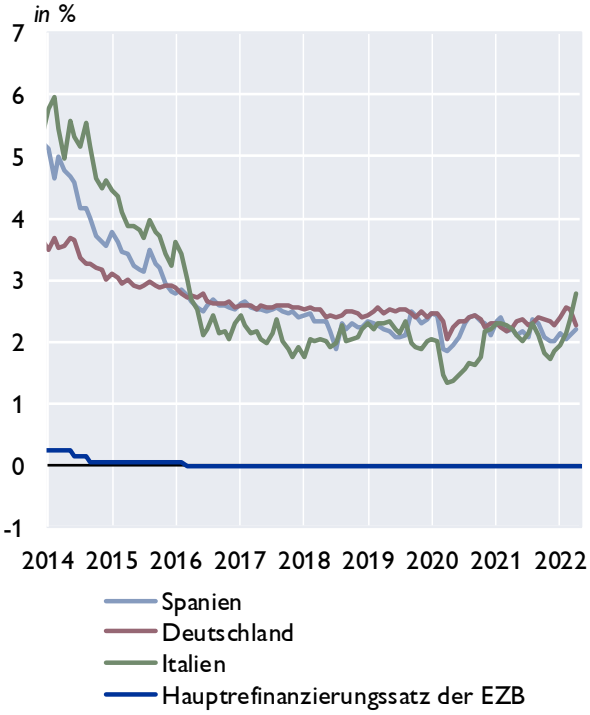
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



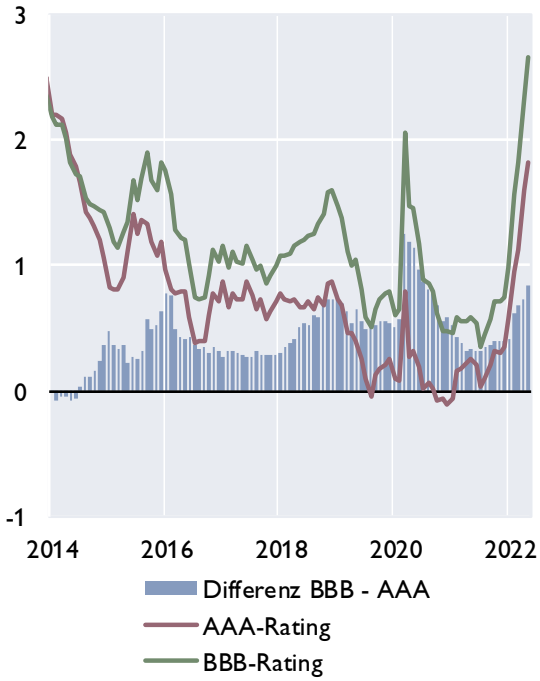
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

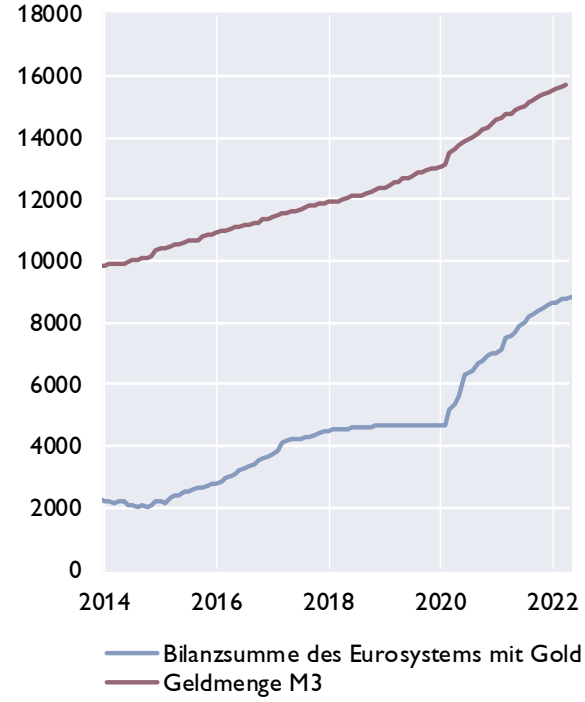


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

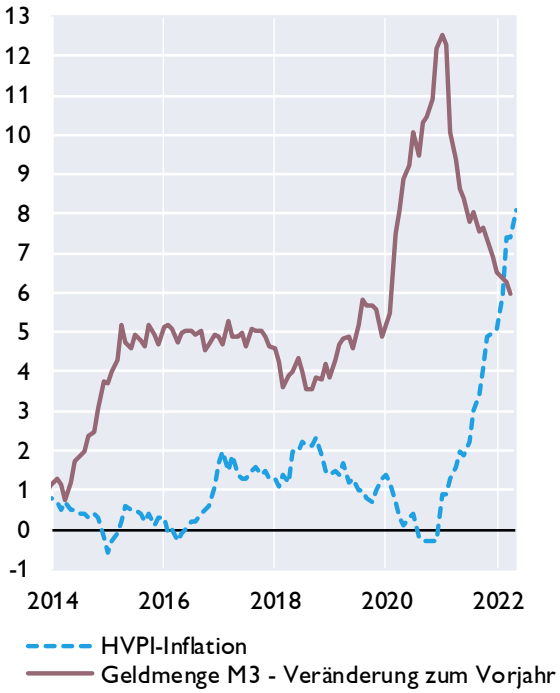
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



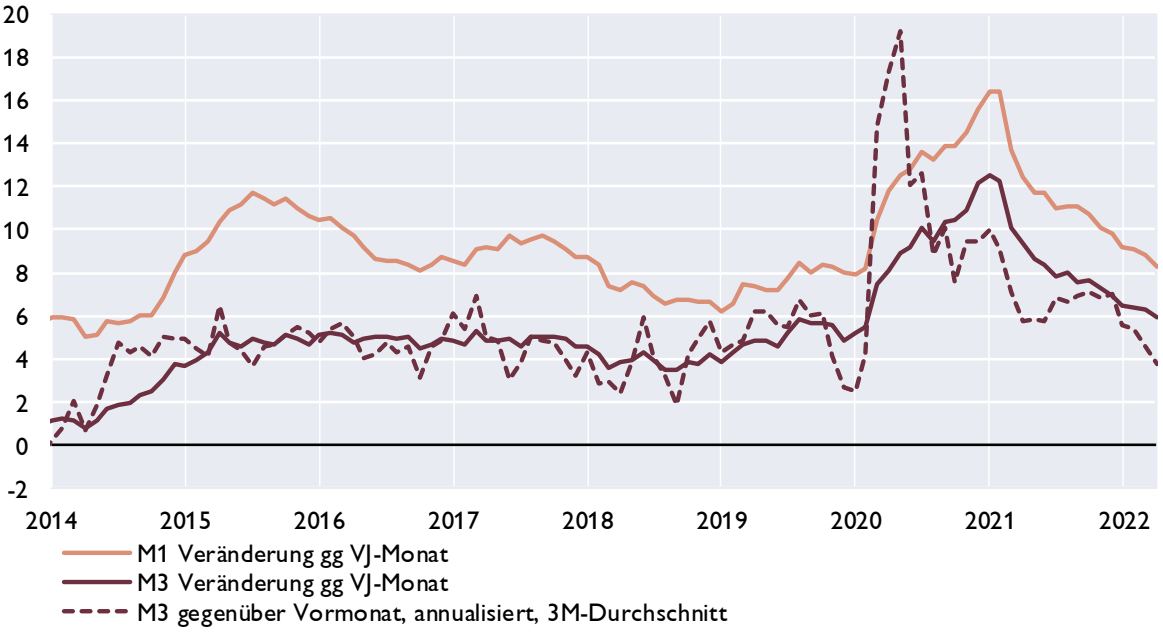
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

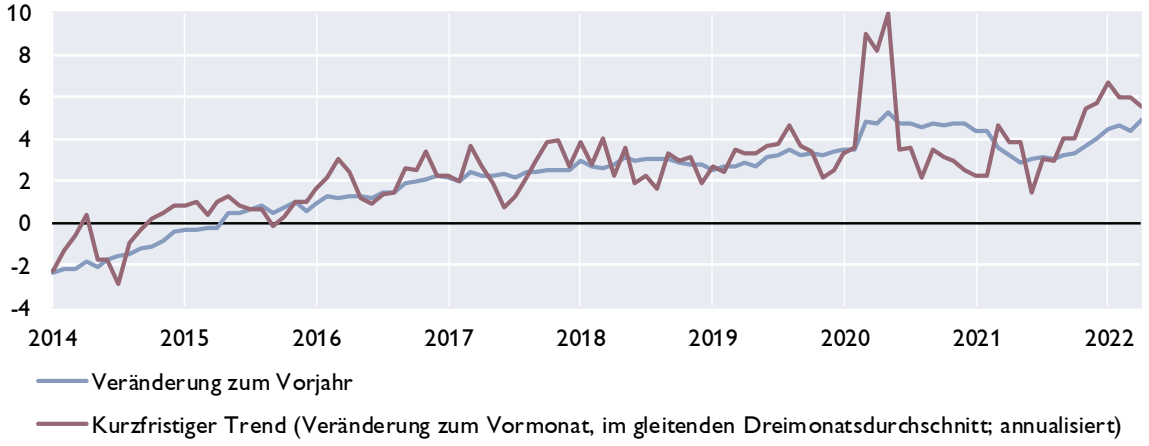
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2020	2021	Nov.21	Dez.21	Jän.22	Feb.22	Mär.22	Apr.22
Aktiva	Kredite	9,6	6,1	5,8	6,1	6,2	6,2	6,0	6,2
	Kredite an öffentliche Haushalte	22,2	11,3	10,8	11,3	10,8	10,7	10,1	9,3
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	5,4	4,0	3,8	4,0	4,3	4,3	4,3	4,8
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1)]	*4,7*	*4,0*	*3,7*	*4,0*	*4,5*	*4,7*	*4,4*	*4,9*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	5,8	6,6	6,4	6,6	6,0	6,8	6,4	3,7
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	9,0	10,9	10,8	10,9	11,1	12,2	11,4	9,5
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	−0,5	−0,5	−0,4	−0,5	−0,2	−0,5	−0,7	0,0

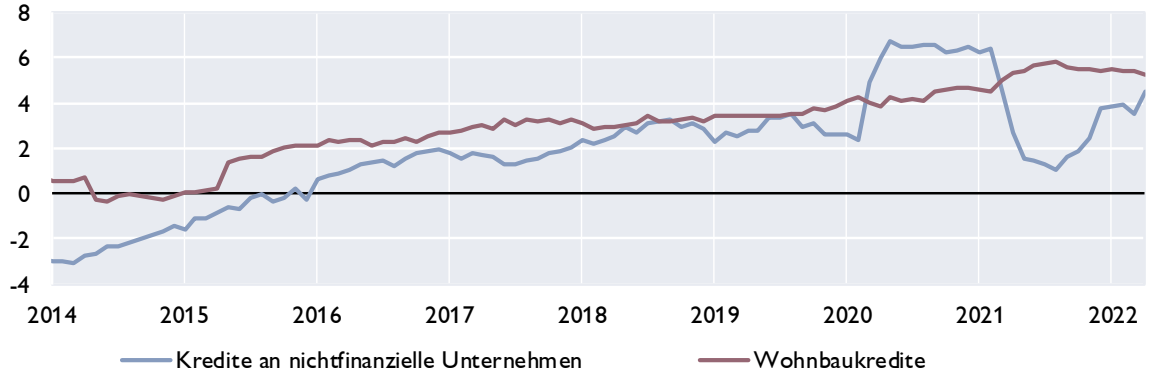
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



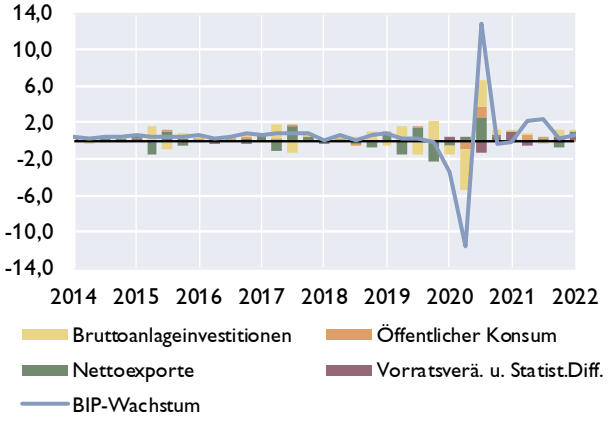
Quelle: EZB.

[1] *Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.*

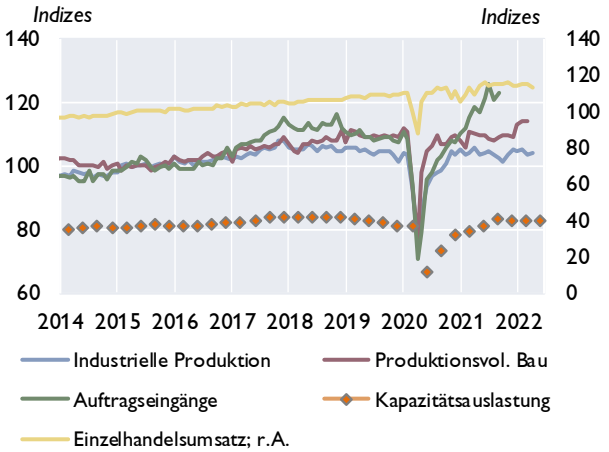
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

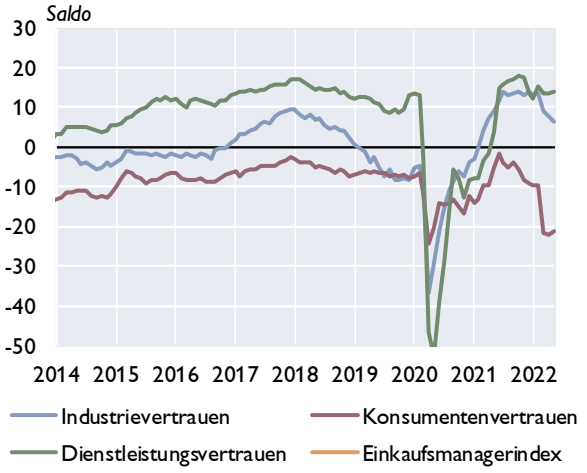
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



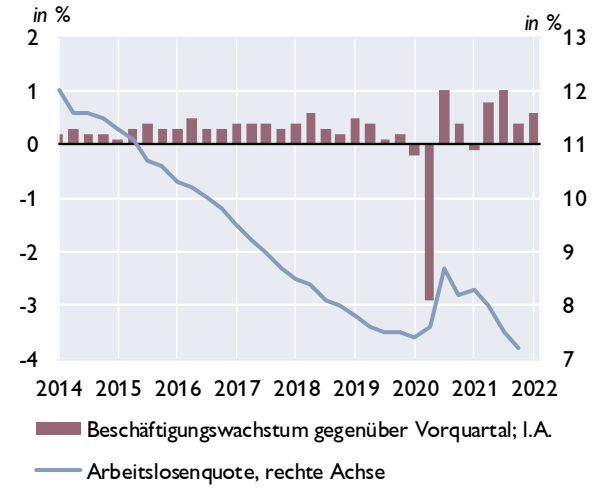
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2019	2020	2021	1Q21	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22
Leistungsbilanz	273,9	219,1	291,6	80,3	77,9	94,0	39,4	12,6
Güter	308,3	341,1	290,2	92,7	88,0	71,0	38,6	3,9
Dienstleistungen	35,3	5,5	95,9	16,0	25,6	34,3	20,1	33,0
Einkommen	84,4	35,0	63,3	24,7	−2,0	19,0	21,5	22,2
Laufende Transfers	−154,1	−162,6	−157,8	−53,1	−33,7	−30,2	−40,8	−46,4
Vermögensübertragungen	−26,9	−3,2	40,8	2,9	6,5	18,7	12,8	7,9
Kapitalbilanz	208,2	197,5	316,8	106,8	103,0	84,8	22,2	−5,1
Direktinvestitionen	71,4	−150,8	290,7	131,1	5,3	107,0	47,3	49,0
Portfolioinvestitionen	−93,8	537,0	421,4	87,5	160,0	54,1	119,7	−46,5
Finanzderivate	6,9	9,2	69,4	3,2	−2,5	24,2	44,5	0,9
Sonstige Investiitionen	217,3	−211,0	−594,9	−112,0	−66,9	−223,7	−192,3	−8,1
Währungsreserven	6,3	13,2	130,2	−3,0	7,1	123,2	2,9	−0,4
Statistische Differenz	−38,9	−18,4	−15,7	23,7	18,5	−27,9	−30,0	−25,5
Leistungsbilanz in % des BIP[1]	2,4	1,8	2,3	3,3	2,9	2,3	0,7	1,1

[1] *Quartale: Saisonbereinigte Daten.*

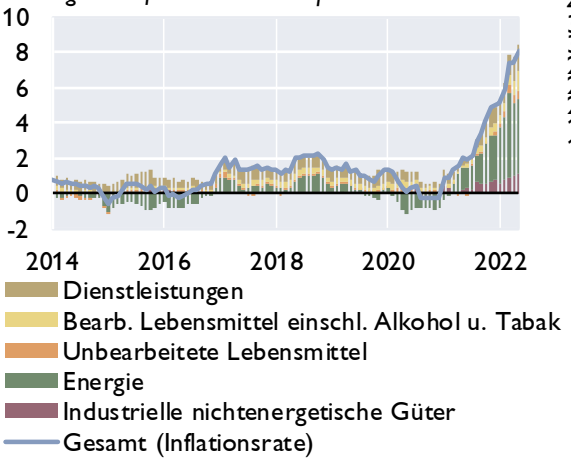
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2022	2020	2021	Feb.22	Mär.22	Apr.22	Mai.22
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	0,3	2,6	5,9	7,4	7,4	8,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	16,6	2,0	1,3	4,7	5,7	7,4	8,7
Alkoholische Getränke und Tabak	4,3	3,4	2,5	2,2	2,3	2,2	2,7
Bekleidung und Schuhe	5,3	0,0	0,9	2,1	2,1	2,0	1,7
Wohnung, Wasser, Energie	17,9	−0,8	4,6	13,4	17,2	15,9	16,3
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,7	0,5	1,5	3,8	4,2	5,0	5,9
Gesundheitspflege	5,1	0,6	0,4	0,9	1,0	1,1	1,3
Verkehr	14,6	−2,2	6,3	10,3	14,6	13,0	14,0
Nachrichtenübermittlung	3,1	−1,7	−0,4	−0,4	0,0	0,1	−0,4
Freizeit und Kultur	7,9	0,2	1,3	3,1	3,1	3,6	3,6
Bildungswesen	1,0	0,5	−0,3	−0,9	−0,9	−0,9	−0,9
Hotels, Cafes und Restaurants	8,0	1,1	1,6	4,4	5,1	5,9	7,1
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,7	1,5	1,9	2,1	2,2	2,4	2,6

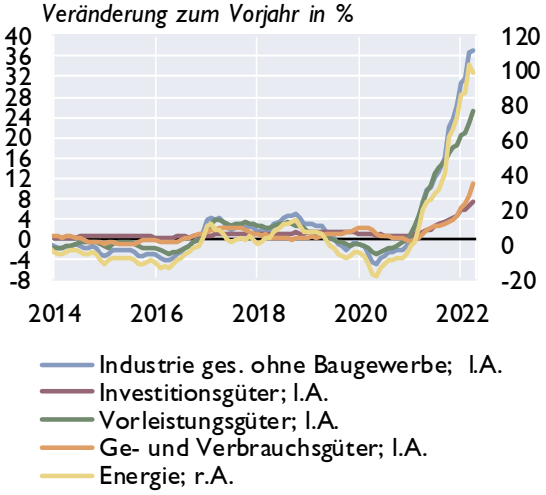
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



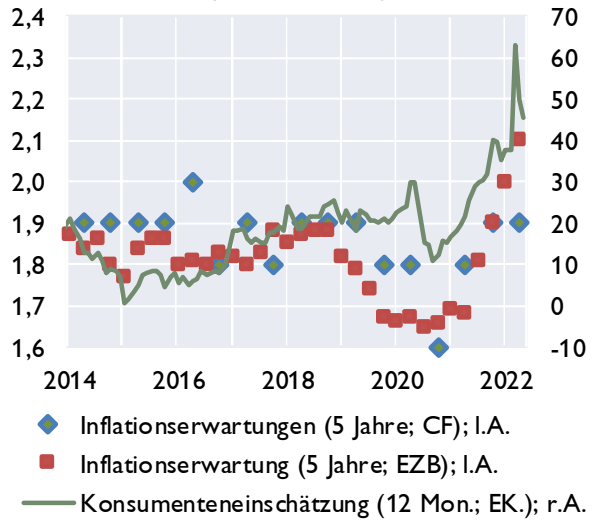
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



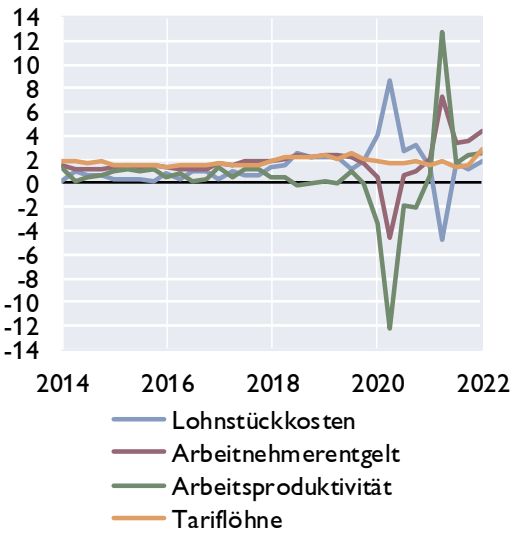
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %



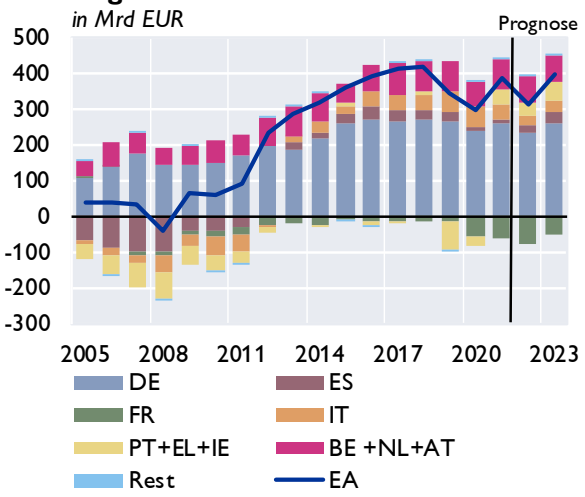
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

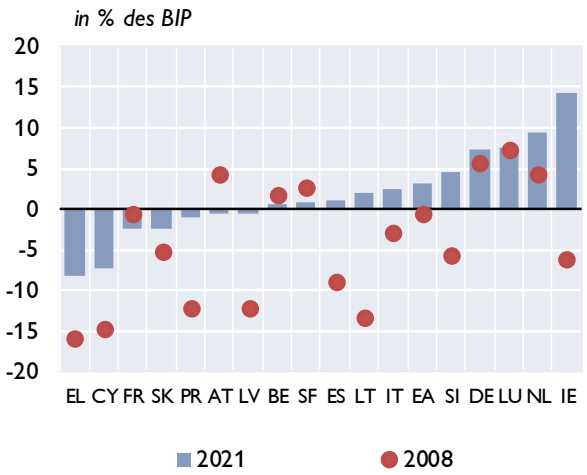
[1] *Classification of Individual Consumption by Purpose*

*) *Schnellschätzung.*

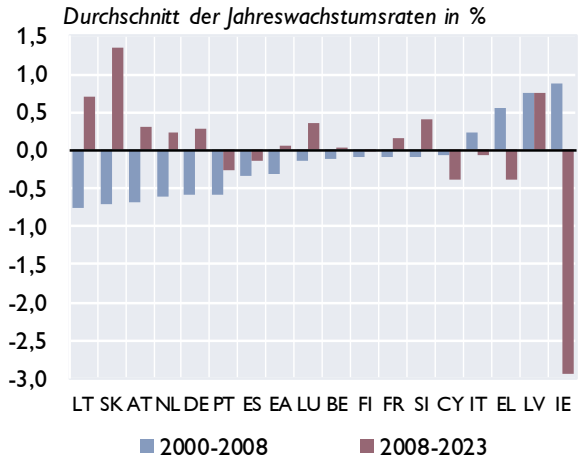
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden[1]

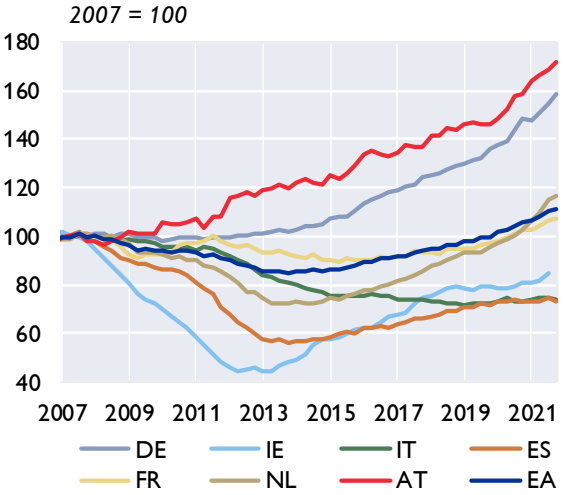




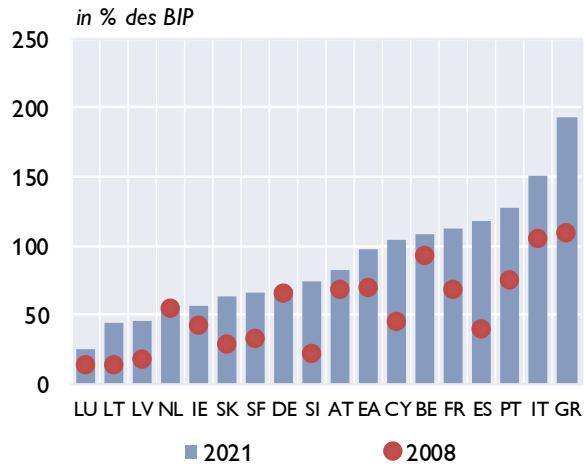
Lohnstückkosten[1]



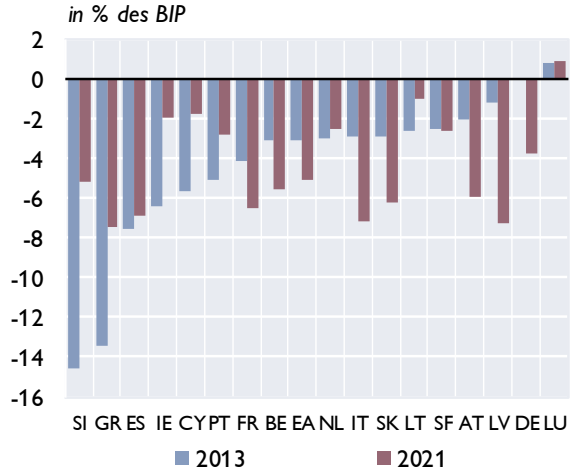
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



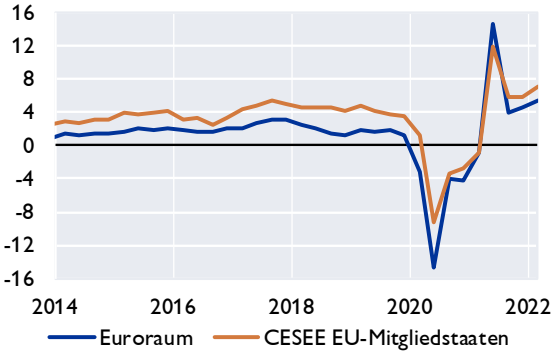
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - [1] Prognose: EK-Prognose Mai 2022.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

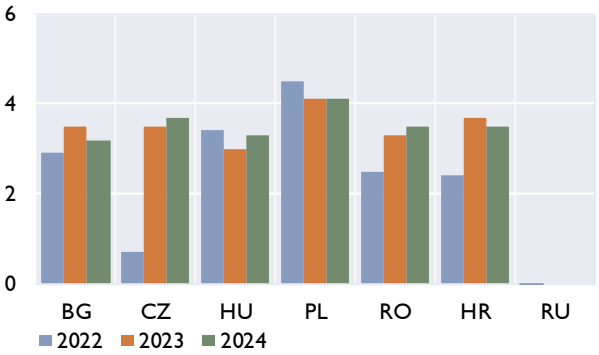
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



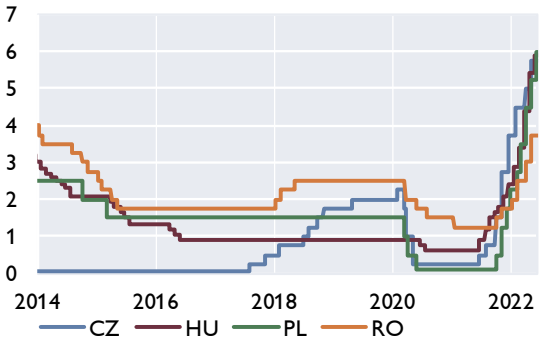
OeNB-BOFIT[1] Prognose April 2022

reales BIP-Wachstum in %



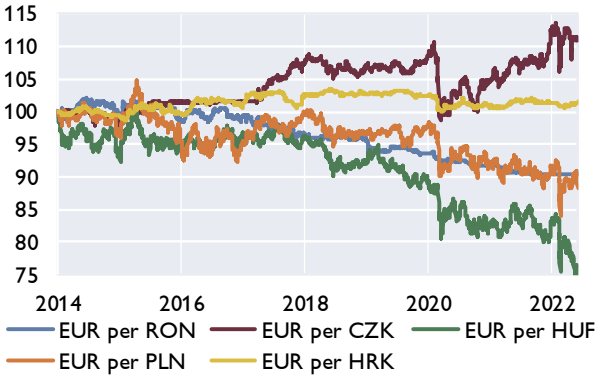
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2014=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiiw	
	April 2022		Mai 2022		April 2022		April 2022	
	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023
Bulgarien	2,9	3,5	2,1	3,1	3,2	4,5	2,0	3,7
Estland	×	×	1,0	2,4	0,2	2,2	1,8	3,4
Kroatien	2,4	3,7	3,4	3,0	2,7	4,0	3,5	4,0
Lettland	×	×	2,0	2,9	1,0	2,4	1,4	2,2
Litauen	×	×	1,7	2,4	1,8	2,6	1,7	2,8
Polen	4,5	4,1	3,7	3,0	3,7	2,9	4,0	3,5
Rumänien	2,3	3,3	2,6	3,6	2,2	3,4	2,0	3,5
Russland	−10,0	0,0	−10,4	1,5	−8,5	−2,3	−9,0	−1,5
Slowakei	×	×	2,3	3,6	2,6	5,0	2,4	3,1
Slowenien	×	×	3,7	3,1	3,7	3,0	4,1	3,3
Tschechische Republik	0,7	3,5	1,9	2,7	2,3	4,2	2,6	3,5
Ungarn	3,4	3,0	3,6	2,6	3,7	3,6	2,5	3,9

[1] *Bank of Finland Institute for Economies in Transition.*

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Seite 16

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

		Prognose[1]						
	2021	2022	2023	1Q21	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	6,2	2,0	1,8	0,1	15,2	5,1	5,7	4,9
Deutschland	2,9	1,6	2,4	−2,8	10,4	2,9	1,8	3,8
Estland	8,3	1,0	2,4	3,2	12,1	9,3	8,4	4,7
Irland	13,5	5,4	4,4	11,8	20,7	11,5	9,9	11,3
Griechenland	8,3	3,5	3,1	−1,7	15,0	11,7	8,1	7,0
Spanien	5,1	4,0	3,4	−4,1	17,8	3,5	5,5	6,4
Frankreich	6,8	3,1	1,8	1,8	19,2	3,0	4,9	4,5
Italien	6,6	2,4	1,9	0,0	17,5	4,0	6,4	6,2
Zypern	5,5	2,3	3,5	−2,1	13,4	5,8	5,9	5,6
Lettland	4,5	2,0	2,9	−0,4	10,1	4,8	2,7	6,4
Litauen	5,0	1,7	2,6	1,0	8,6	5,3	5,0	4,3
Luxemburg	6,9	2,2	2,7	5,1	12,9	5,1	4,9	4,0
Malta	10,4	4,2	4,0	0,1	16,4	14,1	11,7	7,6
Niederlande	5,0	3,3	1,6	−2,0	11,0	5,3	6,4	7,0
Österreich	4,8	3,9	1,9	−4,1	12,9	5,3	6,5	8,7
Portugal	4,9	5,8	2,7	−5,4	16,5	4,4	5,9	11,9
Slowenien	8,1	3,7	3,1	2,6	15,5	4,7	10,5	9,6
Slowakische Republik	3,0	2,3	3,6	0,2	10,0	1,2	1,2	3,0
Finnland	3,5	1,6	1,7	−0,6	7,7	3,6	3,4	3,7
Euroraum	5,4	2,7	2,3	−0,9	14,7	4,0	4,7	5,4
Bulgarien	4,2	2,1	3,1	−1,5	7,8	5,1	5,0	4,0
Tschechische Republik	3,3	1,9	2,7	−2,3	8,7	3,6	3,6	4,8
Dänemark	4,7	2,6	1,8	−0,2	8,6	3,8	6,8	6,7
Kroatien	10,2	3,4	3,0	−0,8	16,9	14,7	10,1	6,7
Ungarn	7,1	3,6	2,6	−1,4	17,6	6,5	7,1	8,0
Polen	5,9	3,7	3,0	−1,1	11,0	6,1	8,0	9,2
Rumänien	5,9	2,6	3,6	−0,1	15,4	6,9	2,4	6,5
Schweden	5,1	2,3	1,4	0,2	9,8	4,3	5,6	3,1
EU	5,4	2,7	2,3	−0,8	14,1	4,2	4,9	5,6
Türkei	11,0	2,0	3,0	7,4	22,4	8,1	8,4	7,4
Vereinigtes Königreich	7,4	3,4	1,6	−5,0	24,5	6,9	6,6	8,7
USA	5,7	2,9	2,3	0,5	12,2	4,9	5,5	3,5
Japan	1,7	1,9	1,8	−1,7	7,4	1,2	0,4	0,7
Schweiz	3,7	2,2	2,0	−0,4	8,2	3,7	3,8	4,5
Russland	4,7	−10,4	1,5	−0,3	10,5	4,0	5,0	..
Brasilien	4,6	0,7	1,5	1,3	12,3	4,0	1,6	1,7
China	8,8	4,6	5,0	18,3	7,9	4,9	4,0	4,8
Indien	8,3	7,4	6,5	2,5	20,1	8,4	5,4	4,1

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

[1] *EK-Prognose Mai 2022.*

Entwicklung der Verbraucherpreise[1]

	2021	Prognose[2] 2022	2023	Jän.22	Feb.22	Mär.22	Apr.22	Mai.22
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	3,2	7,8	1,9	8,5	9,5	9,3	9,3	9,9
Deutschland	3,2	6,5	3,1	5,1	5,5	7,6	7,8	8,7
Estland	4,5	11,2	2,5	11,0	11,6	14,8	19,1	20,1
Irland	2,4	6,1	3,1	5,0	5,7	6,9	7,3	8,3
Griechenland	0,6	6,3	1,9	5,5	6,3	8,0	9,1	10,5
Spanien	3,0	6,3	1,8	6,2	7,6	9,8	8,3	8,5
Frankreich	2,1	4,9	3,1	3,3	4,2	5,1	5,4	5,8
Italien	1,9	5,9	2,3	5,1	6,2	6,8	6,3	7,3
Zypern	2,3	5,2	2,7	5,0	5,8	6,2	8,6	8,8
Lettland	3,2	9,4	3,5	7,5	8,8	11,5	13,1	16,8
Litauen	4,6	12,5	3,0	12,3	14,0	15,6	16,6	18,5
Luxemburg	3,5	6,8	2,3	4,6	7,8	7,9	9,0	9,1
Malta	0,7	4,5	2,6	4,1	4,2	4,5	5,4	5,8
Niederlande	2,8	7,4	2,7	7,6	7,3	11,7	11,2	10,2
Österreich	2,8	6,0	3,0	4,5	5,5	6,6	7,1	7,7
Portugal	0,9	4,4	1,9	3,4	4,4	5,5	7,4	8,1
Slowenien	2,0	6,1	3,3	6,0	7,0	6,0	7,4	8,7
Slowakische Republik	2,8	9,8	6,8	7,7	8,3	9,6	10,9	11,8
Finnland	2,1	4,5	2,3	4,1	4,4	5,8	5,8	7,1
Euroraum	2,6	6,1	2,7	5,1	5,9	7,4	7,4	8,1
Bulgarien	2,8	11,9	5,0	7,7	8,4	10,5	12,1	13,4
Tschechische Republik	3,3	11,7	4,5	8,8	10,0	11,9	13,2	15,2
Dänemark	1,9	5,1	2,7	4,9	5,3	6,0	7,4	8,2
Kroatien	2,7	6,1	2,8	5,5	6,3	7,3	9,6	10,7
Ungarn	5,2	9,0	4,1	7,9	8,4	8,6	9,6	10,8
Polen	5,2	11,6	7,3	8,7	8,1	10,2	11,4	12,8
Rumänien	4,1	8,9	5,1	7,2	7,9	9,6	11,7	12,4
Schweden	2,7	5,3	3,0	3,9	4,4	6,3	6,6	7,5
EU	2,9	6,8	3,2	5,6	6,2	7,8	8,1	8,8
Türkei	19,6	63,1	54,1	48,7	54,4	61,1	70,0	73,5
Vereinigtes Königreich	2,6	7,0	3,6	5,5	6,2	7,0	9,0	..
USA	4,7	7,3	3,1	7,5	7,9	8,6	8,2	8,5
Japan	−0,2	1,6	1,5	0,5	0,9	1,2	2,5	..
Schweiz	0,5	2,3	1,2	1,4	1,9	2,2	2,3	2,7
Russland	6,7	20,5	10,0	8,7	9,2	16,7	17,9	17,1
Brasilien	8,3	8,2	5,1	10,4	10,5	11,3	12,1	11,7
China[4]	0,9	2,8	2,6	0,9	0,9	1,5	2,1	2,1
Indien	4,9	6,1	4,8	5,8	5,0	5,4	6,3	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

[1] *EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.*

[2] *EK Prognose Mai 2022; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose April 2022.*

[4] *China Prognose: GDP-Deflator.*

Arbeitslosenquoten[1]

	2021	Prognose[2] 2022	2023	Jän.22	Feb.22	Mär.22	Apr.22	Mai.22
	in %							
Belgien	6,3	5,8	5,6	5,6	5,6	5,6	5,7	..
Deutschland	3,6	3,3	3,2	3,1	3,1	3,0	3,0	..
Estland	6,2	6,8	6,9	5,8	5,5	5,5	5,6	..
Irland	6,2	4,6	5,0	5,0	4,8	5,1	4,8	4,7
Griechenland	14,7	13,7	13,1	13,2	12,5	12,2	12,7	..
Spanien	14,8	13,4	13,0	13,2	13,3	13,5	13,3	..
Frankreich	7,9	7,6	7,6	7,3	7,3	7,3	7,2	..
Italien	9,5	9,5	8,9	8,7	8,6	8,4	8,4	..
Zypern	7,5	7,8	7,3	6,4	6,2	5,8	5,4	..
Lettland	7,6	7,3	7,1	7,2	6,9	6,7	6,6	..
Litauen	7,1	7,2	7,2	6,5	6,2	6,1	6,2	..
Luxemburg	5,3	5,2	5,1	4,5	4,5	4,3	4,2	..
Malta	3,5	3,6	3,6	3,3	3,3	3,2	3,1	..
Niederlande	4,2	4,0	4,2	3,6	3,4	3,3	3,2	3,3
Österreich	6,2	5,0	4,8	4,7	4,8	4,3	4,4	..
Portugal	6,6	5,7	5,5	5,8	5,7	5,8	5,8	..
Slowenien	4,8	4,8	4,6	4,2	4,0	4,0	4,0	..
Slowakische Republik	6,8	6,7	6,3	6,5	6,5	6,4	6,3	..
Finnland	7,7	7,2	6,9	7,0	6,5	6,4	6,2	..
Euroraum	7,7	7,3	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	..
Bulgarien	5,3	5,4	5,3	4,4	4,4	4,2	4,0	..
Tschechische Republik	2,8	2,6	2,6	2,3	2,5	2,3	2,4	..
Dänemark	5,1	4,8	4,7	4,5	4,3	4,4	4,3	..
Kroatien	7,6	6,3	6,0	6,4	6,3	6,3	6,1	..
Ungarn	4,1	3,8	4,0	3,7	3,7	3,2	3,4	..
Polen	3,4	4,1	3,9	3,0	3,0	3,0	3,0	..
Rumänien	5,6	5,5	5,3	5,8	5,7	5,6	5,5	..
Schweden	8,8	7,8	7,0	8,0	7,4	7,6	7,7	..
EU	7,0	6,7	6,5	6,3	6,2	6,2	6,2	..
Türkei	12,0	12,9	12,7	11,4	10,9	11,2	11,3	..
Vereinigtes Königreich	4,5	4,0	4,0	3,8	3,7	3,8	..	..
USA	5,4	3,6	3,5	4,0	3,8	3,6	3,6	..
Japan	2,8	2,8	2,7	2,8	2,7	2,6	2,5	..
Schweiz	3,0	4,6	4,2	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2
Russland	4,8	5,9	5,6	4,4	4,1	4,1	4,0	..
Brasilien	13,5	13,7	12,9	11,2	11,2	11,1	10,5	..
China	5,1	3,7	3,6	5,3	5,5	5,8	6,1	5,9
Indien	7,8	x	x	6,6	8,1	7,6	7,8	7,1

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

[1] *EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.*

[2] *EK-Prognose Mai 2022; BR, CN: IWF-Prognose April 2022.*

Leistungsbilanzsalden

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Prognose[1] 2022	Prognose[1] 2023
	in % des BIP										
Belgien	1,8	1,5	1,4	0,6	0,7	−0,8	0,1	0,8	0,6	−1,1	−0,6
Deutschland	6,6	7,4	8,7	8,7	8,0	8,1	7,6	7,1	7,2	6,1	6,5
Estland	0,3	0,7	1,8	1,2	2,3	0,8	2,5	−0,3	−0,7	1,3	2,3
Irland	1,6	1,1	4,4	−4,2	0,5	4,9	−19,9	−2,7	14,3	12,8	13,1
Griechenland	−1,6	−1,3	−1,4	−2,3	−2,1	−3,5	−2,4	−7,9	−8,3	−8,4	−6,4
Spanien	2,0	1,7	2,0	3,2	2,8	1,9	2,1	0,8	1,0	1,8	2,1
Frankreich	−1,0	−1,2	−0,5	−0,6	−0,7	−0,7	−0,7	−2,6	−2,4	−3,0	−2,0
Italien	1,1	1,9	1,4	2,6	2,6	2,5	3,2	3,7	2,5	1,2	1,6
Zypern	−1,5	−4,1	−0,4	−4,2	−5,0	−3,9	−5,7	−10,1	−7,2	−8,8	−7,2
Lettland	−2,5	−1,6	−0,6	1,6	1,3	−0,2	−0,7	2,9	−0,5	−3,9	−3,2
Litauen	1,7	3,5	−2,5	−1,1	0,5	0,3	3,5	7,3	2,0	−1,8	−2,1
Luxemburg	4,5	5,3	−1,0	1,8	3,0	3,0	−2,4	3,7	7,5	5,9	5,5
Malta	0,1	5,7	2,7	3,7	10,9	10,7	7,6	1,4	4,1	1,9	1,9
Niederlande	10,1	9,5	6,3	8,1	10,8	10,8	9,4	7,0	9,5	8,7	8,7
Österreich	1,9	2,5	1,9	2,9	1,5	1,0	2,2	1,9	−0,5	−1,0	−0,8
Portugal	1,0	−0,1	−0,0	0,6	1,0	0,3	0,1	−1,2	−1,1	−1,7	−0,7
Slowenien	2,3	5,1	3,9	4,8	6,4	6,1	6,1	7,6	4,4	1,7	2,6
Slowakische Republik	3,1	2,5	−0,6	−2,0	−0,9	−0,3	−2,0	−0,8	−2,4	−4,3	−4,1
Finnland	−2,0	−1,4	−0,8	−2,0	−0,8	−1,8	−0,3	0,7	0,7	0,2	0,4
Euroraum	2,9	3,1	3,4	3,6	3,7	3,6	2,9	2,6	3,2	2,4	2,9
Bulgarien	2,0	0,4	0,6	5,3	6,1	5,4	1,9	−0,5	−1,1	−1,8	−1,8
Tschechische Republik	−1,5	−1,3	−1,7	−0,3	0,8	−0,6	−0,9	2,5	−2,3	−3,7	−3,8
Dänemark	7,8	8,9	8,2	7,8	8,0	7,3	8,8	8,1	8,3	7,8	7,7
Kroatien	−1,0	0,3	3,3	2,2	3,4	1,9	2,8	−0,9	3,3	1,7	0,3
Ungarn	2,9	0,5	1,8	4,2	1,6	−0,0	−0,8	−1,1	−2,9	−5,5	−3,5
Polen	−1,0	−1,9	−0,1	−0,3	−0,3	−1,0	0,8	3,3	1,6	−0,5	−0,2
Rumänien	−0,7	−0,0	−0,3	−1,2	−3,2	−4,4	−5,3	−5,8	−7,0	−7,5	−7,3
Schweden	4,8	4,1	3,1	2,4	2,8	2,6	5,2	6,1	5,5	4,8	5,8
EU	2,8	3,0	3,2	3,4	3,5	3,3	2,8	2,7	3,0	2,1	2,6
Türkei	−5,7	−4,1	−3,0	−3,1	−4,7	−4,7	−4,7	−4,7	−2,2	−3,8	−3,5
Vereinigtes Königreich	−4,8	−5,1	−5,2	−5,3	−3,6	−3,9	−2,7	−2,5	−2,6	−4,6	−4,9
USA	−2,1	−2,1	−2,3	−2,2	−1,9	−2,1	−2,2	−2,8	−3,6	−3,9	−3,4
Japan	0,9	0,8	3,1	3,9	4,1	3,5	3,4	3,0	3,4	2,5	2,6
Schweiz	11,1	8,0	10,0	8,2	6,5	5,7	5,4	2,2	9,0	9,0	9,1
Russland	1,4	2,6	4,9	2,0	2,1	7,0	3,9	2,2	6,7	13,7	10,1
Brasilien	−3,2	−4,1	−3,0	−1,4	−1,1	−2,7	−3,5	−1,7	−1,7	−1,5	−1,6
China	1,5	2,2	2,8	1,8	1,5	0,2	0,7	1,9	1,9	1,6	1,5
Indien	−1,7	−1,3	−1,1	−0,6	−1,8	−2,1	−0,9	0,9	−1,6	−3,1	−2,7

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose Mai 2022; BR, IN: IWF-Prognose April 2022.*

Fiskaldaten

	Budgetsalden						Staatsschulden					
					Prognose[1]						Prognose[1]	
	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	in % des BIP											
Belgien	−0,9	−2,0	−9,0	−5,5	−5,0	−4,4	99,8	97,7	112,8	108,2	107,5	107,6
Deutschland	1,9	1,5	−4,3	−3,7	−2,5	−1,0	61,2	58,9	68,7	69,3	66,4	64,5
Estland	−0,6	0,1	−5,6	−2,4	−4,4	−3,7	8,2	8,6	19,0	18,1	20,9	23,5
Irland	0,1	0,5	−5,1	−1,9	−0,5	0,4	63,1	57,2	58,4	56,0	50,3	45,5
Griechenland	0,9	1,1	−10,2	−7,4	−4,3	−1,0	186,4	180,7	206,3	193,3	185,7	180,4
Spanien	−2,6	−3,1	−10,3	−6,9	−4,9	−4,4	100,5	98,3	120,0	118,4	115,1	113,7
Frankreich	−2,3	−3,1	−8,9	−6,5	−4,6	−3,2	97,8	97,4	114,6	112,9	111,2	109,1
Italien	−2,2	−1,5	−9,6	−7,2	−5,5	−4,3	134,4	134,1	155,3	150,8	147,9	146,8
Zypern	−3,6	1,3	−5,8	−1,7	−0,3	−0,2	98,4	91,1	115,0	103,6	93,9	88,8
Lettland	−0,8	−0,6	−4,5	−7,3	−7,2	−3,0	37,1	36,7	43,3	44,8	47,0	46,5
Litauen	0,5	0,5	−7,3	−1,0	−4,6	−2,3	33,7	35,9	46,6	44,3	42,7	43,1
Luxemburg	3,0	2,3	−3,4	0,9	−0,1	0,1	20,8	22,3	24,8	24,4	24,7	25,1
Malta	2,1	0,6	−9,5	−8,0	−5,6	−4,6	43,7	40,7	53,4	57,0	58,5	59,5
Niederlande	1,4	1,7	−3,7	−2,5	−2,7	−2,1	52,4	48,5	54,3	52,1	51,4	50,9
Österreich	0,2	0,6	−8,0	−5,9	−3,1	−1,5	74,1	70,6	83,3	82,8	80,0	77,5
Portugal	−0,3	0,1	−5,8	−2,8	−1,9	−1,0	121,5	116,6	135,2	127,4	119,9	115,3
Slowenien	0,7	0,4	−7,8	−5,2	−4,3	−3,4	70,3	65,6	79,8	74,7	74,1	72,7
Slowakische Republik	−1,0	−1,3	−5,5	−6,2	−3,6	−2,6	49,6	48,1	59,7	63,1	61,7	58,3
Finnland	−0,9	−0,9	−5,5	−2,6	−2,2	−1,7	59,8	59,6	69,0	65,8	65,9	66,6
Euroraum	−0,4	−0,7	−7,1	−5,1	−3,7	−2,5	87,8	85,7	99,2	97,4	94,7	92,7
Bulgarien	1,7	2,1	−4,0	−4,1	−3,7	−2,4	22,1	20,0	24,7	25,1	25,3	25,6
Tschechische Republik	0,9	0,3	−5,8	−5,9	−4,3	−3,9	32,1	30,1	37,7	41,9	42,8	44,0
Dänemark	0,8	4,1	−0,2	2,3	0,9	0,6	34,0	33,6	42,1	36,7	34,9	33,9
Kroatien	−0,0	0,2	−7,3	−2,9	−2,3	−1,8	73,3	71,1	87,3	79,8	75,3	73,1
Ungarn	−2,1	−2,1	−7,8	−6,8	−6,0	−4,9	69,1	65,5	79,6	76,8	76,4	76,1
Polen	−0,2	−0,7	−6,9	−1,9	−4,0	−4,4	48,8	45,6	57,1	53,8	50,8	49,8
Rumänien	−2,8	−4,3	−9,3	−7,1	−7,5	−6,3	34,7	35,3	47,2	48,8	50,9	52,6
Schweden	0,8	0,6	−2,7	−0,2	−0,5	0,5	38,9	34,9	39,6	36,7	33,8	30,5
EU	−0,4	−0,6	−6,8	−4,7	−3,6	−2,5	81,3	79,1	91,7	89,7	87,1	85,2
Türkei	−3,4	−5,1	−5,4	−3,9	−4,5	−4,5	28,0	30,2	32,7	39,8	41,4	39,3
Vereinigtes Königreich	−2,2	−2,3	−12,8	−8,3	−3,9	−2,3	84,5	83,8	102,5	102,8	100,2	98,4
USA	−6,1	−6,4	−15,3	−11,7	−5,7	−4,9	107,0	108,6	132,8	128,8	123,4	122,1
Japan	−2,5	−3,0	−9,0	−9,1	−5,0	−3,9	232,5	236,1	259,0	264,9	265,2	260,9
Schweiz	1,3	1,3	−2,8	−0,7	−0,0	0,5	31,2	25,9	27,9	27,2	26,1	24,7
Russland	3,5	3,7	−3,8	0,8	−0,6	−1,5	13,6	13,8	18,4	13,5	14,6	15,6
Brasilien	−7,0	−5,9	−13,3	−4,4	−7,6	−7,4	85,6	87,9	98,7	93,0	91,9	92,8
China	−4,3	−6,1	−10,7	−6,0	−7,7	−7,1	53,8	57,2	68,1	73,3	77,8	81,8
Indien	−6,4	−7,5	−12,8	−10,4	−9,9	−9,1	70,4	75,1	90,1	86,8	86,9	86,6

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose Mai 2022; BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2022.*

Prognosen und Konjunktureinschätzungen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Aktuelle Prognose	OeNB Konjunktureinschätzung			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Szenario Juni 2022			März 2022		März 2022		Juni 2022		April 2022		Mai 2022	
	2022	2023	2024	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real	3,8	1,9	1,9	3,9	2,0	3,6	2,3	3,6	1,4	2,6	3,0	3,9	1,9
Privater Konsum, real	3,9	2,0	2,0	3,9	2,3	4,7	2,7	4,0	1,1	×	×	4,1	2,3
Öffentlicher Konsum, real	−0,2	0,7	0,1	−1,6	0,1	−2,0	0,2	−1,2	0,6	×	×	−1,2	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,6	2,6	2,1	3,5	2,5	3,1	2,3	4,2	2,0	×	×	3,7	2,3
Exporte, real	7,1	2,9	3,3	6,1	3,9	5,5	4,4	8,5	4,4	2,6	3,7	6,3	3,8
Importe, real	5,2	2,8	2,9	4,6	3,8	3,9	4,1	7,4	4,1	1,3	4,0	4,6	3,8
Arbeitsproduktivität[1]	1,3	0,6	1,0	0,0	0,5	0,6	1,2	1,8	0,9	×	×	1,0	1,0
BIP Deflator	5,1	4,2	2,9	3,5	3,5	3,1	2,5	3,5	3,4	4,0	3,5	3,4	3,2
VPI	×	×	×	5,8	3,2	5,5	2,3	×	×	×	×	×	×
HVPI	7,0	4,2	3,0	5,7	3,2	5,3	2,2	6,7	4,7	5,6	2,2	6,0	3,0
Lohnstückkosten	2,4	4,8	2,7	1,8	4,0	2,8	3,3	3,9	4,7	×	×	0,5	1,6
Beschäftigte[2]	2,6	1,4	0,9	2,1	1,2	3,0	1,1	1,5	0,4	1,6	0,8	2,9	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote	4,5	4,4	4,3	4,9	4,7	5,0	4,8	5,2	5,0	5,2	4,9	5,0	4,8
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	0,5	1,1	1,3	−0,4	−0,1	×	×	−0,3	−0,9	−0,6	0,8	−1,0	−0,8
Finanzierungssaldo des Staates	−2,6	−1,2	−0,7	−2,4	−1,1	−2,3	−1,7	−3,1	−1,6	−3,9	−2,4	−3,1	−1,5
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel	105,8	93,4	84,3	110,0	96,0	104,0	90,0	107,4	121,9	106,8	92,6	103,6	93,5
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,0	1,3	1,6	−0,4	0,3	−0,2	0,5	−0,2	0,9	−0,7	0,0	−0,1	1,3
USD/EUR-Wechselkurs	1,07	1,05	1,05	1,12	1,10	1,10	1,10	1,07	1,05	1,11	1,13	1,09	1,08
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real Euroraum	2,8	2,1	2,1	3,2	2,7	3,3	2,7	2,6	1,6	2,8	2,3	2,7	2,3
BIP, real USA	2,5	1,9	2,0	3,4	2,1	3,4	2,0	2,5	1,2	3,7	2,3	2,9	2,3
BIP, real Welt	3,0	3,3	3,4	×	×	3,7	3,2	3,0	2,8	3,6	3,6	3,2	3,5
Welthandel[3]	4,3	3,2	3,6	×	×	3,0	3,5	4,9	3,9	5,0	4,4	4,9	4,4

[1] OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem. - [2] WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.
[3] IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

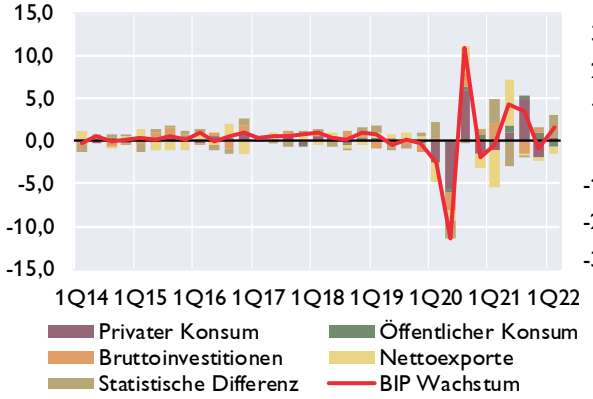
	2020	2021	2021 Q2	2021 Q3	2021 Q4	2022 Q1	2022 Q2	2022 Feb.	2022 März	2022 April	2022 Mai
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,4	2,8	2,6	3,1	3,9	5,5	..	5,5	6,6	7,1	7,7
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	2,0	2,1	2,0	2,2	3,6	3,5	..	3,6	3,8	4,3	5,0
Nationaler VPI	1,4	2,8	2,5	3,1	2,4	5,8	..	5,8	6,8	7,2	7,7
Deflator des privaten Konsums	1,4	2,4	2,2	2,6	2,9	5,5	..	×	×	×	×
BIP Deflator	2,3	1,3	0,3	1,4	1,8	3,5	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	−1,6	7,9	5,8	9,6	15,3	19,5	..	18,9	21,2	21,5	..
Großhandelspreisindex	−4,1	10,3	10,3	12,5	15,8	19,2	..	16,3	25,6	26,0	25,1
Tariflohnindex	2,3	1,7	1,7	1,6	1,8	2,6	..	2,6	2,6	2,6	3,0
BIP je Erwerbstätigen	−2,8	3,6	8,0	3,5	4,6	7,8	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	7,4	1,1	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	6,0	−3,4	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	−6,8	4,9	4,3	3,4	−0,8	1,5	..	×	×	×	×
Privater Konsum	−8,4	3,3	2,1	10,2	−3,8	0,8	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	−0,4	8,3	3,2	1,8	4,4	−3,0	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	−4,9	4,2	0,1	−2,7	0,0	1,6	..	×	×	×	×
Exporte	−11,5	14,5	14,3	0,9	1,9	2,3	..	×	×	×	×
Importe	−9,6	16,4	4,4	1,3	2,8	3,7	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	−6,7	4,8	13,1	5,4	6,3	9,5	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	−5,1	3,5	7,7	4,8	5,0	5,1	..	×	×	×	×
Nettoexporte	−1,2	−0,5	2,6	−0,9	0,1	5,0	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	−0,4	1,8	2,9	1,5	1,2	−0,6	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	−7,1	16,1	31,5	14,9	9,3	19,0	..	18,4	13,6	..	..
Importe	−8,5	23,2	40,5	23,1	24,2	24,6	..	24,7	16,5	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	10,9	1,0	0,1	0,6	−0,5	..	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	8,2	2,0	0,3	1,1	0,6	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	7,2	−2,1	−1,3	0,3	−0,2	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	1,9	−0,5	−1,3	0,3	−0,1	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	87,5	111,9	115,6	118,9	113,9	108,5	..	111,6	105,1	104,8	99,2
Industrievertrauen (%-Saldo)	−15,2	10,2	13,5	14,1	14,3	11,9	..	12,1	12,0	10,3	3,8
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	−5,6	10,0	22,3	8,4	8,8	10,8	..	9,8	8,5	10,5	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	79,5	87,1	86,3	89,5	88,5	88,4	89,0	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	0,8	19,0	21,2	22,4	21,2	20,4	..	20,5	21,5	15,7	10,1
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	−11,4	16,4	19,1	27,0	20,8	16,9	..	19,8	17,5	16,9	15,9
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	−10,0	−4,9	−3,7	−1,3	−6,9	−12,6	..	−7,3	−21,7	−20,5	−23,6
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−26,4	−4,8	2,0	13,1	−6,1	−6,8	..	−0,7	−12,9	−3,1	−3,9
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,7	2,8	8,1	−0,4	1,3	1,7	..	−5,5	−5,0	4,0	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	−2,1	2,4	4,4	2,5	3,5	5,0	..	5,4	4,5	3,2	2,7
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	35,9	−19,0	−31,8	−24,0	−26,0	−30,2	..	−30,7	−31,3	−28,3	−25,0
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	9,9	8,0	7,8	6,7	7,2	7,2	..	7,3	6,3	6,2	5,7
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	6,1	6,2	6,7	5,6	5,3	..	..	4,8	4,3	4,4	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	9,6	5,0	7,2	6,0	5,2	5,1	..	5,4	4,5	4,7	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	5,3	5,1	4,9	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	−7,5	5,8	2,2	3,6	5,8	12,6	..	5,5	12,6	12,4	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,4	−0,5	−0,5	−0,5	−0,6	−0,5	..	−0,5	−0,5	−0,4	−0,4
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	−0,2	−0,1	0,0	−0,1	0,0	0,5	..	0,5	0,7	1,3	1,5
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2 412	3 436	3 366	3 558	3 782	3 638	..	3 821	3 226	3 249	3 204,2
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	−7,2	−5,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	−8,0	−5,9	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	83,3	82,8	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

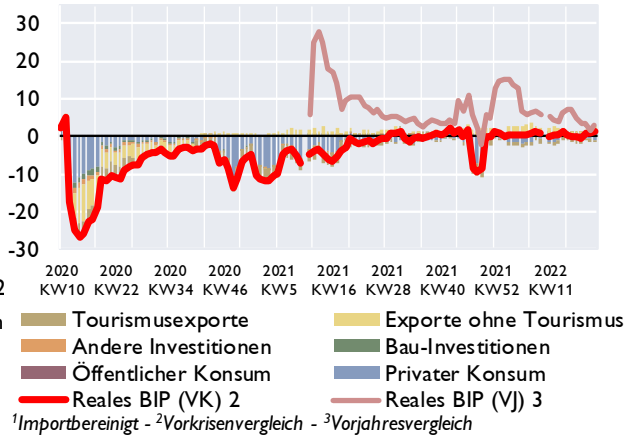
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



Wöchentlicher BIP-Indikator 2020 - 2022

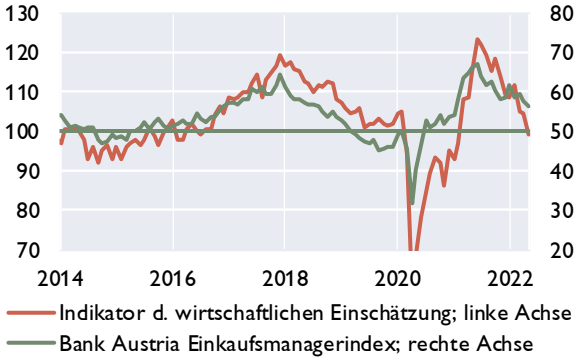
Veränderung d. realen BIP z.VJ in %; Wachstumsbeiträge[1] in %Pkt



[1]Importbereinigt - [2]Vorkrisenvergleich - [3]Vorjahresvergleich

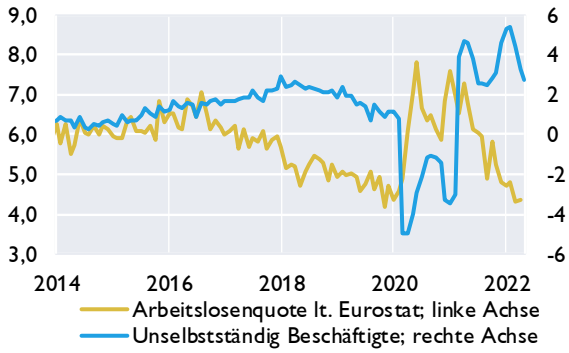
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50[1]*



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2]

Salden	2019	2020	2021	4Q20	1Q21	2Q21	3Q21	4Q21
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	8,3	7,2	−2,1	0,7	−0,9	−1,3	0,3	−0,2
Güter	3,8	3,0	−1,7	0,9	0,8	0,2	−0,7	−2,0
Dienstleistungen	9,3	7,9	2,7	0,8	0,0	0,0	1,2	1,5
Primäreinkommen	−1,4	−0,4	−0,4	0,1	−0,2	−0,8	−0,1	0,7
Sekundäreinkommen	−3,4	−3,3	−2,7	−1,0	−1,5	−0,7	−0,2	−0,4
Vermögensübertragungen	−0,1	−0,4	0,0	−0,2	0,0	−0,1	0,0	0,1
Kapitalbilanz	17,2	2,3	−4,3	−2,5	1,4	−1,2	−0,8	−3,7
Direktinvestitionen	5,7	8,6	6,0	2,1	0,6	−0,4	4,1	1,7
Portfolioinvestitionen	−3,4	−13,6	10,4	0,4	−6,3	3,9	0,9	11,8
Finanzderivate	1,4	1,1	0,6	0,6	0,2	0,2	0,2	0,0
Sonstige Investiitionen	13,7	4,8	−25,4	−6,8	7,3	−4,8	−10,6	−17,3
Währungsreserven[3]	−0,2	1,5	4,2	1,2	−0,4	−0,2	4,6	0,1
Statistische Differenz	9,0	−4,5	−2,2	−3,0	2,3	0,2	−1,1	−3,6
Leistungsbilanz in % des BIP	2,1	1,9	−0,5	0,7	−1,0	−1,3	0,3	−0,1

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

[1] *Werte über 50 signalisieren Wachstum.*

[2] *Transaktionen; bis 2018 endgültige Daten, 2019 und 2020 revidierte Daten, 2021 provisorische Daten.*

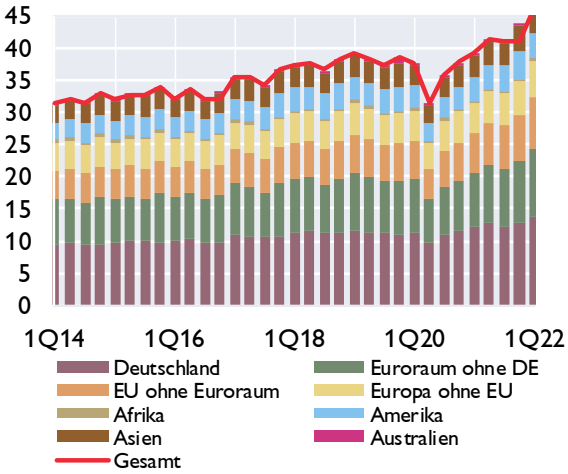
[3] *OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.*

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2019	153 502	157 817	−4 316	2,3	1,1
2020	142 566	144 421	−1 855	−7,1	−8,5
2021	165 476	177 977	−12 501	16,1	23,2
Jän.-März 21	39 223	40 930	−1 707	4,5	7,8
Jän.-März 22	46 694	51 002	−4 308	19,0	24,6
Okt. 21	14 285	15 779	−1 494	8,4	16,4
Nov. 21	15 802	16 613	−811	19,5	24,8
Dez. 21	13 729	15 390	−1 662	20,3	32,6
Jän. 22	14 244	15 737	−1 493	27,2	35,9
Feb. 22	15 072	16 274	−1 202	18,4	24,7
März 22	17 379	18 991	−1 612	13,6	16,5

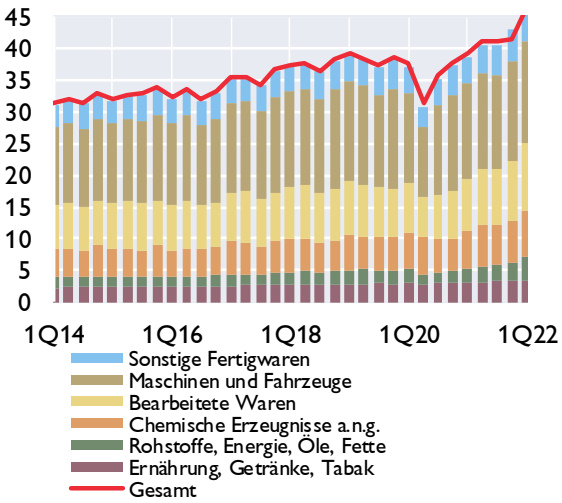
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

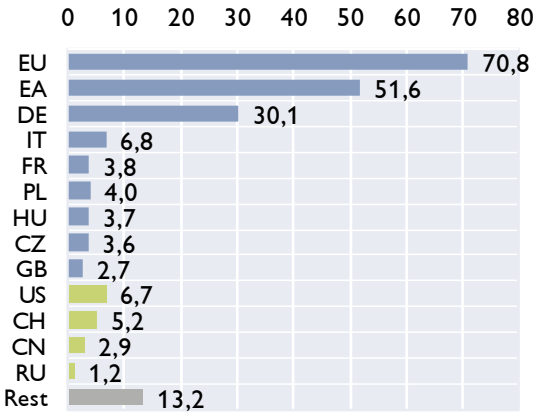
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2021

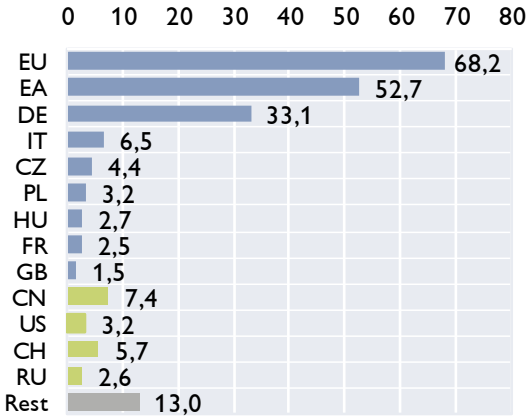
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



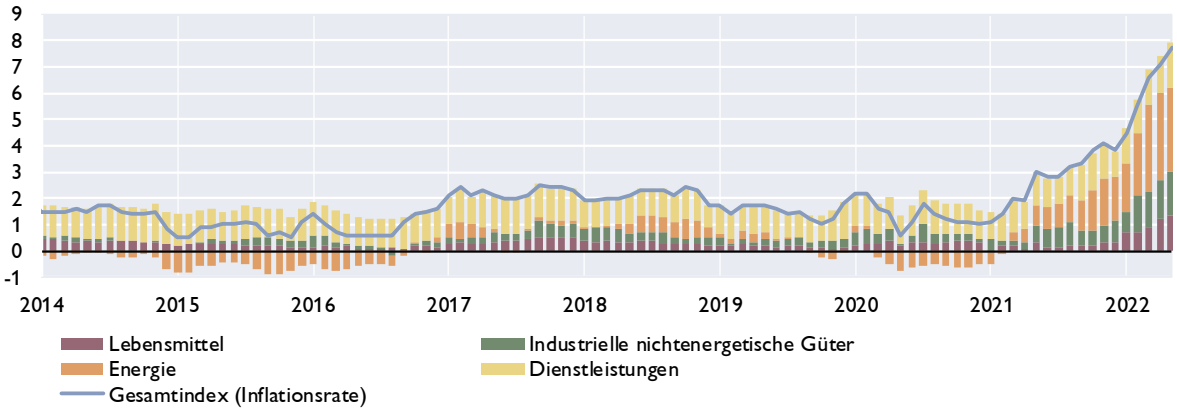
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2022	2020	2021	Jän.22	Feb.22	Mär.22	Apr.22	Mai.22
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	1,4	2,8	4,5	5,5	6,6	7,1	7,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	13,3	2,3	0,7	4,9	4,3	5,8	8,3	9,0
Alkoholische Getränke und Tabak	4,1	1,1	2,3	2,1	2,6	2,3	3,3	3,5
Bekleidung und Schuhe	6,1	−0,1	1,0	−0,9	5,7	0,3	1,4	1,2
Wohnung, Wasser, Energie	15,4	2,1	3,2	5,4	8,6	10,3	10,5	10,1
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	8,4	1,0	1,9	2,5	4,8	4,8	5,0	6,4
Gesundheitspflege	5,9	2,1	1,6	2,4	2,6	3,0	1,8	2,4
Verkehr	14,0	−1,9	5,9	10,5	10,1	16,0	17,8	19,0
Nachrichtenübermittlung	2,4	−2,7	−2,6	1,7	1,7	1,4	0,9	0,0
Freizeit und Kultur	9,6	1,9	2,9	2,9	3,4	4,0	3,4	3,6
Bildungswesen	1,3	1,9	2,0	2,0	2,1	2,0	2,3	2,2
Hotels, Cafes und Restaurants	11,2	3,4	3,8	6,6	6,8	6,6	6,2	7,7
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	8,3	2,0	1,2	1,6	1,7	2,4	2,1	2,6

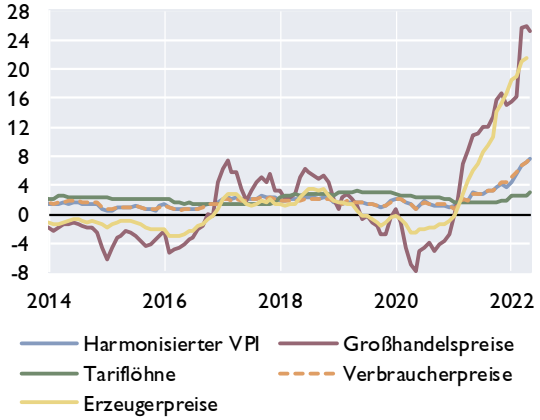
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021
Arbeitsproduktivität[1]	0,7	0,2	−5,0	2,2
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,7	2,9	2,0	3,0
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit[2]	1,7	−1,1	1,7	0,2
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,1	2,5	7,4	1,1
Sachgütererzeugung	1,8	3,3	6,0	−3,4

[1] In der Gesamtwirtschaft.
[2] Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO. [1] Classification of Individual Consumption by Purpose.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2019	2020	2021	1Q21	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22
Gesamt	**152 709**	**97 876**	**79 563**	**2 704**	**11 392**	**48 067**	**17 400**	**35 767**
Inländer	39 944	31 596	29 599	1 952	5 928	15 789	5 930	7 796
Ausländer	112 765	66 280	49 964	753	5 464	32 278	11 469	27 971
darunter								
Deutschland	56 683	38 508	32 084	194	3 916	21 384	6 590	13 864
Osteuropa	13 216	7 679	5 235	376	758	2 611	1 489	3 652
Niederlande	10 355	7 416	4 334	14	149	3 271	900	4 682
Schweiz	4 931	3 143	1 992	23	204	1 131	634	755
Vereinigtes Königreich	3 679	1 477	310	12	25	95	178	983
Italien	2 886	996	1 011	30	86	675	221	179
Belgien	2 897	1 737	1 211	4	41	936	230	1 099
Frankreich	1 809	791	587	11	44	375	157	318
Dänemark	1 649	1 058	385	4	14	243	123	815
USA	2 050	326	375	12	28	188	147	159
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**1,9**	**−35,9**	**−18,7**	**−93,6**	**81,7**	**10,6**	**182,0**	**1222,5**
Inländer	1,4	−20,9	−6,3	−75,5	61,4	−2,8	59,7	299,4
Ausländer	2,1	−41,2	−24,6	−97,8	110,5	18,6	366,9	3616,0

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2019	2020	2021	4Q20	1Q21	2Q21	3Q21	4Q21
Deutschland	9 224	6 031	4 792	302	95	606	2 945	1 146
Niederlande	1 349	1 002	493	16	4	16	364	109
Schweiz	1 432	1 029	659	111	12	170	338	140
Italien	850	350	316	31	27	39	191	59
CESEE[1]	3 217	1 983	1 673	238	210	319	632	511
Restl. Europa	2 506	1 299	527	40	23	44	299	162
Rest der Welt	1 915	430	303	27	19	30	168	84
Gesamt	**20 493**	**12 124**	**8 763**	**765**	**390**	**1 224**	**4 937**	**2 211**

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2019	2020	2021	4Q20	1Q21	2Q21	3Q21	4Q21
Deutschland	2 398	1 079	1 584	173	111	278	644	551
Italien	1 443	539	1 448	71	16	204	1 013	215
Kroatien	992	173	576	8	1	81	452	41
Europäische Mittelmeerländer[2]	1 164	339	1 160	49	24	136	761	240
Restl. Europa	2 977	1 341	1 800	255	176	260	928	435
Rest der Welt	1 390	454	243	56	37	14	40	152
Gesamt	**10 364**	**3 925**	**6 811**	**612**	**365**	**973**	**3 838**	**1 634**

[1] *Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.*

[2] *Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.*

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

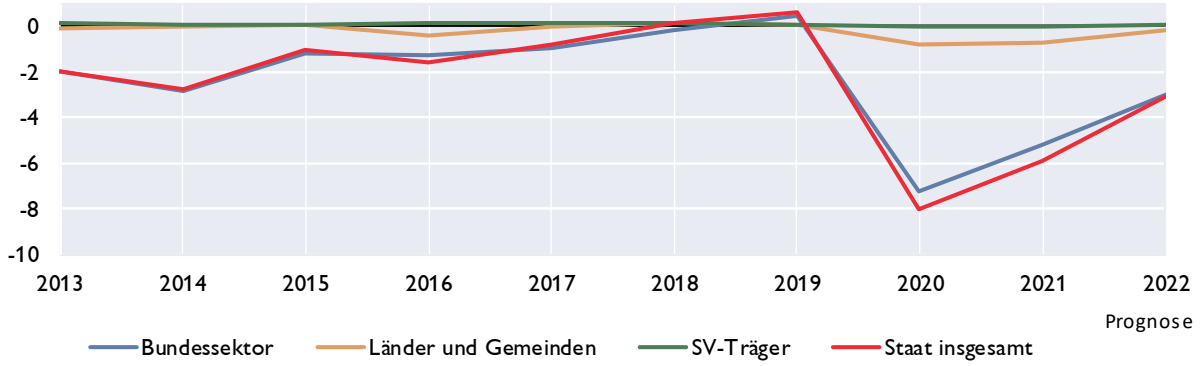
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2018	−0,5	0,7	0,5	0,7	−0,1	0,2	0,1	0,2
2019	1,8	0,4	0,2	2,4	0,4	0,1	0,0	0,6
2020	−27,4	−3,1	−0,1	−30,5	−7,2	−0,8	−0,0	−8,0
2021	−21,1	−2,9	0,1	−23,9	−5,2	−0,7	0,0	−5,9
2022[1)]	−13,0	−0,7	0,3	−13,4	−3,0	−0,2	0,1	−3,1

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

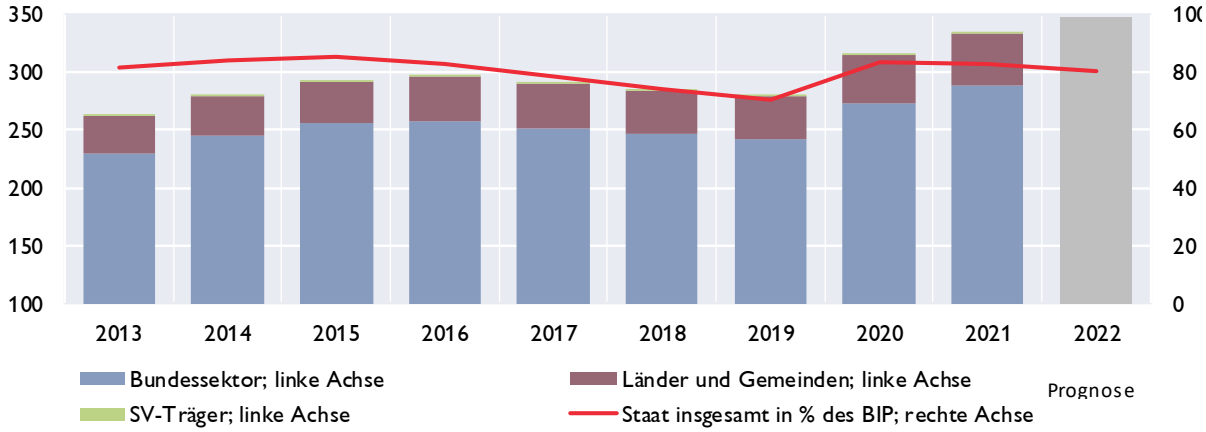


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2018	246,1	38,0	1,3	285,4	63,9	9,8	0,3	74,1
2019	241,9	37,7	1,0	280,6	60,8	9,5	0,3	70,6
2020	273,2	40,8	2,0	316,0	72,0	10,8	0,5	83,3
2021	288,9	44,0	1,2	334,1	71,6	10,9	0,3	82,8
2022[1)]	.	.	.	346,8	.	.	.	80,0

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



1) BMF-Prognose (budgetäre Notifikation).

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

Finanzierungshaushalt[1]	Jänner bis April		Vorläufiger Erfolg	Bundesvor-anschlag (BVA)	BVA 2022 / Vorl. Erfolg 2021
Allgemeine Gebarung	2021	2022	2021	2022	
	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	34 028	33 160	107 138	103 955	−3,0
Einzahlungen	22 867	25 201	89 164	84 807	−4,9
Nettofinanzierungsbedarf[2]	−11 161	−7 959	−17 974	−19 147	−6,5

Abgaben des Bundes

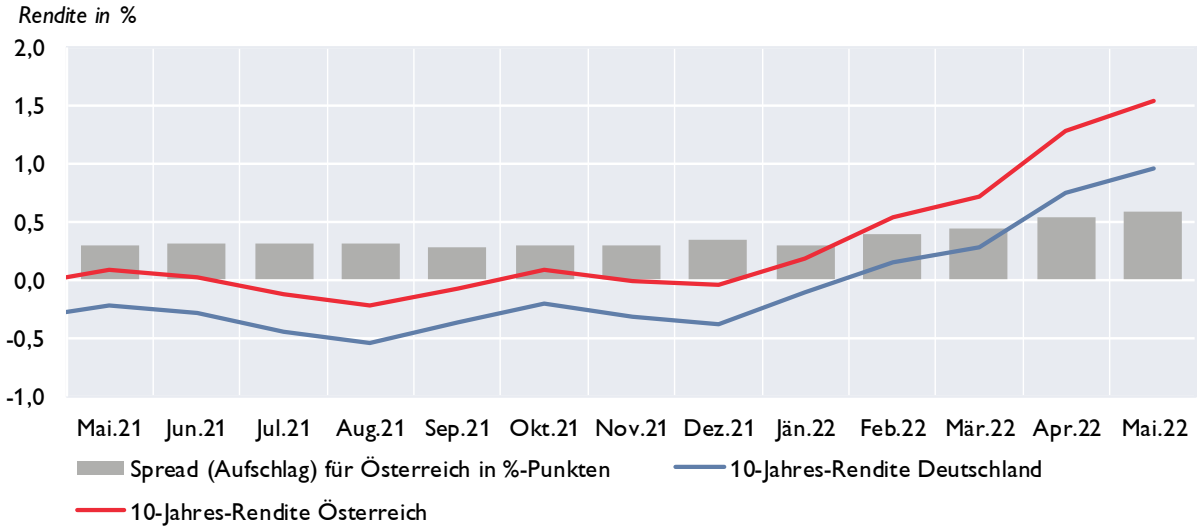
	Jänner bis April		Vorläufiger Erfolg	Bundesvor-anschlag (BVA)	BVA 2022 / Vorl. Erfolg 2021
	2021	2022	2021	2022	
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuern	12 248	14 575	48 775	49 639	1,8
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*258*	*455*	*4 473*	*3 800*	*−15,0*
Körperschaftsteuer	*1 693*	*2 785*	*9 821*	*10 000*	*1,8*
Lohnsteuer	*9 270*	*9 903*	*30 096*	*31 600*	*5,0*
Kapitalertragsteuern	*966*	*1 345*	*4 217*	*4 050*	*−4,0*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	13 371	15 763	44 996	47 851	6,3
davon: Umsatzsteuer	*9 124*	*11 001*	*30 648*	*33 800*	*10,3*
Öffentliche Abgaben brutto	26 351	31 064	95 684	98 100	2,5
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	10 740	14 141	33 269	37 565	12,9
Überweisungen an die Europäische Union	1 720	1 190	3 561	3 600	1,1
Öffentliche Abgaben netto[3]	13 890	15 732	58 854	56 935	−3,3

[1] *Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.*

[2] *Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.*

[3] *Steuereinnahmen des Bundes.*

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, EZB.

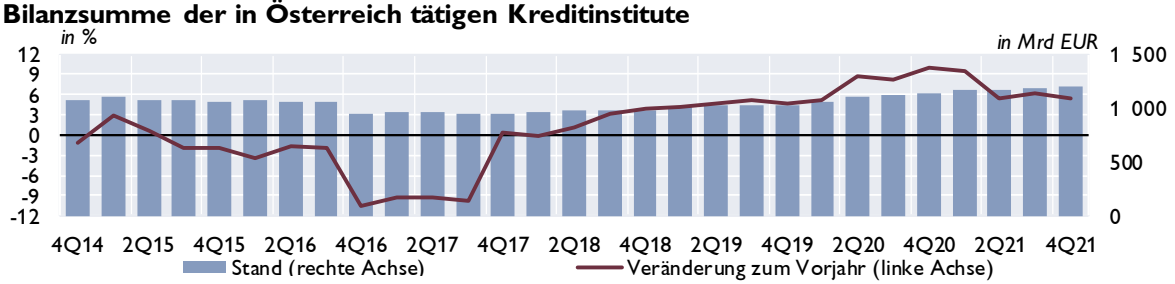
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Vermögenslage	4. Quartal 2020	4. Quartal 2021	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	*in Mio EUR*			*in %*
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	163 796	186 148	22 352	13,6
Darlehen und Kredite	752 165	787 238	35 073	4,7
Schuldverschreibungen	133 908	137 991	4 083	3,0
Eigenkapitalinstrumente	8 803	8 690	−113	−1,3
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	22 811	18 259	−4 552	−20,0
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	21 234	23 289	2 055	9,7
Materielle Vermögenswerte	11 587	23 721	12 134	104,7
Immaterielle Vermögenswerte	2 968	3 165	197	6,6
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	19 155	8 696	−10 459	−54,6
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 136 427	1 197 196	60 769	5,3
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	73 834	96 063	22 229	30,1
Einlagen von Kreditinstituten	102 410	106 294	3 884	3,8
Einlagen von Nichtbanken	655 729	686 359	30 630	4,7
Begebene Schuldverschreibungen	152 876	152 256	−620	−0,4
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	16 745	12 443	−4 302	−25,7
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	1 023	1 035	12	1,2
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital[2)]	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten[2)]	236	11 993	11 757	4981,8
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	24 743	15 361	−9 382	−37,9
Rückstellungen	12 954	13 014	60	0,5
Eigenkapital und Minderheitenanteile	95 878	102 379	6 501	6,8
**hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis [2)]*	*−8 488*	*−8 618*	*−130*	*−1,5*
**hievon: Minderheitenanteile*	*6 486*	*7 143*	*657*	*10,1*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 136 427	1 197 196	60 769	5,3

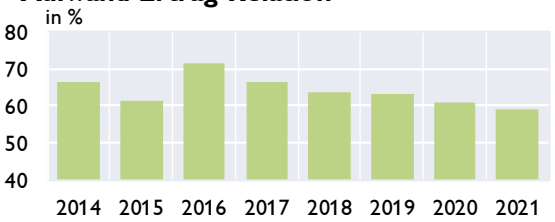
Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

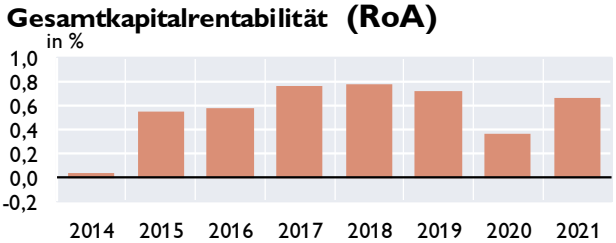
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen (unterjährig annualisiert).*

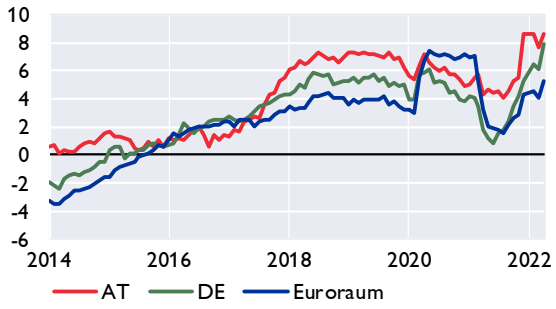
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2019	168,8	5 938	4,2	3,6	162,9	4 463	6,2	3,2
2020	174,5	6 139	3,6	3,1	169,8	4 697	5,0	7,1
2021	184,2	6 380	5,2	4,2	184,6	4 853	8,6	4,3
Jul.21	179,0	6 285	4,7	4,1	176,0	4 758	4,5	1,7
Aug.21	179,9	6 298	4,7	4,1	176,2	4 745	4,1	1,6
Sep.21	181,2	6 321	4,8	4,1	177,7	4 759	4,5	2,1
Okt.21	181,6	6 344	4,8	4,1	179,4	4 782	5,2	2,6
Nov.21	183,0	6 379	4,9	4,1	180,6	4 821	5,5	2,9
Dez.21	184,2	6 380	5,2	4,2	184,6	4 853	8,6	4,3
Jän.22	184,1	6 409	5,3	4,3	185,3	4 866	8,6	4,5
Feb.22	184,7	6 422	5,4	4,4	186,7	4 881	8,6	4,6
Mär.22	186,0	6 460	5,4	4,5	188,1	4 919	7,6	4,1
Apr.22	186,3	6 476	5,4	4,5	189,0	4 957	8,6	5,2

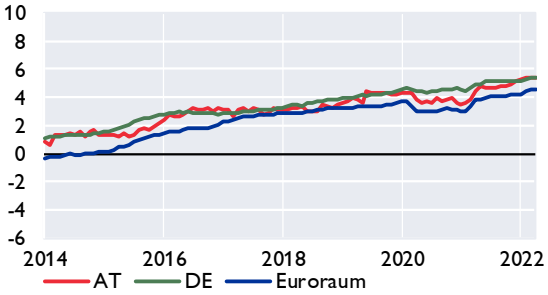
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



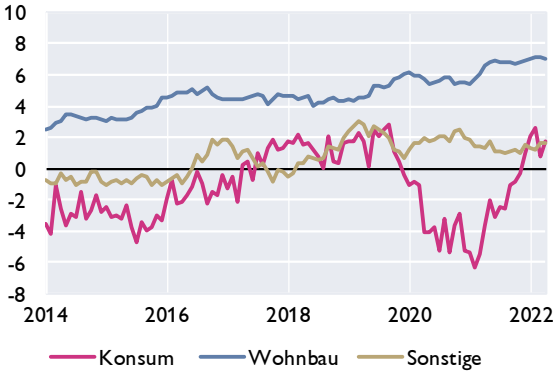
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



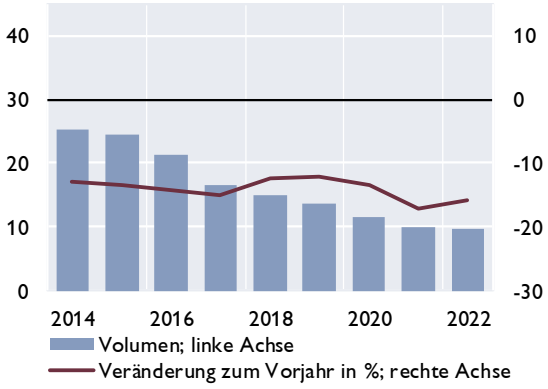
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR in %

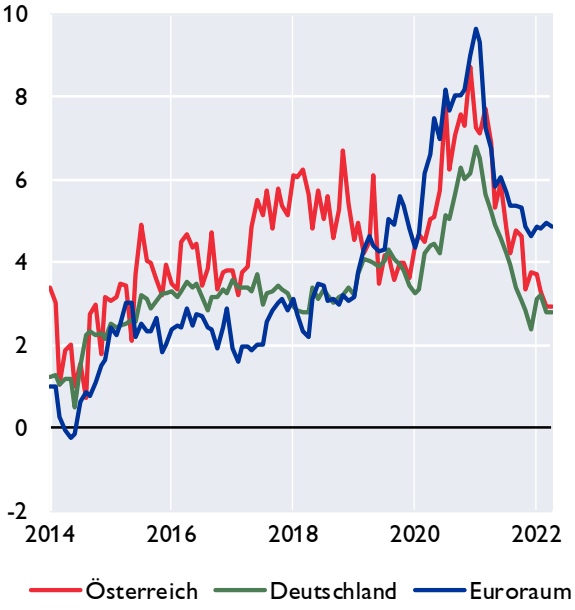


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

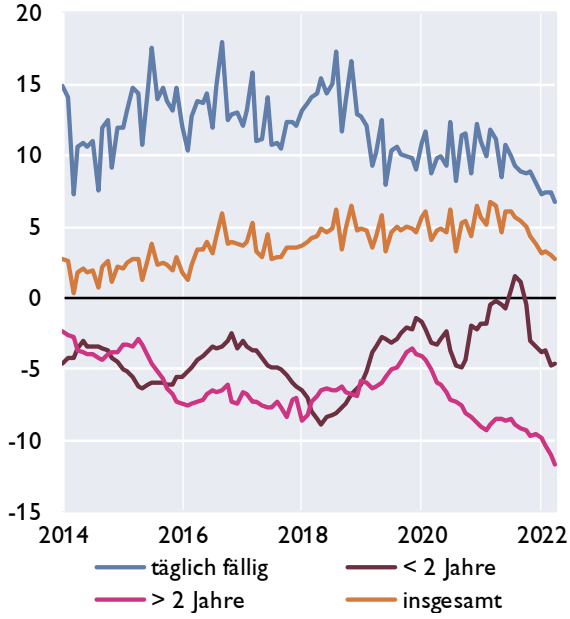
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



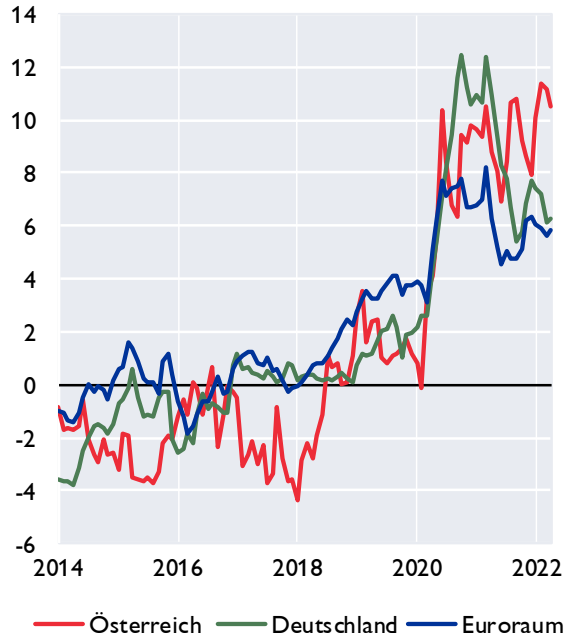
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



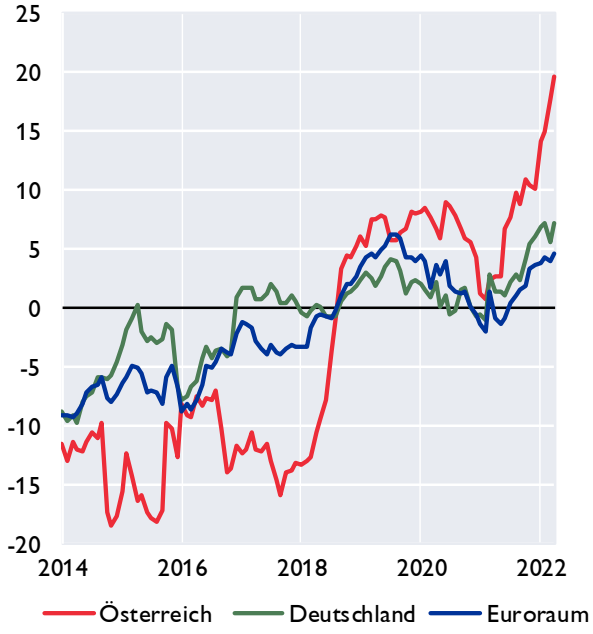
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

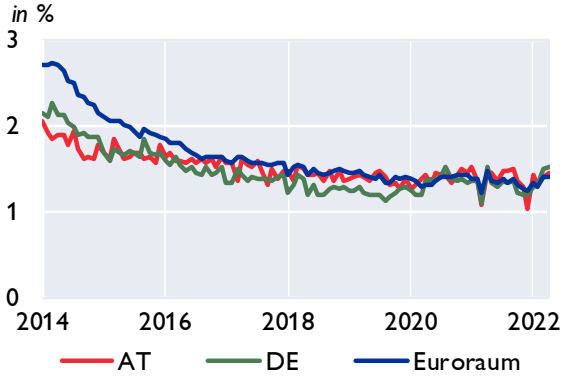


Quelle: OeNB, EZB

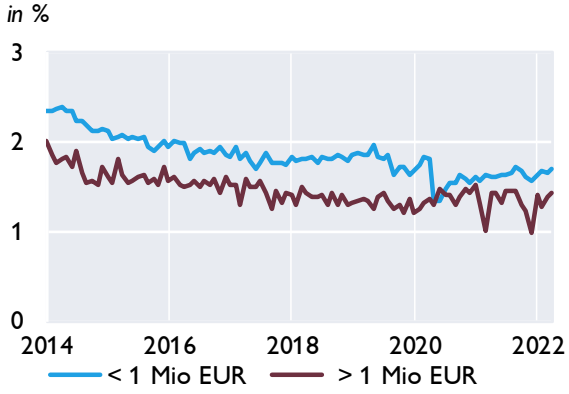
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

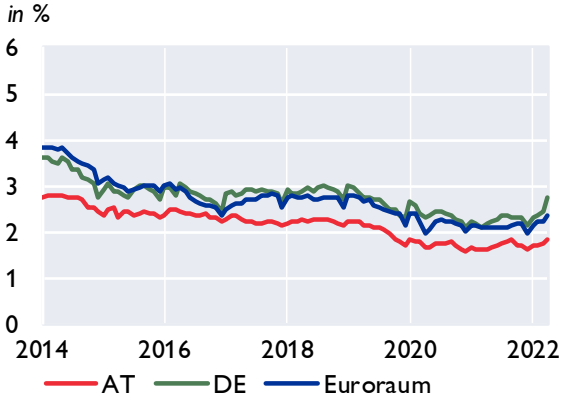


Nach Kredithöhe in Österreich

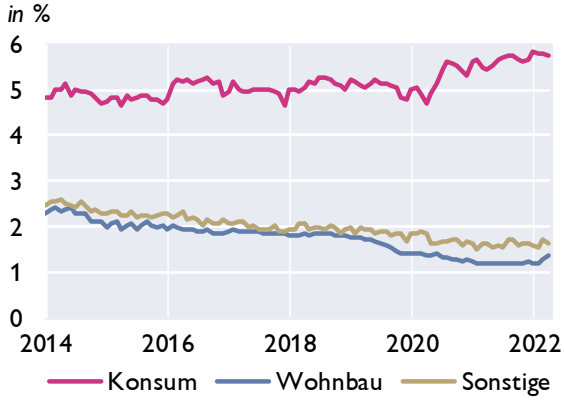


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

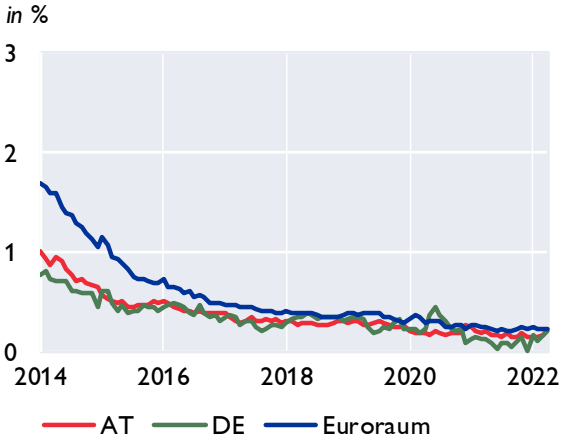


Nach Verwendungszweck in Österreich

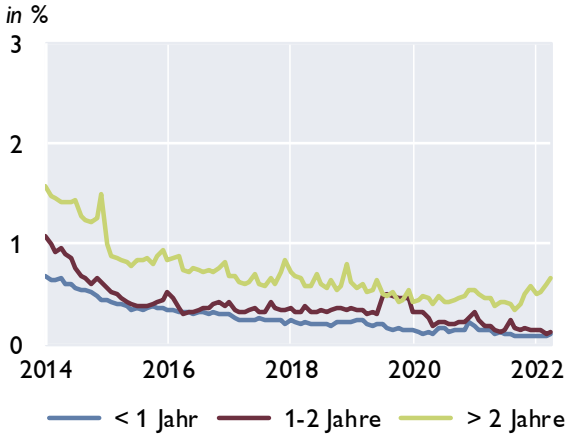


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Ertragslage	4. Quartal 2020	4. Quartal 2021	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			in %
Zinsergebnis, netto	15 458	15 694	236	1,5
**hievon: Zinsen und ähnliche Erträge*	*22 408*	*22 031*	*−377*	*−1,7*
**hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)*	*6 950*	*6 337*	*−613*	*−8,8*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[2)]	0	0	-	-
Dividendenerträge	425	621	196	46,1
Provisionsergebnis, netto	7 314	7 955	641	8,8
**hievon: Provisionserträge*	*9 707*	*10 424*	*717*	*7,4*
**hievon: (Provisionsaufwand)*	*2 393*	*2 469*	*76*	*3,2*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	98	86	−12	−12,2
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto	0	−6	−6	-
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	62	−624	−686	R
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto[2)]	58	79	21	36,2
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	256	1 112	856	334,4
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	41	15	−26	−63,4
Sonstige betriebliche Erträge	3 819	3 875	56	1,5
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2 780	3 063	283	10,2
Betriebserträge, netto	**24 750**	**25 742**	**992**	**4,0**
(Verwaltungsaufwendungen)	13 652	13 788	136	1,0
**hievon: (Personalaufwendungen)*	*8 461*	*8 691*	*230*	*2,7*
**hievon: (Sachaufwendungen)*	*5 191*	*5 096*	*−95*	*−1,8*
(Barbeiträge zu Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3)]	644	803	159	24,7
(Abschreibungen)	1 402	1 371	−31	−2,2
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	112	106	−6	−5,4
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	721	39	−682	−94,6
Betriebsergebnis	**8 220**	**9 636**	**1 416**	**17,2**
(Zahlungsverpflichtungen gegenüber Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3)]	34	12	−22	−64,7
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	278	120	−158	−56,8
(Sonstige Rückstellungen)	118	329	211	178,8
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	3 287	763	−2 524	−76,8
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	24	−20	−44	R
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	5	116	111	>500%
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	745	1 357	612	82,1
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[2)]	27	−8	−35	R
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS[2)]	−107	−48	59	55,1
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**5 148**	**9 848**	**4 700**	**91,3**
(Ertragssteuern)	1 193	1 680	487	40,8
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**3 955**	**8 167**	**4 212**	**106,5**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	7	22	15	214,3
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[2)]	48	−384	−432	R
(Den Minderheitenanteilen zurechenbar)	343	646	303	88,3
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**3 668**	**7 160**	**3 492**	**95,2**

Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

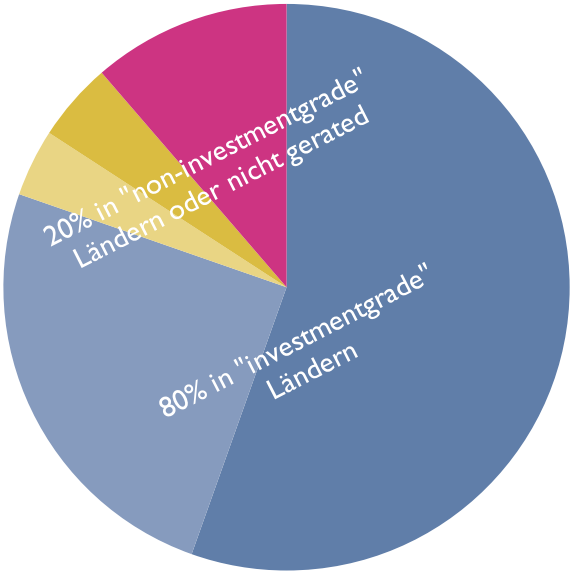
Quelle: OeNB.

Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.. - 3) In dieser Position sind nur Daten von Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstituten, die gemäß Artikel 9 der Durchführungsverordnung 680/2014 oder Artikel 5, 7 und 11 der EZB-VO 2015/534 (mit Ausnahme jener nach Artikel 11 Absatz 6) melden, enthalten.

Seite 34

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	48 558	55 827	69 914	75 815	77 843	78 868	93 192
Slowakei	29 261	30 149	31 127	33 256	35 985	40 627	46 542
Rumänien	23 498	24 454	24 555	25 737	27 531	30 367	32 721
Ungarn	14 263	14 485	15 901	16 817	18 590	21 240	25 404
Kroatien	18 167	17 147	16 841	17 328	17 811	19 202	20 446
Republik Serbien	4 029	4 210	4 579	5 376	5 344	5 387	9 117
Polen	19 121	16 574	16 311	7 985	8 460	8 446	7 858
Slowenien	4 716	4 488	4 805	4 823	6 155	7 227	6 238
Bulgarien	3 368	3 476	3 759	4 173	4 624	4 931	5 622
Bosnien Herzgowina	3 238	3 277	3 337	3 620	3 800	3 990	4 156
Mazedonien	292	330	345	396	1 107	1 237	1 327
Republik Montenegro	346	405	811	892	954	964	946
Türkei	889	924	859	737	642	616	385
Lettland	77	132	119	140	148	317	365
Litauen	131	124	164	171	253	318	331
Estland	14	17	14	14	37	46	100
Aserbeidschan	239	293	267	244	213	149	83
Andere	16 190	16 958	16 504	19 553	23 778	19 636	24 069
Gesamt	186 397	193 269	210 215	217 078	233 275	243 569	278 902

Anmerkung: Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar.

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 4. Quartal 2021	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	21 235	*21 235*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	6 804
Bargeld	739	14 583	*14 564*	*0*	*19*	*1*	*0*	26 238	0	4 085
Täglich fällige Einlagen	79 192	214 772	*192 590*	*8 175*	*9 902*	*3 255*	*850*	202 095	7 517	101 165
Sonstige Einlagen	20 176	223 951	*211 432*	*755*	*11 185*	*235*	*344*	92 750	1 192	43 856
Kurzfristige Kredite	36 896	65 240	*57 752*	*31*	*5 848*	*1 605*	*5*	2 943	0	30 941
Langfristige Kredite	124 501	490 575	*451 722*	*212*	*32 316*	*6 301*	*24*	157	0	89 429
Handelskredite	56 851	125	*41*	*0*	*84*	*0*	*0*	84	11	21 898
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	45	10 654	*10 366*	*271*	*3*	*14*	*0*	579	0	24 228
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	4 895	353 204	*214 467*	*86 827*	*3 033*	*47 951*	*926*	22 645	900	322 205
Börsennotierte Aktien	44 963	69 551	*4 991*	*47 964*	*15 163*	*1 433*	*0*	41 565	177	61 784
Nicht börsennotierte Aktien	41 639	76 699	*24 811*	*193*	*35 657*	*16 005*	*32*	9 113	65	24 764
Investmentzertifikate	20 176	182 816	*14 985*	*77 455*	*22 802*	*37 811*	*29 765*	85 874	3 355	31 941
Sonstige Anteilsrechte	181 972	105 369	*39 020*	*2 566*	*59 242*	*4 542*	*0*	156 973	2 406	136 529
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	79 973	x	1 683
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3 396	3 445	*0*	*0*	*0*	*3 445*	*0*	4 322	0	1 014
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	51 467	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	16 393	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	12 112	17 582	*9 025*	*89*	*6 463*	*1 522*	*481*	12 954	205	7 774
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	627 551	1 849 802	*1 267 000*	*224 538*	*201 716*	*124 120*	*32 427*	806 125	15 830	910 101
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	4 563	*4 563*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	4 561
Bargeld	403	3 827	*3 809*	*0*	*17*	*0*	*0*	-192	0	107
Täglich fällige Einlagen	7 473	9 229	*8 563*	*637*	*-258*	*473*	*-187*	14 786	816	19 792
Sonstige Einlagen	-1 665	12 499	*12 483*	*-195*	*358*	*-152*	*5*	-3 142	-91	1 372
Kurzfristige Kredite	2 745	1 370	*4 203*	*10*	*-2 757*	*-83*	*-2*	446	0	3 507
Langfristige Kredite	10 867	27 432	*25 376*	*20*	*1 855*	*198*	*-18*	12	0	2 042
Handelskredite	2 779	34	*8*	*0*	*27*	*0*	*0*	75	-2	1 947
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-6	1 342	*1 507*	*-151*	*-8*	*-7*	*0*	-59	-1	-2 327
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-873	28 986	*27 539*	*3 749*	*393*	*-2 813*	*117*	-2 083	-58	4 837
Börsennotierte Aktien	1 021	5 090	*407*	*4 209*	*428*	*47*	*0*	1 586	-13	1 654
Nicht börsennotierte Aktien	-177	5 368	*28*	*355*	*5 046*	*-63*	*3*	-87	-7	1 344
Investmentzertifikate	4 299	3 990	*-1 048*	*6 066*	*-2 599*	*496*	*1 076*	9 064	349	2 800
Sonstige Anteilsrechte	3 718	3 314	*602*	*158*	*2 530*	*24*	*0*	954	-5	-195
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-567	x	-68
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	126	451	*0*	*0*	*0*	*451*	*0*	160	0	126
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	86	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	956	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	481	596	*-412*	*17*	*641*	*283*	*67*	1 338	-15	-1 650
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	31 191	108 092	*87 629*	*14 873*	*5 672*	*-1 144*	*1 061*	23 335	974	39 850
Nettogeldvermögen	-327 125	8 200	*28 043*	*-7 248*	*-29 159*	*9 816*	*6 748*	593 548	12 510	-59 400
Finanzierungssaldo	-836	4 098	*4 963*	*-1 017*	*1 328*	*-2 028*	*853*	15 207	1 002	4 295

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 4. Quartal 2021	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	6 804	*6 804*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	21 235
Bargeld	x	43 332	*43 332*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 370
Täglich fällige Einlagen	x	614 817	*614 817*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	19 485
Sonstige Einlagen	x	303 263	*303 263*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	85 832
Kurzfristige Kredite	45 507	20 143	*0*	*270*	*18 891*	*981*	*2*	8 228	406	59 633
Langfristige Kredite	316 326	33 653	*0*	*150*	*31 457*	*2 039*	*7*	200 667	2 598	144 576
Handelskredite	50 266	71	*2*	*0*	*69*	*0*	*0*	85	6	26 118
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	483	6 594	*6 594*	*x*	*0*	*0*	*0*	x	x	10 326
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	44 666	160 523	*141 705*	*0*	*13 307*	*5 511*	*0*	x	x	195 159
Börsennotierte Aktien	119 169	42 353	*31 824*	*x*	*4 848*	*5 682*	*x*	x	x	84 956
Nicht börsennotierte Aktien	40 692	76 367	*56 183*	*732*	*9 371*	*10 081*	*0*	x	x	62 845
Investmentzertifikate	x	230 361	*0*	*230 361*	*0*	*0*	*x*	x	x	106 914
Sonstige Anteilsrechte	302 493	152 536	*18 597*	*118*	*133 743*	*78*	*0*	x	15	133 263
Lebensversicherungsansprüche	x	76 554	*x*	*x*	*0*	*76 554*	*x*	x	x	5 102
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	9 671	*x*	*x*	*0*	*9 671*	*x*	x	x	2 506
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	14 972	36 375	*8 112*	*x*	*0*	*2 593*	*25 670*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	16 393	*0*	*0*	*16 393*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	20 103	11 791	*7 724*	*156*	*2 796*	*1 115*	*0*	3 599	295	9 183
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	954 676	1 841 601	*1 238 957*	*231 786*	*230 875*	*114 304*	*25 679*	212 577	3 320	969 501
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	4 561	*4 561*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	4 563
Bargeld	x	3 009	*3 009*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	1 142
Täglich fällige Einlagen	x	60 786	*60 786*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-9 194
Sonstige Einlagen	x	8 683	*8 683*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-769
Kurzfristige Kredite	9 052	1 966	*0*	*-55*	*2 020*	*0*	*0*	635	-10	-245
Langfristige Kredite	21 375	939	*0*	*6*	*815*	*118*	*0*	8 051	-3	8 550
Handelskredite	2 161	13	*0*	*0*	*14*	*0*	*0*	-5	5	2 654
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	9	-443	*-443*	*x*	*0*	*0*	*0*	x	x	948
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-1 913	7 386	*6 149*	*x*	*38*	*1 199*	*0*	x	x	2 021
Börsennotierte Aktien	1 404	405	*364*	*x*	*42*	*0*	*0*	x	x	7 528
Nicht börsennotierte Aktien	490	344	*238*	*x*	*21*	*-80*	*124*	x	x	5 502
Investmentzertifikate	x	15 931	*0*	*15 931*	*0*	*0*	*0*	x	x	5 165
Sonstige Anteilsrechte	1 291	563	*-334*	*5*	*917*	*-25*	*0*	x	2	6 281
Lebensversicherungsansprüche	x	-863	*0*	*x*	*0*	*-863*	*0*	x	x	228
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	453	*0*	*x*	*0*	*453*	*0*	x	x	410
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-60	146	*50*	*x*	*0*	*12*	*84*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	956	*0*	*0*	*956*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1 781	-843	*-396*	*-38*	*-478*	*69*	*0*	-554	-21	772
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	32 027	103 993	*82 666*	*15 891*	*4 344*	*884*	*208*	8 127	-28	35 555
Nettogeldvermögen	-327 125	8 200	*28 043*	*-7 248*	*-29 159*	*9 816*	*6 748*	593 548	12 510	-59 400
Finanzierungssaldo	-836	4 098	*4 963*	*-1 017*	*1 328*	*-2 028*	*853*	15 207	1 002	4 295

Quelle: OeNB.

[1] *Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.*